

# **RUNDBRIEF JUNI 2026**

**THEMENKOORDINATIONSGRUPPE  
MENSCHENRECHTE UND INDIGENE VÖLKER**

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



Liebe Leser\*innen,

das Redaktionsteam freut sich, Ihnen unseren aktuellen Rundbrief mit informativen Beiträgen und Anregungen zum Mitmachen zu übersenden.

Wir wünschen Ihnen eine entspannte und friedliche Sommerzeit!

Marianne Kersten und Rosie Hofstetter

# INHALT

Impressum	2
Menschenrechtsverletzungen bei globalen Lieferketten	3
Kanada	5
Kanada und USA	9
USA	12
In eigener Sache	17
Mexiko	18
Guatemala	21
Nicaragua	24
Kolumbien	25
Peru	28
Brasilien	29
Dänemark/Grönland	33
Norwegen und Ecuador	38
Finnland	46
AI-Broschüre zu Indigenen	48
Russland	49
Bangladesch	51
Indien	56
Tansania	60
Buchtipps	63

**AMNESTY INTERNATIONAL** Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und Indigene Völker  
 Marianne Kersten · marianne.kersten@amnesty-indigene.de  
 Rosemarie Hofstetter · rosie.hofstetter@t-online.de

Hinweis: Nur als solche gekennzeichneten Beiträge geben die Meinung von Amnesty International wieder.  
[www.amnesty.de](http://www.amnesty.de); [www.amnesty-indigene.de](http://www.amnesty-indigene.de)

SPENDENKONTO:

Bank für Sozialwirtschaft • IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00 • BIC: BFSWDE33XXX  
 Gruppe 2915

Amnesty Journal, 17. April 2026

# Menschenrechts- verletzungen bei globalen Lieferketten

**EIN NEUER BERICHT VON AMNESTY INTERNATIONAL ZEIGT WIEDER EINMAL: DIE FÖRDERUNG UND VERARBEITUNG VON ROHSTOFFEN GEHT EINHER MIT MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN UND DER AUSBEUTUNG VON NATUR UND UMWELT. DABEI SIND UNTERNEHMEN DAZU VERPFLICHTET, DIESE ZU VERHINDERN.**

*Von Mathias John*

Unternehmenstätigkeit kann zu Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden führen. Jahrzehntlang haben die Firmen ihre Verantwortung dafür meist ignoriert. Internationale Bemühungen für eine menschenrechtliche Verpflichtung der Wirtschaft sind nicht zuletzt am Widerstand der Unternehmen und ihrer Verbände immer wieder gescheitert.

Mit den 2011 vom UN-Menschenrechtsrat beschlossenen UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte gibt es allerdings einen globalen Rahmen: Unternehmen müssen Menschenrechte achten und negative Folgen ihrer Tätigkeit verhindern – entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Dabei bleibt es die Pflicht der Staaten, diese Sorgfalt rechtlich zu verankern und Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen in der Unternehmensumgebung Zugang zu Abhilfe zu sichern. Auf dieser Basis wurde etwa das deutsche Lieferkettengesetz beschlossen.

## **VERANTWORTUNG ÜBER DIE FIRMA HINAUS**

Dass Menschenrechtsverletzungen über das eigentliche Geschäft eines Unternehmens hinaus die ganze Wertschöpfungskette betreffen können, hat Amnesty International eindrücklich zum Beispiel für Bergbau in der Demokratischen Republik Kongo oder Ölförderung im Nigerdelta gezeigt.

Aber was ist nun diese "ganze Wertschöpfungskette"? Grundsätzlich reicht sie von Rohstoffen über Zwischenprodukte und Produkte bis hin zum Vertrieb sowie Recycling oder Entsorgung. Auf der einen Seite steht die Lieferkette für das eigentliche Produkt. Dessen Herstellung beginnt mit den Rohstoffen wie Kobalt und Lithium für Batterien oder Erdöl als Basis für Kunststoffe. Diese werden auf weiteren Ebenen aufgearbeitet und zu Zwischenprodukten verarbeitet. Hierzu gehören etwa Batterien oder Kunststoffteile für das Produkt Elektroauto. Davor liegen je nach Zwischenprodukt noch weitere Ebenen von Zulieferungen. Auf der anderen Seite der Kette geht das Produkt in den Vertrieb und dann an die Kund\*innen. Irgendwann erreicht es das Ende seines Lebenszyklus und endet im Recycling oder im Müll.

Lieferketten sind meist nicht linear, sondern bilden eine komplexe Matrix über die reine Produktion hinaus: Sie umfassen auch den Transport der Güter von Ebene zu Ebene sowie Energie für alle Prozesse, die oft noch aus fossilen Brennstoffen stammt. Zudem sorgt der Finanzsektor für das notwendige Geld. Und alle diese Akteure müssen bei ihren Aktivitäten menschenrechtliche Sorgfaltspflichten beachten. Lieferketten in der Automobilindustrie sind ein gutes Beispiel für Komplexität und Risiken: Allein direkte

Zulieferungen der ersten Ebene können dort eine hohe fünfstellige Anzahl von Unternehmen aus vielen Ländern der Welt umfassen.

### **METALLISCHE ROHSTOFFE**

Gerade Lieferketten für metallische Rohstoffe, für Brennstoffe oder für Kunststoffprodukte aus der Erdölwirtschaft zeigen große menschenrechtliche, umwelt- und klimabezogene Risiken. Amnesty International und andere zivilgesellschaftliche Organisationen haben das seit Jahrzehnten dokumentiert: etwa bei der Förderung von Bauxit als Rohstoff für Aluminium in Indien oder Guinea, bei der Förderung von Kobalt oder Kupfer in der Demokratischen Republik Kongo, bei Nickel auf den Philippinen, Lithium in Chile oder Argentinien oder dem Abbau von Gold in Papua Neu Guinea. Belegt sind Zwangs- und Kinderarbeit, katastrophale Arbeitsbedingungen und Gesundheitsschäden, Zwangsvertreibungen, Umweltschäden und Verletzungen der Rechte Indigener Völker. Klassische Konfliktmineralien wie Gold, Tantal, Wolfram und Zinn finanzieren immer noch Kriege und Bürgerkriege. Das setzt sich auch in der weiteren Lieferkette bei der Aufarbeitung und Herstellung von Zwischenprodukten fort. Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz wie auch gewerkschaftliche Rechte sind eingeschränkt, giftige Abfälle gefährden die Umwelt.

Und selbst Planungen für Rohstoffausbeutung und für "grüne" Energieprojekte in Skandinavien, die grundsätzlich für einen klimasensiblen Umbau der Wirtschaft wichtig sind, sind mit Verletzungen der Rechte Indigener Völker verbunden und bedrohen ihre Lebensweise und Kultur, wie Amnesty 2025 im Falle der betroffenen Sami berichtete (siehe hierzu auch "Unser Land ist unsere Zukunft").

***„Ziel muss ein globales Abkommen sein, das Menschen überall vor Übergriffen bei wirtschaftlichen Aktivitäten schützt und es ihnen ermöglicht, ihre Rechte wahrzunehmen und Entschädigungen zu erhalten.“***

Mit dem Bericht "Extraction Extinction" hat Amnesty International 2025 Menschenrechtverletzungen, Umweltschäden und Beiträge zur Klimakrise bei Förderung, Verarbeitung, Transport und Entsorgung fossiler Brennstoffe dokumentiert. Beispiele aus Brasilien, Ecuador, Kanada, Kolumbien, Nigeria und Senegal zeigen, dass auf den ersten Ebenen der Lieferketten vor allem die Menschen in umgebenden Regionen und kritische Ökosysteme betroffen sind. Die unternehmerischen Tätigkeiten nehmen Menschen ihre Lebensgrundlagen und verletzen ihr Recht auf Gesundheit. Die Förderung fossiler Brennstoffe verletzt Rechte Indigener Völker und verstärkt durch die ungerechte Verteilung der Profite die Armut. Die weitere Verarbeitung in Raffinerien und in der petrochemischen Industrie ist mit Umweltschäden, Einschränkung von Gewerkschaftsrechten oder gefährlichen Arbeitsbedingungen verbunden. Und am anderen Ende der Wertschöpfungsketten stehen die klimaschädliche Energieerzeugung und das Vermüllen der Ozeane mit Plastik.

### **WEG VON DER BELIEBIGKEIT**

Auch wenn mit den UN-Leitprinzipien und darauf beruhenden Gesetzen erste Schritte getan wurden, Unternehmen zur Verantwortung für die durch sie verursachten Menschenrechtsverletzungen zu ziehen, bleibt es ein mühsamer Weg. Groß sind die Widerstände aus der Wirtschaft und von Regierungen. Zunächst braucht es wirksame nationale und regionale Regelungen – und nicht ihre Abschwächung, wie es zurzeit mit dem deutschen Lieferkettengesetz und der europäischen Lieferkettenrichtlinie geschieht. Ziel muss ein globales Abkommen sein, das Menschen überall vor Übergriffen bei wirtschaftlichen Aktivitäten schützt und es ihnen ermöglicht, ihre Rechte wahrzunehmen und Entschädigungen zu erhalten.

*Mathias John ist Sprecher der Themenkoordinationsgruppe für Wirtschaft, Rüstung und Menschenrechte von Amnesty Deutschland.*

Hier finden Sie den Link zum Artikel: <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/globale-lieferketten-menschenrechte-rohstoffe-ausbeutung>

# KANADA

## WIE KANADAS „SECOND-GENERATION-CUT-OFF“ DIE ZUKUNFT DER FIRST NATIONS BEDROHT

*„Wir haben jetzt die Chance, die „Second-Generation-Cut-off“-Regelung abzuschaffen und endlich die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und der ethnischen Zugehörigkeit aus dem Indian Act zu streichen. Hier geht es um Auslöschung oder Überleben. Wenn wir entschlossen, mutig und standhaft bleiben und unsere Vertreter\*innen im Unterhaus sich uns anschließen, werden meine Kinder eines Tages den Status erhalten und mit Stolz auf diesen entscheidenden Moment der Versöhnung zurückblicken – und vor allem mit dem Bewusstsein, dass ihre Rechte gewahrt sind.“<sup>1</sup>*

Zoë Craig-Sparrow, Musqueam Indian Band

### HINTERGRUND ZUR „SECOND-GENERATION-CUT-OFF“ REGELUNG

Seit 150 Jahren entscheidet die kanadische Regierung nach den Vorgaben des aus der Kolonialzeit stammenden *Indian Act*<sup>2</sup>, wer als „Indian“<sup>3</sup> (juristischer Begriff für Angehörige der First Nations<sup>4</sup>) registriert werden kann, aber auch, wie man den damit verbundenen Status durch Einbürgerung, freiwillig oder unfreiwillig, verliert.

Die Kontrolle der Regierung darüber, wer als status-Indian (juristische Bezeichnung) anerkannt wird, ist alles andere als symbolisch. Der Status beeinflusst den Zugang zu einer Gemeinschaft, Kultur, dem traditionellen Land, Reservat, zu Vertragsrechten sowie zu Förderprogrammen und Dienstleistungen des Bundes – einschließlich der Gesundheitsversorgung und Bildung.

Der *Indian Act*, der erstmals 1876 in Kraft trat, ist immer noch das mächtigste Instrument der kanadischen Regierung zur Kontrolle der First Nations. Seitdem enthält er restriktive Vorschriften darüber, wer als „Indian“ registriert werden kann.

Bis 1985 waren Angehörige der First Nations, die die gleichen Grundrechte wie andere Kanadier\*innen ausüben wollten, wie Land zu besitzen, an Bundeswahlen teilzunehmen, Ärzt\*in oder Anwalt\*in zu werden, gezwungen, ihren Status aufzugeben. Dies wurde als „Enfranchisement“ bezeichnet. Personen,

---

<sup>1</sup> Erased by law: How Canada’s second generation cut-off threatens the future of First Nations, March 3, 2026, <https://amnesty.ca/features/canada-second-generation-cut-off-threatens-first-nations/>

<sup>2</sup> Der 1876 von der kanadischen Regierung eingeführte *Indian Act* diente dazu, die Kultur der First Nations zugunsten einer Assimilation an die euro-kanadische Gesellschaft auszulöschen. Die Vorschriften dieses Gesetzes wurden bis heute wiederholt geändert und angepasst und gelten nur für die First Nations. Danach sind viele Aspekte des täglichen Lebens geregelt – wie der Status einer Person, die Beziehung zur kanadischen Regierung, Unterstützungsmaßnahmen, Mitgliedschaft in einer Gemeinschaft, die Verwaltung und Regierung durch gewählte Band-Chiefs in den Reservaten, die Landnutzung. Es gibt aber auch First Nations, die nach den Gesetzen ihres eigenen traditionellen Regierungssystems leben, wie die 5 Clans der Wet’suwet’en Nation.

<sup>3</sup> Der Begriff sollte nur in einem rechtlichen Kontext verwendet werden.

<sup>4</sup> Neben den First Nations gehören auch die Métis und Innu zu den Indigenen Völkern in Kanada.

die ihre Staatsbürgerschaft erhielten, verloren das Recht, als Mitglieder ihrer Gemeinschaft anerkannt zu werden und in einem Reservat zu leben. Es stand nie außer Frage, dass dies rassistisch war. Im Jahr 2018 beschrieb der Supreme Court of Canada die Entziehung der Staatsbürgerschaft als „eine diskriminierende Politik, die darauf abzielte, die Kultur Indigener Völker auszulöschen und sie zu assimilieren.“<sup>5</sup>

Nach den 1985 vorgenommenen Änderungen des *Indian Act* konnten Indigene Frauen, die zuvor ihren Status verloren, wenn sie einen nichtindigenen oder nicht statusberechtigten Mann heirateten, diesen zurückbekommen. Für Männer hat diese Regelung nie gegolten. Auch wenn sie nichtindigene Frauen heirateten, behielten sie ihren Status.

Allerdings wurde 1985 auch die „Second-Generation-Cut-off“-Regelung<sup>6</sup> eingeführt. Eine Vorschrift, nach der Kinder nicht mehr als Status-Indian registriert werden können, wenn ein Elternteil über zwei Generationen hinweg eine Person ohne Status war.

Bundesweit sind somit 29 % der Status-Indian davon bedroht, ihren Status nicht an ihre Kinder weitergeben zu können, sofern sie sich nicht dafür entscheiden, zusammen mit einem anderen status-Indian Kinder zu zeugen. Ansonsten endet die Abstammungslinie der Familie nach zwei Generationen. Sofern dies nicht geändert wird, droht den First Nations mit dieser Regelung eine Auslöschung per Gesetz.

Trotz des erklärten Engagements für die Versöhnung mit den Indigenen Völkern hält die kanadische Bundesregierung an ihrer Politik der Zwangsassimilation fest, indem sie Tausenden Kindern der First Nations ihr Geburtsrecht verweigert.<sup>7</sup>

*„Die ‚Second-Generation-Cut-off-Regel‘ bedeutet im Grunde genommen das Aussterben eines Volkes, einer Gemeinschaft, allein aufgrund der Tatsache, dass sie frei entscheiden, in wen sie sich verlieben und mit wem sie Kinder bekommen.“<sup>8</sup>*

Paul Prosper, Anwalt und ehemaliges Oberhaupt der Paqtnkek (Afton) Mi'kmaw Nation und Senator der Provinz Nova Scotia.

## WODURCH VERLETZT DIE „SECOND-GENERATION-CUT-OFF“-REGEL DIE MENSCHENRECHTE?

Kanadas Menschenrechtsgesetze sind eindeutig: Diskriminierung aufgrund der Ethnie und des Geschlechts ist illegal. Amnesty International Kanada äußert sich besorgt über die diskriminierende „Second-Generation-Cut-off“-Regelung. Sie verweigert den Kindern der First Nations nicht nur den Rechtsstatus aufgrund ihrer Herkunft, sondern sie wirkt sich zusätzlich unverhältnismäßig stark auf Indigene Frauen aus, was einer Diskriminierung aufgrund des Geschlechts gleichkommt.<sup>9</sup> Obwohl die „Second-Generation-Cut-off“-Regel neutral erscheinen mag, setzt sie ein Vermächtnis geschlechtsspezifischer Diskriminierung fort.

---

<sup>5</sup> Bill -2 and the second generation cut-off, November 3, 2025, [https://www.firstpeopleslaw.com/public-education/blog/bill-s-2-and-the-second-generation-cut-off-patricia-lawrence-Canada-\(Canadian-Human-Rights-Commission\)-v-Canada-\(Attorney-General\),-2018-SCC-31-at-para-5](https://www.firstpeopleslaw.com/public-education/blog/bill-s-2-and-the-second-generation-cut-off-patricia-lawrence-Canada-(Canadian-Human-Rights-Commission)-v-Canada-(Attorney-General),-2018-SCC-31-at-para-5).

<sup>6</sup> Erased by law: How Canada's second generation cut-off threatens the future of First Nations, March 3, 2026, Schautafel, <https://amnesty.ca/features/canada-second-generation-cut-off-threatens-first-nations/>

<sup>7</sup> ebd.

<sup>8</sup> Dale Smith, The never-ending effort to expand First Nation status, National, 12 May 2026 <https://nationalmagazine.ca/en-ca/articles/law/in-depth/2026/the-never-ending-effort-to-expand-first-nation-status>

<sup>9</sup> Erased by law: How Canada's second generation cut-off threatens the future of First Nations, March 3, 2026, <https://amnesty.ca/features/canada-second-generation-cut-off-threatens-first-nations/>

Da die Frauen der First Nations ihre Kinder häufiger allein erziehen, sind sie größeren Benachteiligungen ausgesetzt: eingeschränkter Zugang zu Förderprogrammen, Wohnraum im Reservat, zu der Möglichkeit, Häuser oder Grundstücke zu vererben und ihren Kindern damit Sicherheit zu bieten. Ein weiteres Problem besteht für die Frauen darin, dass sie ihren Status nicht an ihre Kinder weitergeben können, wenn sich der Vater weigert, die Vaterschaft anzuerkennen, oder wenn sie den Vater nicht nennen können, weil das Kind infolge von Gewalt, Inzest, Ehebruch oder anderem Missbrauch gezeugt wurde. Sie haben dann größere Schwierigkeiten nachzuweisen, dass ihr Kind Anspruch auf den Status hat.

Die UN-Erklärung über die Rechte der Indigenen Völker erkennt das Menschenrecht Indigener Völker auf Freiheit von jeglicher Diskriminierung, einschließlich Zwangsassimilation an und schützt die ihnen innewohnenden Rechte auf Selbstbestimmung, Kontrolle über ihr Land und ihre Ressourcen. Im Jahr 2021 bekräftigte die kanadische Bundesregierung, dass die UN-Erklärung im kanadischen Recht gilt, verstößt jedoch weiterhin gegen sie, indem sie die „Second Generation Cut-off“-Regelung beibehält – so Amnesty International.<sup>10</sup>

Kanadas anhaltende Diskriminierung der First Nations durch die „Second Generation Cut-off“-Regelung ist nach international geltenden Menschenrechtsstandards streng verboten und wurde wiederholt seitens der Vereinten Nationen kritisiert.

### **DAS KANADISCHE UNTERHAUS MUSS DEM BEISPIEL DES SENATS FOLGEN**

Der ursprüngliche Gesetzentwurf S-2, der im Mai 2025 im Senat eingebracht wurde, folgte einer langjährigen Praxis der Regierung, nur punktuelle Reformen vorzunehmen, ohne die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und der ethnischen Zugehörigkeit umfassend zu beseitigen.<sup>11</sup> Nachdem der Senat<sup>12</sup> zahlreiche Angehörige und Oberhäupter der First Nations, Mitglieder ihrer Organisationen sowie Menschenrechtsexpert\*innen angehört hatte, folgte er ihren Forderungen. Der Gesetzentwurf S-2 wurde geändert, um die „Second-Generation-Cut-off“-Regelung endgültig abzuschaffen und durch eine Ein-Eltern-Regelung zur Weitergabe des Status an die Kinder zu ersetzen. Dadurch wird das Geburtsrecht ihrer Kinder gewahrt.<sup>13</sup> Diese Regelung gilt für Frauen und Männer gleichermaßen. Der geänderte Gesetzentwurf wurde am 4. Dezember 2025 einstimmig vom Senat verabschiedet.

Inzwischen liegt der Gesetzentwurf zur Verhandlung im kanadischen Unterhaus. Vertreter\*innen der Bundesregierung haben jedoch wiederholt erklärt, dass sie die Änderungen des Senats nicht unterstützen und weitere Konsultationen zu dem Thema erforderlich seien, obwohl diese bereits seit mehr als 40 Jahren andauern.

*„Ich habe mein ganzes Erwachsenenleben lang gegen diese geschlechtsspezifische Diskriminierung gekämpft. Auch wenn wir große Fortschritte gemacht haben, sind die Diskriminierung und ihre Folgen noch nicht verschwunden. Ich hoffe, dass Kanada diese koloniale Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und der ethnischen Zugehörigkeit vollständig beseitigt [...] Sie hat den Frauen der First Nations, ihren Kindern und ihren Gemeinschaften so viel Leid zugefügt. Wir sollten nicht noch länger warten müssen.“<sup>14</sup>*

Sharon McIvor, Lower Nicola Band

---

<sup>10</sup> ebd.

<sup>11</sup> ebd.

<sup>12</sup> Der Senat ist wie das Unterhaus Teil des kanadischen Parlaments.

<sup>13</sup> Erased by law: How Canada's second generation cut-off threatens the future of First Nations, March 3, 2026, <https://amnesty.ca/features/canada-second-generation-cut-off-threatens-first-nations/>

<sup>14</sup> Erased by law: How Canada's second generation cut-off threatens the future of First Nations, March 3, 2026, <https://amnesty.ca/features/canada-second-generation-cut-off-threatens-first-nations/>

Zeug\*innen, die am 7. Mai 2026 vor einem Ausschuss des Unterhauses aussagten, äußerten zudem die Befürchtung, dass die First Nations „gesetzlich ausgelöscht“ würden, sollte die Bundesregierung die im *Indian Act* festgelegte Begrenzung auf die zweite Generation nicht aufheben.<sup>15</sup>

**Bitte unterstützen Sie die Forderungen der First Nations zur Beendigung der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und der ethnischen Herkunft und unterzeichnen Sie den Brief der kanadischen Sektion von Amnesty International an die Ministerin für Indigene Angelegenheiten, Mandy Gull-Masty.**

Hier können Sie die Petition unterzeichnen:

<https://takeaction.amnesty.ca/page/187580/action/1>

Marianne Kersten

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und Indigene Völker

---

<sup>15</sup> Joy, SpearChief-Morris, First Nations say they fear 'legislative extinction' under Indian Act's 2nd-generation cutoff, May 8, 2026, <https://www.cbc.ca/news/indigenous/bill-s2-indian-act-status-cutoff-9.7192649>

# KANADA UND USA

Amnesty Journal, 2/2026

## WIDERSTAND GEGEN LANDNAHME

**IN KANADA UND DEN USA WEHREN SICH INDIGENE VÖLKER GEGEN DEN AUSBAU VON GASPIPELINES AUF IHREM LAND UND DIE MISSACHTUNG IHRER RECHTE**

*Von Marianne Kersten*

Zwei Pipelines, derselbe Kampf: In der kanadischen Provinz British Columbia und im US-Bundesstaat North Carolina kämpfen betroffene Indigene Völker gegen den Bau von Gaspipelines auf ihrem Land. Beide Fälle spiegeln ein globales Problem wider: Die Infrastruktur fossiler Brennstoffe untergräbt Menschenrechte und Klimaschutzbemühungen, verursacht schwere Umweltschäden und Gesundheitsrisiken und gefährdet die traditionelle Lebensweise Indigener Völker.

Recherchen von Amnesty International und der NGO Better Planet Laboratory (BPL) ergaben, dass weltweit mindestens zwei Milliarden Menschen unter den Risiken dieser Infrastruktur leiden. BPL stellte zudem fest, dass mindestens 16,1 Prozent dieser Infrastrukturen auf Indigenen Territorien stehen, obwohl der Anteil Indigener Menschen an der Weltbevölkerung weniger als fünf Prozent beträgt.

### **„NATIONALE INTERESSEN“ HEBELN INDIGENE RECHTE AUS**

Zum Schutz ihres angestammten Landes, ihrer Lebensweise und einer gesunden Umwelt lehnen die Wet'suwet'en Nation und ihre Verbündeten die 670 Kilometer lange Frackinggaspipeline des kanadischen Unternehmens Coastal GasLink ab. Doch trotz ihres massiven und landesweiten Widerstands wurde die Pipeline gebaut und in Betrieb genommen. Verschiedene Gremien der UNO hatten die kanadische Regierung zudem mehrfach zur Einhaltung der Menschenrechte aufgefordert. Die unterirdisch verlaufende Trasse teilt das 22.000 Quadratkilometer große Land der Indigenen auf einer Länge von 190 Kilometern. Dabei führt sie auch durch ein sensibles Wassereinzugsgebiet mit zahlreichen Pflanzen- und Tierarten.

Kanada und British Columbia verabschiedeten Gesetze zur Umsetzung der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte Indigener Völker, die ihnen ein Recht auf Selbstbestimmung und „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ zu Infrastrukturprojekten auf ihrem Land garantiert. Bereits 1997 hatte der Supreme Court of Canada entschieden, dass die Landrechte der traditionellen Wet'suwet'en Nation nie erloschen sind. Doch anstatt diese Rechte zu sichern, setzten die Regierung British Columbias und Coastal GasLink während der Verhandlungen auf „Beziehungsaufbau“ und „wirtschaftliche Vorteile“.

Zur beschleunigten Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen und ohne vorherige Konsultation der Indigenen Völker beschloss die kanadische Regierung inzwischen ein Gesetz, das es ihr erlaubt, Großprojekte wie Pipelines, Staudämme oder Straßen als „nationale Interessen“ einzustufen. Damit kann sie Umweltverträglichkeitsprüfungen und Konsultationsverfahren beschleunigen oder umgehen.

## ABSCHRECKENDE FREIHEITSSTRAFEN

Um den Pipelinebau ungestört fortsetzen zu können, erließ der Supreme Court of British Columbia 2019 auf Antrag von Coastal GasLink eine einstweilige Verfügung, die das Betreten der Baustellen und Blockieren von Zufahrten untersagt. Amnesty International kritisierte, dass dies die Rechte der Wet'suwet'en auf Versammlungs- und Bewegungsfreiheit in unzulässiger Weise einschränkt.

In den Jahren 2019 bis 2023 führte die Polizei vier groß angelegte und stark militarisierte Razzien auf dem Land der Wet'suwet'en durch. Mehr als 75 Menschen wurden festgenommen und vorübergehend inhaftiert, 20 von ihnen angeklagt. Nachdem Chief Dsta'hyl, ein Oberhaupt der Wet'suwet'en Nation, wegen Missachtung der einstweiligen Verfügung zu 60 Tagen Hausarrest verurteilt worden war, erklärte Amnesty ihn im Sommer 2024 zum ersten gewaltlosen politischen Gefangenen Kanadas. Im Oktober 2025 verurteilte ein Richter drei weitere Angeklagte zu Freiheitsstrafen, setzte diese allerdings zur Bewährung aus und ordnete stattdessen jeweils 150 Stunden gemeinnützige Arbeit an. In seiner Urteilsbegründung kritisierte er, dass die Regierungen von British Columbia und Kanada die Rechte der Indigenen missachtet und es versäumt hätten, sich ernsthaft um eine Verhandlungslösung zu bemühen. Das harte Vorgehen und die rassistischen Äußerungen einiger Polizeikräfte während der Festnahmen wertete er als „schwerwiegendes Fehlverhalten“ und Verletzung von Grundrechten.

**„Wir waren nie die Anstifter\*innen, aber wir haben die Hauptlast der Gewalt getragen“**, sagte Chief Sleydo', eine der Verurteilten.

Amnesty International kritisierte, das Urteil sende eine abschreckende Botschaft an diejenigen, die sich friedlich für ihre Rechte, ihre Lebensweise und das Klima einsetzen.

Zur Steigerung der Kapazität und Rentabilität der Gaspipeline plant Coastal GasLink den Bau von zwei Kompressoranlagen auf dem Land der Indigenen. Auch dies lehnen ihre Oberhäupter ab; zu erwarten seien unter anderem erhebliche gesundheitliche Risiken durch erhöhte Methanemissionen sowie Lärm, Vibrationen und die weitere Fragmentierung traditioneller Pfade.

## UN-HOCHKOMMISSARIAT FÜR MENSCHENRECHTE EINGESCHALTET

Im US-Bundesstaat North Carolina kämpfen die Occaneechi, die zur Saponi Nation gehören, seit 2018 gegen die geplante Southgate-Erweiterung der im Schnellverfahren genehmigten und 2024 fertiggestellten Mountain Valley Pipeline. Bei den Bauarbeiten der Frackinggaspipeline gab es Hunderte Verstöße gegen Genehmigungsaufgaben, Gesetze und Vorschriften. Wasserwege wurden verschmutzt, Ökosysteme zerstört und Stätten zeremonieller Bedeutung entweiht oder fälschlicherweise und abwertend als nichtindigene „Steinhaufen“ bezeichnet.

Um sich Gehör zu verschaffen, veranstalteten die Occaneechi zusammen mit anderen Indigenen Völkern ein Tribunal der internationalen Versammlung zum Schutz der Naturrechte und forderten den Stopp des gesamten Pipelineprojekts auf ihren Territorien. Zudem verschickten sie zahlreiche Beschwerdebriefe an die Regulierungsbehörden. 2025 wandte sich die Sprecherin der Occaneechi, Crystal A. Cavalier-Keck, an das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte. In ihrem Schreiben forderte sie unter anderem die Einleitung einer formellen Untersuchung der Auswirkungen des Southgate-Projekts auf die Menschenrechte und verwies auf die anhaltenden Verstöße gegen die Rechte Indigener in den USA. So wurde das Southgate-Projekt ohne die „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ der betroffenen Indigenen Völker vorangetrieben. Staatlich anerkannte Indigene Tribes wie die Occaneechi Band wurden systematisch von den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen trotz eindeutiger Risiken für ihre Territorien, Grabstätten und die Gesundheit. 2021 wurde die damals geplante Route und Infrastruktur der Southgate-Erweiterung abgelehnt. Ende 2025 jedoch genehmigte die Federal Energy Regulatory Commission eine überarbeitete Planung für das Projekt ohne ein neuerliches Umweltverträglichkeitszertifikat und trotz des Nachweises einer Beratungsfirma, dass die Erweiterung nicht notwendig sei.

Der neue Plan des Southgate-Betreibers Transco (Williams) reduziert zwar die kritischen Wasserüberquerungen, verzichtet auf eine zusätzliche Kompressorstation und umgeht das Territorium der Occaneechi-Sapone Nation. Doch die betroffenen Indigenen Völker haben bereits angekündigt, weiterhin gegen die „unnötige“ Southgate-Erweiterung vorzugehen. Denn für sie, wie für die Wet'suwet'en Nation, ist das Land die Grundlage ihrer Identität und Kultur.

Hier finden Sie den Link zum Artikel:

<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/kanada-usa-indigene-gaspipelines-landrechte-widerstand>

*Marianne Kersten ist Mitglied der Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und Indigene Völker von Amnesty Deutschland.*

# USA

## DIE RECHTE INDIGENER VÖLKER UND DER LITHIUM-BOOM IN NEVADA

**EINE NEUE STUDIE VON AMNESTY INTERNATIONAL STELLT EINEN ZUSAMMENHANG ZWISCHEN GENEHMIGTEN LITHIUM-PROJEKTEN UND DEN VERLETZUNGEN INDIGENER RECHTE IN NEVADA HER.**

Wie Amnesty International in dem Bericht *„We're here to protect Mother Earth: Indigenous Rights and Nevada's Lithium Boom“* zeigt, verstößt die US-Regierung gegen internationale Menschenrechtsstandards, indem sie den Bau neuer Lithium-Minen ohne die freie, vorherige und informierte Zustimmung (Free, Prior and Informed Consent, FPIC) der betroffenen Indigenen Völker vorantreibt und damit deren Kultur, Gesundheit, Wasser und Umwelt gefährdet.

Dabei handelt es sich um drei große Lithium-Abbauprojekte: die Thacker-Pass- Lithium-Mine des kanadischen Unternehmens Lithium Americas, die sich bereits im Bau befindet, das Nevada-North-Lithium-Project und das Rhyolite-Ridge-Lithium-Boron-Project. Lithium Americas und das australische Unternehmen Ioneer sind die beiden treibenden Kräfte hinter dem Lithium-Boom in Nevada – unterstützt von international agierenden Investoren.

Angesichts der weltweit steigenden Nachfrage nach Lithium, die durch die Energiewende und den raschen Ausbau von Rechenzentren für künstliche Intelligenz (KI) vorangetrieben wird, hat sich Nevada zu einem wichtigen Zentrum für den Lithium-Abbau entwickelt. Der Bundesstaat verfügt über rund 85 % der bekannten Lithium-Reserven in den USA. Zwar ist derzeit nur eine Lithium-Mine in Betrieb, doch das Ausmaß und Tempo der geplanten Expansion sind beeindruckend: Bis September 2024 waren landesweit mehr als 23.500 aktive Lithium-Schürfrechte registriert worden.

Die Gewinnung und Verarbeitung von Lithium in der trockenen Hochwüste Nevadas birgt erhebliche Umweltrisiken – darunter Grundwasserverknappung, Kontamination und Verlust der biologischen Vielfalt – mit unverhältnismäßigen Auswirkungen auf die Menschenrechte wie Wasser, Gesundheit, Kultur sowie eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt.

*„Im Wettlauf um sogenannte kritische Mineralien beschleunigt die derzeitige Trump-Regierung die Erteilung von Bergbaugenehmigungen, schwächt jedoch gleichzeitig die Umweltaufsicht und treibt die Rohstoffgewinnung auf Kosten der Menschenrechte und des Umweltschutzes voran. Es spiegelt eher die Prioritäten der Politik und Industrie wider als das, was die Gesellschaft wirklich braucht. Angesichts des anhaltenden Lithium-Booms ist es an der Zeit, den Rechten der Indigenen Völker Vorrang einzuräumen.“<sup>1</sup>*

Alysha Khambay, Expertin für Wirtschaft und Menschenrechte von Amnesty International.

---

<sup>1</sup> USA: Boom in lithium mining across Nevada is violating the rights of Indigenous Peoples, <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2026/05/usa-boom-in-lithium-mining-across-nevada-is-violating-the-rights-of-indigenous-peoples/> Amnesty International, May 12, 2026

**„WIR WURDEN EINFACH ÜBERGANGEN“**

Im Rahmen der Studie sprach Amnesty International zwischen August 2025 und März 2026 mit 20 Angehörigen Indigener Völker, Mitgliedern der Tribes und führte vor Ort Besichtigungen in den Gebieten des Thacker-Pass- und des Nevada-North-Lithium-Projekts durch. Die Researcher\*innen führten zudem mit 11 Personen, die von den geplanten Projekten auf ihrem angestammten Land betroffen sind, ausführliche Online-Interviews. Viele sagten, dass sie sich von der US-Regierung übergangen fühlten.

Shelley Harjo, ein Mitglied des Fort McDermitt Paiuteand Shoshone Tribes, der von der Thacker-Pass-Mine betroffen ist, sagte: *„Zustimmung spielt hier keine Rolle. Es gab nie eine echte Zustimmung seitens der Gemeinschaft. Wir wurden einfach übergangen. Unser Tribe ist finanziell verarmt, ich habe das Gefühl, dass man uns ausgenutzt hat – weil wir so naiv waren und nicht wussten, was damals wirklich vor sich ging.“*<sup>2</sup>

**„DIE MINE WIRD UNSERE HEIMAT, UNSERE LEBENSWEISE ZERSTÖREN“**

Shelley Harjo

Für Dorece Sam Antonio, eine direkte Nachfahrin von Ox Sam – einem der drei Überlebenden des Massakers am Thacker-Pass im Jahr 1865 – ist dies ein schwerer Schlag für ihre Gemeinschaft und ihre Vorfahren. Sie ist eine führende Persönlichkeit des von Indigenen 2023 gegen die Mine organisierten Gebetscamps.

**FORTSETZUNG HISTORISCHEN UNRECHTS**

Der Lithium-Boom in Nevada findet in Gebieten statt, die viele Indigene Völker als angestammte Territorien betrachten und die für ihre kulturelle Identität, Spiritualität und ihren Lebensunterhalt von zentraler Bedeutung sind. Obwohl die USA einen Großteil dieses Landes als „öffentliches Land“ einstufen, ist diese Bezeichnung das Ergebnis einer langen Geschichte der Landenteignung durch den Siedlerkolonialismus – geprägt durch Enteignung, Zwangsumsiedlung und das Ersetzen Indigener Verwaltungssysteme durch staatliche Kontrolle.

Nach internationalen Menschenrechtsstandards wird ein Großteil dieser Territorien als Eigentum Indigener Völker anerkannt, die sie traditionell besessen, bewohnt oder anderweitig genutzt haben. Internationale Standards – wie die UN-Erklärung über die Rechte Indigener Völker (UN Declaration on the Rights of Indigenous Peoples, UNDRIP) – bekräftigen ihre Rechte einschließlich des Rechts auf Selbstbestimmung und freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC). Diese müssen bei allen Entscheidungen, die ihr Land, ihre Ressourcen und Lebensweise betreffen, uneingeschränkt respektiert werden. Das gilt auch unabhängig von innerstaatlichen Landnutzungsklassifikationen der USA.

Die UNDRIP ist zwar für Staaten nicht rechtsverbindlich, verfügt aber über erhebliche normative Autorität. Expert\*innen für Völkerrecht haben bestätigt, dass mehrere der darin festgelegten Rechte – darunter das Recht auf Selbstbestimmung sowie das Recht auf traditionelle Territorien und Ressourcen – das Völkergewohnheitsrecht widerspiegeln. Die USA haben zwar das Prinzip der FPIC nicht in ihrem innerstaatlichen Recht verankert, aber die UNDRIP gebilligt, sich ihren Zielen verpflichtet und sind Vertragsstaat des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (International Convention on the Elimination of Racial Discrimination, ICERD). Dessen Ausschuss hat die amerikanische Regierung wiederholt aufgefordert, sicherzustellen, dass Entscheidungen, die die Rechte Indigener Völker unmittelbar betreffen, nicht ohne ihre Zustimmung getroffen werden.

---

<sup>2</sup> USA: Boom in lithium mining across Nevada is violating the rights of Indigenous Peoples, <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2026/05/usa-boom-in-lithium-mining-across-nevada-is-violating-the-rights-of-indigenous-peoples/> Amnesty International, May 12, 2026

*„Für alle drei Bergbauprojekte wurde nie eine Zustimmung eingeholt, noch war dies ein Ziel der Konsultationen, die tatsächlich stattfanden“, sagte Alysha Khambay, Expertin für Wirtschaft und Menschenrechte von Amnesty International. „Da diese Projekte ohne FPIC vorangetrieben werden, verstoßen die Vereinigten Staaten gegen internationale Menschenrechtsstandards und setzen die gleichen Muster der Enteignung fort, denen Indigene Völker seit Generationen ausgesetzt sind.“<sup>3</sup>*

### **KEINE BERGBAUAKTIVITÄTEN OHNE EINHALTUNG INDIGENER RECHTE**

Gegenüber Amnesty International betonten die australischen und kanadischen Unternehmen Ioneer und Lithium Americas, dass sich die Projekte auf staatlichem Bundesland befänden und nach US-Recht keine freie, vorherige und informierte Zustimmung der betroffenen Völker (FPIC) erforderlich sei. Sie verwiesen auf die von der Regierung geleiteten Konsultationsprozesse und ihre eigenen Bemühungen.

Lithium Americas gab zudem an, eine Vereinbarung (Community Benefits Agreement) mit einer der Indigenen Tribes abgeschlossen zu haben, die von der Thacker-Pass-Mine betroffenen sind. Befragte – darunter ehemalige Mitglieder des Rates der Tribes – erklärten jedoch gegenüber Amnesty International, die Vereinbarung sei sehr einseitig zugunsten des Unternehmens gewesen und böte nur wenige nennenswerte Vorteile gegenüber den potenziell verheerenden ökologischen und kulturellen Auswirkungen durch die Mine. Amnesty International betonte, dass solche Vereinbarungen die Verpflichtung, die Zustimmung (FPIC) der Indigenen Völker einzuholen, nicht ersetzen.

Internationale Standards stellen außerdem klar, dass Unternehmen den höheren Standard einhalten müssen, auch wenn die nationalen Anforderungen weniger streng sind.

Zudem hat Kanada – anders als die USA – die UN-Erklärung über die Rechte Indigener Völker (UNDRIP) sowohl in nationales Recht als auch in das Provinzrecht von British Columbia aufgenommen, wo das Unternehmen Lithium Americas registriert ist.

*„Alle Staaten haben die Pflicht, dafür zu sorgen, dass in ihrem Hoheitsgebiet registrierte Unternehmen die Menschenrechte im Ausland achten“,<sup>4</sup> sagte Ketty Nivyabandi, Generalsekretärin der englischsprachigen Sektion von Amnesty International Kanada.*

Von international agierenden Unternehmen wird erwartet, dass sie internationale Menschenrechtsstandards überall einhalten, wo sie tätig sind. Indem sie Projekte ohne FPIC vorantreiben, tragen sie zu schweren Menschenrechtsverletzungen bei und erhöhen rechtliche, reputationsbezogene und finanzielle Risiken.

Amnesty International fordert die im Bericht genannten Unternehmen und ihre Investoren auf, dafür zu sorgen, dass kein Projekt ohne die Einhaltung des Rechts auf FPIC fortgesetzt wird.

Zudem fordert Amnesty International die US-Regierung auf, die Bundes- und Landesgesetze dringend zu reformieren und FPIC vorzuschreiben, bevor Projekte genehmigt werden, die angestammtes Indigenes Land betreffen. Unternehmen müssen nachweisen, dass sie FPIC – einem Eckpfeiler des Indigenen Rechts auf Selbstbestimmung – respektieren.

---

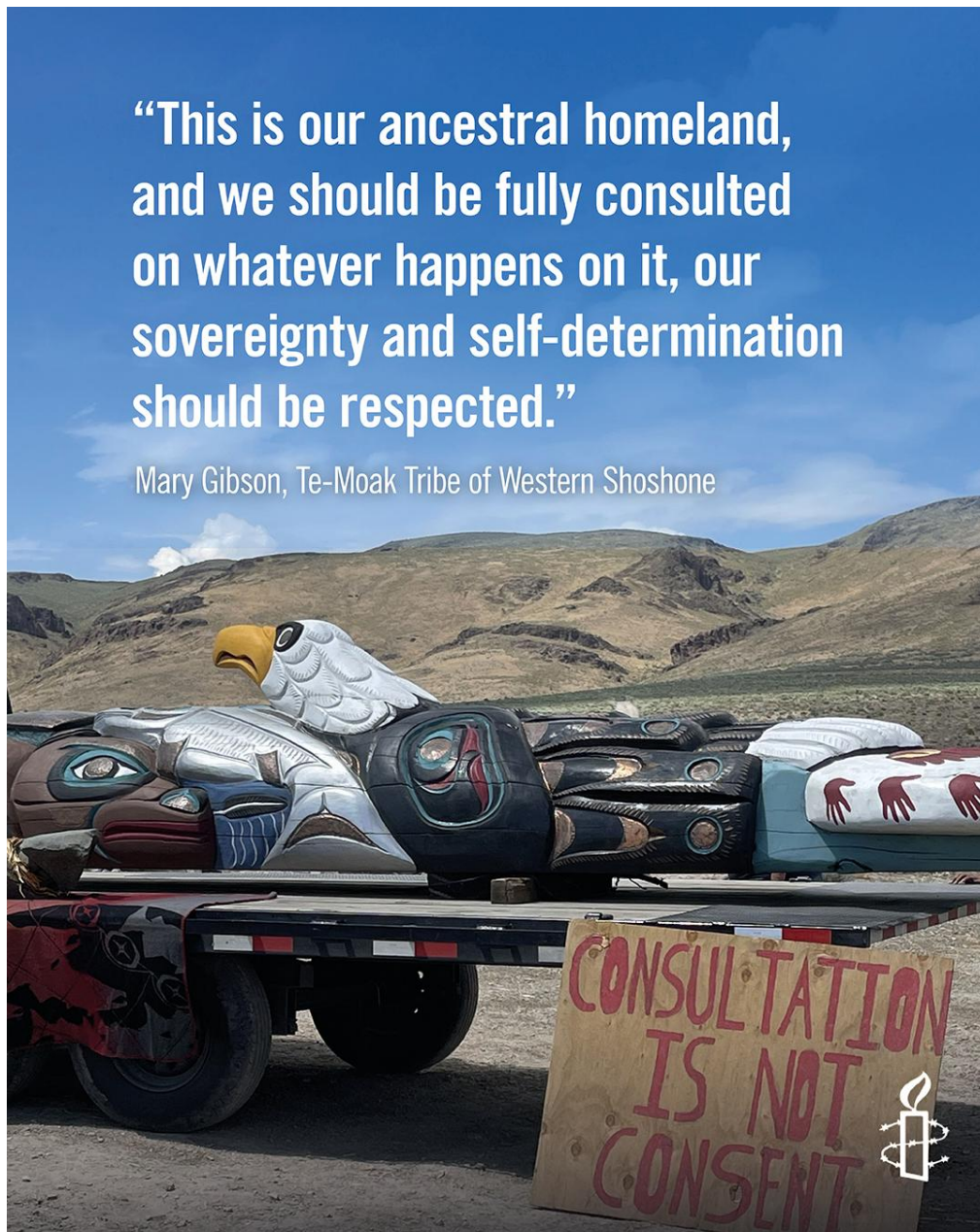
<sup>3</sup> USA: Boom in lithium mining across Nevada is violating the rights of Indigenous Peoples, <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2026/05/usa-boom-in-lithium-mining-across-nevada-is-violating-the-rights-of-indigenous-peoples/> Amnesty International, May 12, 2026

<sup>4</sup> ebd.

„Es ist äußerst besorgniserregend, dass die US-Regierung das Recht Indigener Völker, ihre Zustimmung zu erteilen oder sie zu verweigern, nicht respektiert und stattdessen Bergbauprojekte vorantreibt, die den Schutz der Menschenrechte weiter untergraben“<sup>5</sup>, so Alysha Khambay, Expertin für Wirtschaft und Menschenrechte von Amnesty International.

Quelle:

USA: Boom in lithium mining across Nevada is violating the rights of Indigenous Peoples, <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2026/05/usa-boom-in-lithium-mining-across-nevada-is-violating-the-rights-of-indigenous-peoples/> Amnesty International, May 12, 2026



© Amnesty International.org

---

<sup>5</sup> ebd.

**„WIR WOLLEN UNSER INDIGENES LAND IN NEVADA VOR DEN GEFÄHRLICHEN AUSWIRKUNGEN DES LITHIUMABBAUS SCHÜTZEN.“**

Fermina Stevens, Te-Moak Tribe der Western Shoshone

Fermina Stevens ist in Elko, Nevada, USA, geboren und aufgewachsen – seit Jahrtausenden die Heimat Indigener Völker. Als Geschäftsführerin des *Western Shoshone Defense Project* setzt sich Fermina dafür ein, das Land ihrer Vorfahren vor den negativen Auswirkungen des Bergbaus zu schützen, der vor über 200 Jahren mit der Entdeckung von Gold begann.

Sie erzählt Amnesty International, warum der Lithiumabbau ihre Gemeinschaft bedroht und wie er zu einem Symbol dafür geworden ist, dass die US-Regierung die Rechte der Indigenen Western Shoshone weiterhin ignoriert, obwohl ein Vertrag aus dem Jahr 1863 das riesige Territorium der Gemeinschaft anerkennt.

*„Dieser Vertrag, der von Oberhäuptern der Tribes und der US-Bundesregierung unterzeichnet wurde, erkennt das Territorium der Western Shoshone an. Zwar gewährte er der US-Regierung bestimmte Rechte und Privilegien, wie beispielsweise das Recht auf die Suche nach Bodenschätzen, doch wurde das Land nie an die US-Regierung abgetreten. Auch gab unsere Gemeinschaft ihre Souveränität über dieses Land niemals auf.“ [...]*

*„Es ist noch nicht lange her, dass dieser Lithium-Boom begann; erst vor etwa fünf Jahren hörten wir zum ersten Mal von kritischen Mineralien und vom Lithiumabbau.“ [...]*

*„Wenn die Bergbauunternehmen hierherkommen, fangen sie an, massenhaft Bäume zu fällen. Viele dieser Bäume sind Pinien. [...] In den letzten Jahrtausenden waren Pinienkerne das Grundnahrungsmittel unserer Ernährung.“*

*Wasser ist natürlich immer ein Thema. Der Lithiumabbau erfordert viel mehr Wasser als der Goldabbau. Das bereitet uns Sorge, besonders, da wir gerade eine Dürreperiode durchleben und im trockensten Bundesstaat leben.*

*Es ist die kumulative Wirkung dieser Bergbauprojekte, die uns Sorgen bereitet, denn der Bundesstaat Nevada ist geradezu übersät mit Goldminen – nicht nur aktuellen, sondern auch früheren. Wir wissen, dass der Boden und das Wasser stark verschmutzt sind.“ [...]*

*„Jeder weitere Abbau wird Auswirkungen haben. Der Lithiumabbau verschlimmert das, was bereits in der Vergangenheit angerichtet wurde.“ [...]*

*„Das Defense Project bemüht sich weiterhin darum, die US-Regierung dazu zu bewegen, diesen Vertrag und unsere Landrechte zu respektieren. Wir haben unseren Fall vor die Interamerikanische Menschenrechtskommission und den UN-Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung gebracht. Beide kamen zu dem Schluss, dass die Menschenrechte der Western Shoshone durch die US-Regierung verletzt wurden.“*

*„Ein Beispiel dafür ist das Fehlen angemessener Konsultationen mit der Bundesregierung über Bergbauaktivitäten. Die US-Regierung ist verpflichtet, sich mit den Tribes zu beraten, da wir die Souveränität über dieses Territorium haben. Aber die Regierung hält sich nicht an ihre Verpflichtungen, wenn sie Unternehmen entsendet, die die Konsultationen für sie oder an ihrer Stelle durchführen.“*

**„Dieses Land gehört uns – ob es den Leuten gefällt oder nicht. Wir versuchen, das Land und seine Ressourcen für zukünftige Generationen zu schützen. Wir denken an die Zeit in 40, 60, 80 Jahren. Werden wir angesichts der Vergiftung unseres Landes und unseres Wassers überhaupt noch in der Lage sein, unsere Spiritualität zu praktizieren?“**

Quelle:

Fermina Stevens: "We want to protect our Indigenous land in Nevada from the dangerous impact of lithium mining", <https://www.amnesty.org/en/latest/campaigns/2026/05/fermina-stevens-we-want-to-protect-our-indigenous-land-in-nevada-from-the-dangerous-impact-of-lithium-mining/> 12 May 2026

Übersetzt und zusammengefasst von Marianne Kersten  
Themenkoordinationsgruppe für Menschenrechte und Indigene Völker

---

# IN EIGENER SACHE

## UNSER GRUPPENFLYER!

Wer mehr über die Arbeit unserer Gruppe und zum Thema Menschenrechte und Indigene Völker wissen möchte, kann unseren 6-seitigen Flyer anfordern. In kurzer Form gibt es Informationen zur Arbeitsweise der Gruppe, zur Definition und Situation Indigener Völker sowie zum internationalen Menschenrechtsschutz.

Der Flyer kann kostenlos per E-Mail bestellt werden bei Barbara Hermanns, Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und Indigene Völker:

[barbara.hermanns@hamburg.de](mailto:barbara.hermanns@hamburg.de)



# MEXIKO

Amnesty Journal, 19. Mai 2026

## NDÉ IN MEXIKO: RAUS AUS DEM VERBORGENEN

**IN MEXIKO WURDEN DIE NDÉ BIS IN DIE 1930ER JAHRE VERDRÄNGT, VERFOLGT UND GETÖTET. HEUTE KÄMPFEN SIE FÜR EINE GESCHICHTLICHE AUFARBEITUNG UND DIE ANERKENNUNG ALS INDIGENES VOLK.**

*Aus Ciudad Juárez von Kathrin Zeiske und Leobardo Alvarado*

Martín Tafoya Domínguez handelt mit gebrauchten Autoteilen, früher organisierte er Rodeoveranstaltungen. Ein gewöhnlicher Lebenslauf in der mexikanischen Industriemetropole Ciudad Juárez an der Grenze zu den USA. "Du bist doch kein Apache", antworten Kolleg\*innen dem blauäugigen Tafoya, wenn er ihnen von seiner Herkunft erzählt, die seine Familie jahrzehntelang verschwiegen hat.

"Wir Ndé haben lange im Verborgenen gelebt", sagt Martín Tafoya. Denn im Bundesstaat Chihuahua, im Norden Mexikos, wurden die "Apachen", die "Feinde", wie die europäischen Kolonialherren und Siedler\*innen das Indigene Volk nannten, im Jahr 1839 für vogelfrei erklärt und noch bis in die 1930er Jahre verfolgt. "Sie haben uns gejagt wie wilde Tiere." Ein Kopfgeld wurde ausgesetzt, als Beweis galt der Skalp der oder des Getöteten.

### ERZWUNGENES GESELLSCHAFTLICHES ABTAUCHEN

Tafoya steht vor der Missionskirche von Ciudad Juárez, einem weißgetünchten Lehmbau im Stadtzentrum. Auf dem Platz ragt die Bronzestatue eines Mönchs in den strahlend blauen Wüstenhimmel. Die Franziskaner gründeten einst die Mission "El Paso del Norte" dort, wo die halbnomadischen Ndé bereits siedelten: in der fruchtbaren Flussebene des Río Bravo, einer kleinen Oase inmitten weiter Ebenen voller Kakteen und Dornbüsche.

Heute ist Martín Tafoya der "Nant'an", der Gemeindevorsteher jener Ndé-Familien, die sich auf der mexikanischen Seite der Grenze erst ab der Jahrtausendwende über Online-Netzwerke zusammenfanden. Ihre Nachnamen zeugen von der Geschichte ihres erzwungenen gesellschaftlichen Abtauchens.

"Apachen" gebe es nur im Süden der USA, lautete der allgemeine Konsens mehr als ein knappes Jahrhundert lang. Die Ndé, "die Menschen", wie sie sich selbst nennen, traten in Mexiko 2021 erstmals an die Öffentlichkeit. Sie versetzten die Zivilgesellschaft in Ciudad Juárez in Erstaunen, die damals den Stadtpark gegen Investor\*innengelüste verteidigte. "Der Park gehört weder der Stadt noch den Unternehmern, er ist Teil unserer Territorien", erklärt Tafoya. Dies belegten Dokumente aus der Zeit des Vizekönigreichs Neuspanien, die bis heute Gültigkeit hätten.

## **VERLEUMDUNG ALS "KRIEGERISCHE WILDE"**

Papiere, die den Ndé nach der Unabhängigkeit Mexikos nicht zum Vorteil gereichten: Die aufsteigenden Großgrundbesitzer, die die weiten Ebenen zur Viehzucht nutzen wollten, verleumdete die "Apachen" als kriegerische Wilde und löschten schließlich ihre Existenz, Sprache und Identität nahezu aus. So verübte zum Beispiel Coronel Joaquín Terrazas um 1880 Massaker, während sein Bruder Luis Terrazas mit seinen Viehherden und Silberminen vor der mexikanischen Revolution ein Imperium aufbaute, zu dem noch heute in Teilen die Zementgruppe GCC gehört. "Die Familien, die damals von der Auslöschung der Ndé profitierten, haben immer noch großen Einfluss in Chihuahua", stellt Juan Luis Longoria Granados fest. Der Historiker und Anthropologe setzt sich seit Jahren dafür ein, die Geschichtsschreibung der Täter\*innen zu korrigieren. Seine schwarzen Haare hat der Ndé seither nie wieder schneiden lassen und stattdessen zu langen Zöpfen geflochten.

In Vergessenheit gerieten die prominenten Persönlichkeiten der Ndé wie der geistliche und militärische Führer Gerónimo, der als Letzter mit einer Guerilla-Einheit Widerstand gegen die Truppen der USA und Mexikos leistete, oder die Kriegsstrategin, Kämpferin und Heilerin Lozen, die ein Beispiel dafür ist, dass die Geschlechterrollen des Indigenen Volkes durchlässig waren. Historiker Longoria führt durch das Archäologische Museum im Stadtpark Chamizal, in dem nun endlich auch die Ndé Erwähnung finden. Einst standen vor dem Museum am Ufer des Río Bravo hohe Weiden, im Fluss tummelten sich Biber und Otter, berichtet Longoria. Heute ist der Strom nur noch ein schmales Rinnsal im Betonbett vor den rostroten Stahlstreben der Grenzsicherungsanlage zu den USA.

## **„Meine Urgroßmutter hat unsere Traditionen im Geheimen gepflegt.“**

Priscila Rojas

Den Ndé-Gemeinschaften liege es fern, ihre riesigen Territorien in Ciudad Juárez und Chihuahua zurückzufordern, sagt Longoria: "Vielmehr wollen wir, dass bedeutende Orte als Naturschutzgebiete bewahrt werden." Sogar an den verstorbenen Papst Franziskus seien sie herangetreten, um eine päpstliche Bulle aus Zeiten der Conquista annullieren zu lassen. "Unsere Sicht auf die Welt ist eine andere als die christlich-kapitalistische. 500 Jahre nach der sogenannten Eroberung Lateinamerikas steht das Ende der Welt mit der Klimakatastrophe an. In Ciudad Juárez wird es in wenigen Jahren kein Wasser mehr geben", warnt er. Nicht nur die Ndé, alle müssten daher umdenken, sagt Longoria.

## **FRAUEN GEBEN DIE KULTUR WEITER**

Eine knappe Stunde Autofahrt südlich der hell erleuchteten Großstadt sind am klaren Nachthimmel schon die Sterne zu sehen. Zum traditionellen Jagdfest der Ndé hat sich die Familie Rojas Murillo auf ihrem Grundstück vor den Sanddünen von Samalayuca versammelt. Schemenhaft erkennt man die Anwesenden, auf der angrenzenden Koppel schnauben zwei braunweiß gescheckte Pferde. Großvater Don Mario hat ein Lagerfeuer entzündet und wirft Gobernadora, eine wohlriechende gelbe Wüstpflanze als Gabe hinein. Sein Sohn Cristóbal beginnt die alten Sagen der Ndé zu erzählen – darunter die von der weiß geschminkten Frau, die der Lebensspender auf die Erde schickte, um die Menschheit zu gebären.

Heute ist Cristóbals Tochter Priscila Rojas die wichtigste Frau der Ndé in Chihuahua. Zu ihrem Amtsantritt holte die mexikanische Präsidentin Claudia Sheinbaum Vertreterinnen aller Indigenen Völker des Landes zu sich auf die Bühne, Priscila Rojas ist auf Pressefotos direkt hinter ihr zu sehen. "Wir Frauen sind sehr wichtig in unseren Gemeinschaften, um unsere Kultur weiterzugeben", sagt sie. "Meine Urgroßmutter hat unsere Traditionen im Geheimen weitergepflegt, ohne sie hätte unsere Familie ihre Identität verloren."

Die chemische Forensikerin und Tänzerin hat jahrelang für die Anerkennung der Ndé als Indigenes Volk in den nördlichen Bundesstaaten Sonora, Coahuila und Chihuahua gekämpft. "Lange Zeit wurde unser Anliegen nicht verstanden", sagt sie. "Uns wurde angeboten, Kunsthandwerk auf Kulturfestivals zu verkaufen. Wir sind aber Berufstätige im städtischen Raum." Ihnen ginge es um die historische Erinnerung, dass die Ndé in Mexiko nahezu ausgelöscht wurden. So reiste Priscila Rojas im Jahr 2023 nach Berlin, um sich Gedenkkarte der kollektiven Erinnerung an den Holocaust anzusehen. "Wir mussten vollkommen in der mexikanischen Gesellschaft aufgehen, um zu überleben."

*Mit freundlicher Genehmigung der Übernahme des Artikels aus dem Amnesty Journal 01/2026 von Kathrin Zeiske. Kathrin Zeiske ist freie Journalistin und berichtet aus Mexiko und Mittelamerika.*

*Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Amnesty International wieder.*

Hier finden Sie den Link zum Artikel:

<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/mexiko-nde-indigenes-volk-erkennung-aufarbeitung>

# GUATEMALA

## FRIEDENSNOBELPREISTRÄGERIN RIGOBERTA MENCHÚ ZUR UN-BERATERIN ERNANNT

Das mexikanische Außenministerium gab am 24. April 2026 die Ernennung der guatemaltekischen Friedensnobelpreisträgerin von 1992, Rigoberta Menchú Tum, zur Sonderbeauftragten für die Rechte von Frauen und Indigenen Völkern bekannt. Die Ernennung erfolgte in Abstimmung mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen.<sup>1</sup>

Auf dem Social-Media-Kanal X erklärte das mexikanische Außenministerium, dass Rigoberta Menchú an der Ausarbeitung einer umfassenden Politik mitwirke, die auf die Förderung und den Schutz der Rechte von Frauen, Indigenen Völkern sowie afro-mexikanischen Bevölkerungsgruppen ausgerichtet ist.<sup>2</sup>

Die Indigene Friedensaktivistin vom Volk der Quiché-Maya erlebte im guatemaltekischen Bürgerkrieg (1960–1996) die grausamen Menschenrechtsverletzungen hautnah in ihrer eigenen Familie, dem u.a. Eltern und Brüder zum Opfer fielen. Als Gegnerin des Regimes unterstützte sie seit den späten 1970er Jahren die Unterdrückten. Auch nach ihrer Flucht nach Mexiko trat sie für die Rechte der Indigenen ein und erlangte zunehmend an Popularität. Ehrungen wie der UNESCO-Preis für Friedenserziehung 1990, der Friedensnobelpreis 1992 und die Ernennung zur UNESCO-Sonderbotschafterin 1996 folgten. Eine Präsidentschaftskandidatur in Guatemala 2007 indes war nicht erfolgreich, wie auch ihre Anklage gegen Hauptverantwortliche des Bürgerkrieges im Jahre 1999, worauf sie bedroht und ihrerseits des Hochverrats bezichtigt wurde.

Rigoberta Menchú hat sowohl die guatemaltekische als auch die mexikanische Staatsbürgerschaft.

Barbara Hermanns

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und Indigene Völker

---

<sup>1</sup> <https://lasnoticiasdelvalle.com/sre-rigoberta-menchu-alta-consejera-derechos-mujeres-mexico/>;  
<https://amerika21.de/2026/04/284949/menchu-beraterin-ministerium-mexiko>

<sup>2</sup> [https://x.com/SRE\\_mx/status/2047768960452456877/photo/2](https://x.com/SRE_mx/status/2047768960452456877/photo/2)

# AMNESTY INTERNATIONAL ERKLÄRT LUIS PACHECO UND HÉCTOR CHACLÁN ZU GEWALTLOSEN POLITISCHEN GEFANGENEN UND FORDERT IHRE SOFORTIGE UND BEDINGUNGSLOSE FREILASSUNG

Amnesty International hat Luis Pacheco und Héctor Chaclán, ehemalige Vorsitzende der Indigenen Selbstverwaltungsorganisation der Maya-K'iche' „48 Kantone von Totonicapán“, zu gewaltlosen politischen Gefangenen erklärt.<sup>1</sup>

Im Oktober 2023 veranstalteten die „48 Kantone von Totonicapán“ zusammen mit Indigenen Behörden aus anderen Regionen des Landes Demonstrationen gegen das Vorgehen der Staatsanwaltschaft. Diese wollte die Ergebnisse der Parlamentswahlen, bei denen Präsident Bernardo Arévalo und Vizepräsidentin Karin Herrera gewählt worden waren, für ungültig erklären. Die Proteste breiteten sich im ganzen Land aus und Tausende Guatemalteken schlossen sich spontan den friedlichen Demonstrationen an.

Luis und Héctor wurden am 23. April 2025 festgenommen und befinden sich seitdem in Untersuchungshaft. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen Terrorismus, Bildung einer kriminellen Vereinigung und Behinderung der Strafverfolgung vor – Straftaten, auf die Strafen von insgesamt bis zu mehr als 30 Jahren Haft stehen. Die Empörung über die willkürliche Verhaftung und Anklage durch die Generalstaatsanwaltschaft unter Vorsitz der Generalstaatsanwältin Consuela Porras ging damals über die Grenzen Guatemalas hinaus.<sup>2</sup>

Porras steht für viele in Guatemala für Machtmissbrauch und Korruption.<sup>3</sup>

**„Luis Pacheco und Héctor Chaclán hätten niemals inhaftiert werden dürfen. Ihre Festnahme und Strafverfolgung stellen eine willkürliche Bestrafung dafür dar, dass sie an friedlichen Protesten teilgenommen und ihre Gemeinschaft vertreten haben. Jeder Tag, den sie im Gefängnis verbringen, verschärft die Verletzung ihrer Menschenrechte“,** sagte Ana Piquer, Direktorin für die Amerikas bei Amnesty International.

---

<sup>1</sup> <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2026/05/guatemala-liberacion-inmediata-e-incondicional-de-los-presos-de-conciencia-luis-pacheco-y-hector-chaclan/>

Die Einstufung als „Prisoner of Conscience“ durch Amnesty International basiert auf einer gründlichen Analyse der Umstände der Inhaftierung. Dieser Status wird Personen verliehen, denen die Freiheit ausschließlich deshalb entzogen wurde, weil sie ihre Ideen zum Ausdruck gebracht, ihre Rechte ausgeübt oder aus Gründen, die mit ihrer Identität zusammenhängen – wie ihrer ethnischen Herkunft, Religion, sexuellen Orientierung oder anderen durch das internationale Menschenrecht geschützten Merkmalen –, ohne dabei Gewalt anzuwenden oder zu Hass aufzurufen.

<sup>2</sup> Siehe auch Juni-Rundbrief 2025, S. 25 f.: Beenden Sie die Kriminalisierung der Indigenen Führer Luis Pacheco und Héctor Chaclán! sowie Dezember-Rundbrief 2025, S. 15 f.: Luis Pacheco und Héctor Chaclán weiter in Haft.

<sup>3</sup> Die achtjährige Amtszeit von Consuela Porras endete Mitte Mai 2026. Mit dem neuen Generalstaatsanwalt Gabriel García Luna erhofft man sich in Guatemala eine Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit. Auch andere Posten im Justizapparat wurden neu besetzt, so dass zu hoffen ist, dass vielleicht auch Pacheco und Chaclán zu endlich zu ihrem Recht kommen.

Amnesty International stellte nach Durchsicht der Strafakten u.a. ungerechtfertigte Verzögerungen des Verfahrens aufgrund wiederholter Wechsel der zuständigen Richter fest. Die ursprünglich für Anfang Juli 2025 angesetzte Zwischenverhandlung hat bisher nicht stattgefunden. Zudem ist mehr als ein Jahr vergangen, ohne dass Luis Pacheco und Héctor Chaclán einem Richter vorgeführt worden sind, damit dieser die Rechtmäßigkeit ihrer Inhaftierung überprüft. Bis heute haben ihre Anwälte keinen Zugang zu allen Beweismitteln der Akten erhalten.

Zwei weitere Personen, ebenfalls traditionelle Autoritäten, wurden aus demselben Grund festgenommen und anschließend unter Hausarrest gestellt.

Amnesty weist zudem auf den diskriminierenden Charakter der Vorwürfe gegen die vier Indigenen Vertreter hin, die darauf abzielen, die Organisationsformen der Indigenen Völker zu bestrafen und sie davon abzuhalten, von ihrem Recht auf friedlichen Protest Gebrauch zu machen.

***„In einem Land wie Guatemala, dessen Geschichte von systematischer Gewalt und Rassismus gegen Indigene Völker geprägt ist, ist es kein Zufall, dass gegen Vertreter Indigener Völker schwere Straftaten wie Terrorismus, Aufruhr und verbotene Vereinigung vorgebracht werden.“***

Ana Piquer von Amnesty International

**Amnesty International fordert die sofortige und bedingungslose Freilassung von Luis Pacheco und Héctor Chaclán!**

Barbara Hermanns

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und Indigene Völker

# NICARAGUA

## EINE TRAUrige NACHRICHT

Als Reaktion auf die Bekanntgabe des Todes von Brooklyn Rivera am 30. Mai 2026, einem Indigenen Führer der Miskitu und politischen Gefangenen aus Gewissensgründen, erklärte Ana Piquer, Amerika-Direktorin bei Amnesty International:

*„Brooklyn Rivera hätte nicht in Gewahrsam des nicaraguanischen Staates sterben dürfen. Sein Tod folgte auf eine Verschlechterung seines Gesundheitszustands während seiner willkürlichen Inhaftierung. Während dieser Zeit hielten die Behörden ihn fest, ohne seinen Aufenthaltsort zu bestätigen, ohne Zugang zu seiner Familie oder einem vertrauenswürdigen Rechtsbeistand und ohne unabhängige Aufsicht zur Überprüfung seiner Situation. Amnesty International warnte wiederholt, dass diese Umstände seine persönliche Unversehrtheit und sein Leben gefährdeten. Heute haben sich diese Warnungen in einem Todesfall bewahrheitet, für den der Staat Rechenschaft ablegen muss.“*

(...)

*„Dieses schwerwiegende Ereignis darf nicht mit Schweigen oder Straffreiheit hingenommen werden. Nach internationalen Menschenrechtsstandards müssen alle Todesfälle in staatlichem Gewahrsam untersucht werden, da sie möglicherweise rechtswidrige Todesfälle darstellen und somit eine Verletzung des Rechts auf Leben darstellen. Wir fordern die Regierungen in der Region und internationale Schutzmechanismen dringend auf, vom nicaraguanischen Staat Rechenschaft zu verlangen und eine unverzügliche, wirksame, gründliche, unabhängige, unparteiische und transparente Untersuchung zu fordern, um die Umstände dieses potenziell rechtswidrigen Todesfalls aufzuklären. Mehr denn je müssen sie zudem ihre Bemühungen zugunsten derjenigen verstärken, die aus politischen Gründen unter ähnlichen Bedingungen wie Rivera inhaftiert sind. Ihr Leben ist in großer Gefahr.“*

Übersetzung durch <https://www.deepl.com/en/translator>

**Mehr zum Tod von Brooklyn Rivera finden Sie in dem englischsprachigen Text:**

**„Nicaragua: Brooklyn Rivera’s death in state custody must be promptly, effectively and independently investigated“, Amnesty International, 1. Juni 2026**

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2026/06/nicaragua-muerte-de-brooklyn-rivera-bajo-custodia-estatal-debe-ser-investigada-con-prontitud-y-de-manera-efectiva-e-independiente/>

# KOLUMBIEN

## URGENT ACTION

# INDIGENES LAND UND LEUTE BRAUCHEN DRINGEND SCHUTZ!

## KOLUMBIEN

UA-Nr: UA-027/2026 AI-Index: AMR 23/0876/2026 Datum: 16. April 2026 – mr

### 54 SIKUANI- UND KUBEO-FAMILIEN IN ASEINPOME

Am 14. März zerstörten Unbekannte eine große Informationstafel, die von der indigenen Gemeinde Aseinpome auf ihrem Land aufgestellt worden war. Dieses Territorium wurde ihnen von der Nationalen Landbehörde 2023 formell zugesprochen und von Präsident Gustavo Petro am 6. Oktober 2023 öffentlich übergeben. Später am 14. März schüchterten Männer mit Gewehren die Menschen in einer der Siedlungen der Gemeinde ein. Die Informationstafel wies das indigene Land aus. Ihre Zerstörung und die Einschüchterungen stellen eine Bedrohung für das Leben und die territorialen Rechte des indigenen Volkes dar. Ihre Rechte werden seit langem von Personen in Frage gestellt, die dieses und weiteres Land in Puerto Gaitán besitzen wollen. Amnesty International fordert die Nationale Landbehörde auf, das Gebiet aufzusuchen und die territorialen Rechte von Aseinpome zu gewährleisten.

Es besteht große Sorge um die territorialen Rechte und die Sicherheit der Gemeinschaft der Aseinpome in El Porvenir in der Gemeinde Puerto Gaitán im Departamento Meta. Diese Gemeinschaft besteht aus Angehörigen der indigenen Völker der Sikuaní und der Kubeo und hat in der Vergangenheit Gewalt, Landenteignung und Vertreibung erfahren.

In einem Akt historischer Wiedergutmachung erließ die Nationale Landbehörde (Agencia Nacional de Tierras - ANT) am 1. August 2023 die Vereinbarung 219/2023, mit der das Territorium der Aseinpome-Indigenen formell anerkannt und die Grenzen des als kollektives Land anerkannten Gebiets eindeutig festgelegt wurden. Dieser Beschluss wurde dem Gouverneur von Aseinpome am 6. Oktober 2023 von Präsident Gustavo Petro öffentlich übergeben.

In Wahrnehmung ihrer territorialen Rechte hat sich die Aseinpome-Gemeinschaft bemüht, ihr Land kenntlich zu machen und abzustecken. Dabei stellte sie fest, dass Teile des Territoriums nach wie vor von Personen besetzt sind, die Anspruch darauf erheben. Mit dem Aufstellen einer großen Informationstafel auf ihrem Land wollte die Gemeinde auf die Existenz des indigenen Landes hinweisen. Die Situation eskalierte am 14. März 2026, als diese Tafel gewaltsam entfernt wurde.

### HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Die Orinoquian-Ebenen umfassen riesige Gebiete mit reichlich Wasservorkommen, sehr guten Bedingungen für Landwirtschaft und Viehzucht sowie bedeutenden Ölreserven. Diese traditionell von indigenen Völkern bewohnten Gebiete werden seit Jahrzehnten gewaltsam von Akteuren besetzt, die versuchen, sich das Land anzueignen, es auf betrügerische Weise in Besitz zu nehmen und es dann an jene zu verkaufen, die dort Agrarindustrie oder Ölförderung betreiben wollen.

Gleichzeitig haben indigene Völker und kleinbäuerliche Gemeinschaften, die oft aus anderen Teilen Kolumbiens vertrieben wurden, dort Siedlungen errichtet und kleinbäuerliche Praktiken beibehalten, die den Interessen all jener entgegenstehen, die das Land zu Unrecht besetzt haben bzw. es in mutmaßlich guter Absicht erworben haben und dort eine wirtschaftliche Entwicklung anstreben. Die Behörden stehen seit Langem in der Pflicht, die Besitzverhältnisse an Grund und Boden zu klären und dabei die Rechte der Betroffenen von Enteignung und Vertreibung zu berücksichtigen. Trotz des bestehenden Landrückgabesystems und der Bemühungen um eine Reform für den ländlichen Raum gibt es nach wie vor zahlreiche Konflikte, und kleinbäuerliche und indigene Gemeinschaften, die ihre Landrechte verteidigen, werden weiter bedroht und angegriffen.

Das „Asentamiento Indígena del Porvenir Meta“ (Indigene Siedlung von El Porvenir in Meta), auch Aseinpome genannt, besteht aus 54 Sikuani- und Kubeo-Familien und umfasst rund 230 Personen. Ihre Vorfahren, die Sikuani, wurden Mitte des 20. Jahrhunderts von Siedler\*innen gewaltsam aus diesem Gebiet vertrieben. Die Siedler\*innen eigneten sich das Land mit Hilfe von Drohungen und Gewalt an, und „jagten“ die Sikuani sogar. Die Sikuani flohen nach Süden in den Amazonasregenwald, wo sie auf Kubeo-Familien trafen, die ebenfalls Gewalt erfahren hatten und sogar versklavt worden waren. Die beiden Gemeinschaften taten sich zusammen und zogen jahrzehntelang durch den Süden und Osten Kolumbiens, wo sie weitere Gewalt und Vertreibung erfuhren, bis sie sich schließlich 2015 auf dem Land ihrer Vorfahren in El Porvenir niederließen.

Die Landrückgabe wurde möglich, nachdem der Staat gefälschte Eigentumstitel für ungültig erklärt hatte, die jahrzehntelang von Landbesitzer\*innen mit Verbindung zu paramilitärischen Gruppen gehalten wurden. So machten sich Interessent\*innen während des bewaffneten Konflikts in Kolumbien im 20. und frühen 21. Jahrhundert Land gewaltsam zu eigen. Die Eigentumsverhältnisse in El Porvenir sind jedoch zwischen indigenen Völkern und bäuerlichen Gemeinschaften auf der einen Seite und anderen Personen nach wie vor umkämpft. Diese Personen behaupten, sie hätten das Land in gutem Glauben erworben. Diese Situation wurde von Amnesty International in dem englischsprachigen Bericht „A land title is not enough: Ensuring sustainable land restitution in Colombia“ von 2014 dokumentiert. Im Jahr 2016 wies das Verfassungsgericht in seinem Urteil SU-426 die nationale kolumbianische Bodenbehörde an, das Gebiet El Porvenir den „angestammten Bewohner\*innen“ rückzuübertragen. Doch fast ein Jahrzehnt später ist man dieser Forderung immer noch nicht nachgekommen. Die Spannungen bestehen weiter.

Die Landkonflikte haben immer wieder zu Gewalt geführt. Die Aseinpome-Gemeinschaft war Bedrohungen und Angriffen ausgesetzt, darunter Invasionen auf ihrem Land und das Niederbrennen von Häusern, wie in einer [Urgent Action](#) im Mai 2020 zum Thema gemacht wurde. Die Gemeinschaft konnte nie in Frieden leben, wie in Berichten von Amnesty International von [2020](#) und [2023](#) zu der Gewalt gegen diejenigen, die in Kolumbien ihre Land-, Gebiets- und Umweltrechte verteidigen, deutlich wird. Nahe gelegene bäuerliche Gemeinden, darunter in El Porvenir und Matarratón, waren ebenfalls von Gewalt betroffen, wie Amnesty International in Urgent Actions [2015](#) und [2019](#) thematisierte. Luz Marina Arteaga, eine wichtige Sprecherin des Landrückgabeprozesses in Matarratón und El Porvenir, wurde wegen ihrer Arbeit mehrfach bedroht und fiel im Januar 2022 dem Verschwindenlassen zum Opfer. Ihre Leiche wurde später am Ufer des Meta-Flusses in Orocué in Casanare, gefunden. Noch im Dezember [2025](#) veröffentlichte Amnesty International eine Urgent Action, in der die kolumbianische Generalstaatsanwaltschaft aufgefordert wird, heftige Drohungen gegen Sprecher\*innen der Gemeinden zu untersuchen.

#### SCHREIBEN SIE BITTE

#### E-MAILS, X-NACHRICHTEN, FAXE ODER BRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Ich fordere Sie in Ihrer Funktion als Direktor der Nationalen Landbehörde nachdrücklich auf, das Land der Aseinpome aufzusuchen und konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die territorialen und kulturellen Rechte des indigenen Volkes, wie sie im Abkommen 219 von 2023 anerkannt werden, in der Praxis zu gewährleisten.

**ACHTUNG!** Bitte prüfen Sie auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen und Hinweise“, ob die Briefzustellung in das Zielland ungehindert möglich ist. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

#### APPELLE AN

#### DIREKTOR DER NATIONALEN LANDBEHÖRDE

Director of the National Lands Agency

Juan Felipe Harman Ortiz

Calle 43 No.57-41, Bogotá DC, KOLUMBIEN

(Anrede: Dear Director Harman / Sehr geehrter Herr

Direktor Harman)

E-Mail: [atencionalciudadano@ant.gov.co](mailto:atencionalciudadano@ant.gov.co)

X: @AgenciaTierras; @harmanfelipe.

#### KOPIEN AN

#### BOTSCHAFT DER REPUBLIK KOLUMBIEN

I. E. Frau Yadir Salazar Mejia

Taubenstr. 23

10117 Berlin

Fax: 030-2639 6125

E-Mail: [ealemania@cancilleria.gov.co](mailto:ealemania@cancilleria.gov.co)

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle möglichst sofort. Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch. Wir bitten Sie, nach dem 16. Juli 2026 keine Appelle mehr zu verschicken.

**HINTERGRUNDINFORMATIONEN – FORTSETZUNG**

Im Jahr 2023 wurde Aseinpome von der kolumbianischen Regierung formell als indigenes Territorium anerkannt, und zwar durch [ANT-Abkommen 219, 2023](#) ein Meilenstein, der zur Beilegung von Landstreitigkeiten und zur Beendigung gewalttätiger Zwischenfälle beitragen sollte. Die Entscheidung übermittelte der [Präsident der Republik persönlich an den Gouverneur von Aseinpome](#) bei einem Festakt in der Nähe von El Porvenir. Die Gemeinschaft hat jedoch immer noch keinen Zugang zu zwei Dritteln des ihr gemeinschaftlich zustehenden Landes, und die Gewährleistung einer wirksamen staatlichen Kontrolle über ihr Gebiet steht noch aus. Teile des Landes sind nach wie vor von anderen Anspruchsteller\*innen besetzt, was zu anhaltenden Spannungen und dem Risiko weiterer Gewalt führt.

Am 2. und 3. März stellte die Gemeinde Aseinpome große Stellwände auf, die auf die Existenz des indigenen Landes und dessen Formalisierung durch die Entscheidung der ANT hinwiesen. Am 14. März wurde eine der Informationstafeln gewaltsam zerstört, und in der Nacht tauchten bewaffnete Männer mit Gewehren in der Nähe einer der Siedlungen der Gemeinde auf. Sie zogen sich erst zurück, als Angehörige der Indigenous Guard eintrafen, eine gewaltfreie Selbstorganisation zur Verteidigung der Siedlungen. Diese Ereignisse wurden von der [Corporación Claretiana Norman Pérez Bello](#) öffentlich verurteilt, einer Menschenrechtsorganisation, die seit langem die territorialen Ansprüche von Aseinpome und anderen indigenen Völkern und bäuerlichen Gemeinschaften in der Region unterstützt.

# PERU

## INDIGENE FRAUEN ZWINGEN DEN STAAT, EINE BESORGNISERREGENDE ENTSCHEIDUNG RÜCKGÄNGIG ZU MACHEN

Wie die Organisation Amazon Watch am 3. März 2026 berichtete,<sup>1</sup> erzielten die Indigenen Frauen der Awajún und Wampis am 13. Februar dieses Jahres einen wichtigen Erfolg:

Die Oberste Staatsanwaltschaft des Landes hatte per Resolution (Nr. 004-2026-MP-FN-JFS) und unter Berufung auf Budgetbegrenzungen vor, die Büros der Staatsanwält\*innen, die sich speziell mit der Krise sexualisierter Gewalt gegenüber Indigenen Mädchen und Frauen befassen, zu schließen. Doch die Frauen kämpften für den Schutz ihrer Kinder und zwangen den peruanischen Staat, die Schließung dieser wichtigen Dienststellen bzw. Spezialeinheiten, die sich mit Hunderten von Missbrauchsfällen befassen, rückgängig zu machen.

Die Gründung dieser Spezialeinheiten geht ursprünglich auf die jahrelange Organisationsarbeit des Consejo de Mujeres Awajún y Wampis zurück, also des Frauenrats der beiden Indigenen Völker. Der Kampf der Frauen galt der Untersuchung von Fällen sexualisierter Gewalt und ist ein wichtiger Schritt in Richtung Aufklärung von Missbrauchsfällen und dem Schutz der Opfer. Aufgrund ihrer Beharrlichkeit sahen sich die Behörden schließlich gezwungen, sich mit der dramatischen Situation auseinanderzusetzen. Vor der Einrichtung dieser Spezialeinheiten bearbeitete ein einziges Staatsanwaltsbüro fast 800 Fälle von sexualisiertem Kindesmissbrauch, dies bei monatlich fast sechs neu hinzukommenden Anzeigen.

Rosmery Picq, die Anführerin des Frauenrats, erklärte allerdings:

**„Anzeigen reichen nicht aus. Familien erstatten Beschwerde, aber die Verfahren verzögern sich, Staatsanwälte werden ausgetauscht, Anhörungen werden ausgesetzt, und die Mädchen müssen ihre Geschichte immer wieder erzählen. Auch das ist Gewalt.“**

Die Abwendung einer Schließung dieser wichtigen Dienststellen ist somit zwar ein Erfolg der Organisationsarbeit vor Ort und trägt dazu bei, dass wichtige Hilfs- und Beratungsangebote wie „Warmi Ñan“ fortgeführt werden können. Nichtsdestotrotz ist der Weg zu tatsächlicher Gerechtigkeit in allen Fällen noch lange nicht vollständig geebnet. Doch die Beharrlichkeit der Frauen und ihr Einsatz geben Hoffnung, und der Kampf geht weiter. Organisationen wie Amazon Watch und andere internationale Akteure signalisieren ihre Solidarität.

Zusammengefasst von Verena Märker

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und Indigene Völker

---

<sup>1</sup> „How Indigenous Women Forced Peru to Reverse a Dangerous Rollback of Justice“ Amazon Watch, March 3, 2026, <https://amazonwatch.org/news/2026/0303-how-indigenous-women-forced-peru-to-reverse-a-dangerous-rollback-of-justice>

# BRASILIEN

## „DIE FLÜSSE SIND NICHT ZU VERKAUFEN“

### INDIGENE VÖLKER ERZWINGEN RÜCKNAHME EINES DEKRETS ZUR PRIVATISIERUNG AMAZONISCHER WASSERWEGE

Im Februar 2026 erreichten Indigene Völker im brasilianischen Amazonasgebiet einen bemerkenswerten politischen Erfolg: Nach mehr als einem Monat andauernder Proteste, internationaler Solidaritätskampagnen und der Besetzung eines wichtigen Exporthafens nahm die brasilianische Regierung ein Dekret zurück, das die Privatisierung beziehungsweise Konzessionierung der Flüsse Tapajós, Madeira und Tocantins (drei der größten Flüsse Brasiliens) ermöglicht hätte.

Für viele Indigene Gemeinschaften war dies weit mehr als ein regionaler Konflikt um Infrastrukturpolitik. Der Widerstand wurde zu einem Symbol für den Kampf um territoriale Rechte, den Schutz Amazoniens und die Verteidigung einer Lebensweise, die eng mit den Flüssen verbunden ist.

Die Auseinandersetzung verdeutlicht zugleich die zunehmenden Spannungen zwischen wirtschaftlichen Interessen, Klimapolitik und den Rechten Indigener Völker in Brasilien.

### WASSERSTRASSEN FÜR DEN WELTMARKT

Die Flüsse Tapajós, Madeira und Tocantins gehören zu den wichtigsten Wasserwegen des Amazonasbeckens. Sie verbinden große Teile des brasilianischen Inlandes mit den Exporthäfen am Atlantik und spielen eine zentrale Rolle für die brasilianische Agrarindustrie.

Insbesondere der Tapajós gilt seit Jahren als strategischer Transportkorridor für den Export von Soja und Mais aus den Agrarregionen Zentralbrasilien. Unternehmen und Regierungsstellen planen seit langem, die Flüsse in sogenannte „Hidrovias“ umzuwandeln – industriell ausgebauten Wasserstraßen für den internationalen Rohstoffhandel.

Dazu gehören:

- die Vertiefung der Flüsse durch großflächige Baggerarbeiten,
- die Sprengung natürlicher Felsformationen,
- der Ausbau von Hafenanlagen,
- die Zunahme des Schwerlast-Schiffsverkehrs
- sowie die stärkere Integration Amazoniens in globale Exportketten.

Kritiker\*innen warnen seit Jahren, dass diese Projekte schwerwiegende ökologische und soziale Folgen haben könnten. Dazu zählen:

- Veränderungen der natürlichen Flussdynamik,
- Gefährdung von Fischbeständen,
- Wasserverschmutzung,
- zunehmende Entwaldung,
- Landkonflikte
- sowie die Zerstörung heiliger und kulturell bedeutender Orte Indigener Gemeinschaften.

## DAS DEKRET 12.600/2025

Im August 2025 unterzeichnete Präsident Luiz Inácio Lula da Silva das Dekret 12.600/2025. Dieses nahm die Flüsse Tapajós, Madeira und Tocantins in das nationale Privatisierungsprogramm Brasiliens auf.

Indigene Organisationen, Umweltgruppen und Menschenrechtsverteidiger\*innen kritisierten sofort, dass die Regierung die betroffenen Gemeinschaften nicht konsultiert habe.

Dabei ist Brasilien durch die ILO-Konvention 169 verpflichtet, Indigene Völker vor Projekten, die ihre Territorien oder Lebensgrundlagen betreffen, frei, vorherig und informiert zu konsultieren („Free, Prior and Informed Consent“ – FPIC). Viele Indigene Gemeinschaften sahen das Dekret deshalb nicht nur als Infrastrukturmaßnahme, sondern als Verletzung grundlegender kollektiver Rechte.

Das Instituto Socioambiental (ISA)<sup>1</sup> bezeichnete das Vorhaben als faktische Privatisierung der Flüsse Tapajós, Madeira und Tocantins. Auch der Indigenenrat CIMI<sup>2</sup> warnte davor, dass die Wasserwege zunehmend den Interessen transnationaler Agrar- und Rohstoffkonzerne untergeordnet würden.

## WIDERSTAND IM TAPAJÓS-GEBIET

Besonders stark war der Widerstand im Gebiet des unteren Tapajós im Bundesstaat Pará. Im Januar 2026 begannen hunderte Indigene Vertreter\*innen verschiedener Völker, darunter Munduruku, Apiaká, Arapiun, Tupinambá und Borari, mit Protestaktionen in der Stadt Santarém.

Die Protestierenden errichteten Camps, organisierten Versammlungen und blockierten schließlich das Exportterminal des US-amerikanischen Agrarkonzerns Cargill, eines der wichtigsten Soja-Exportzentren Amazoniens. Die Besetzung dauerte mehr als 30 Tage. Damit wurde zeitweise ein zentraler Exportkorridor für brasilianische Agrarrohstoffe unterbrochen. Der Protest erhielt dadurch landesweite und internationale Aufmerksamkeit.

Die Demonstrierenden erklärten, dass die Flüsse nicht als bloße Handelswege betrachtet werden dürfen. Für viele Indigene Gemeinschaften sind sie Lebensgrundlage, spiritueller Raum, Quelle kultureller Identität, Transportweg, Nahrungsquelle und Teil eines komplexen ökologischen Systems.

**„Die Flüsse sind nicht zu verkaufen“** wurde zu einem der wichtigsten Slogans der Bewegung.

## INDIGENE PERSPEKTIVEN

Viele Indigene Aktivist\*innen betonten, dass die geplanten Projekte ihre Lebensweise unmittelbar bedrohen würden. Die Aktivistin Alessandra Korap Munduruku erklärte, dass der Tapajós kein „Korridor für Soja“ sei, sondern ein lebendiges Wesen, mit dem die Menschen seit Generationen verbunden seien. Andere Sprecher\*innen warnten vor dem Verlust traditioneller Fischerei, zunehmender Verschmutzung, der Vertreibung von Gemeinschaften, dem Eindringen weiterer Großprojekte sowie wachsender Gewalt in der Region.

---

<sup>1</sup> ISA (Instituto Socioambiental) ist eine brasilianische Nichtregierungsorganisation, die sich seit 1994 für die Rechte Indigener Völker, traditionelle Gemeinschaften sowie den Schutz von Umwelt und Biodiversität einsetzt. Das Instituto Socioambiental dokumentiert Konflikte um Landrechte, Entwaldung, Infrastrukturprojekte und Umweltzerstörung, insbesondere im Amazonasgebiet. Die Organisation gilt als eine der wichtigsten zivilgesellschaftlichen Stimmen zu Indigenen Rechten und Umweltfragen in Brasilien.

<sup>2</sup> CIMI (Conselho Indigenista Missionário) ist der Indigene Missionsrat der brasilianischen Bischofskonferenz (CNBB) und wurde 1972 gegründet. CIMI unterstützt Indigene Gemeinschaften bei der Verteidigung ihrer Landrechte, dokumentiert Menschenrechtsverletzungen und begleitet Konflikte zwischen Indigenen Völkern, Staat und Wirtschaftsakteuren. Die Organisation veröffentlicht regelmäßig Berichte über Gewalt gegen Indigene Gemeinschaften in Brasilien.

Indigene Organisationen wiesen zudem darauf hin, dass Infrastrukturprojekte im Amazonasgebiet häufig weitere Formen der Umweltzerstörung nach sich ziehen. Neue Wasserstraßen erleichtern oftmals den Zugang für illegale Holzfäller, Bergbauunternehmen, Landraub, industrielle Landwirtschaft und Spekulation mit Land.

Mehrere Gruppen beschrieben die geplanten Wasserstraßen deshalb als Teil eines größeren extraktivistischen Entwicklungsmodells, das Amazonien primär als Rohstoffquelle für den Weltmarkt betrachtet.

### **INTERNATIONALE SOLIDARITÄT**

Die Proteste wurden von zahlreichen Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen unterstützt. Amazon Watch veröffentlichte mehrere internationale Solidaritätsaufrufe und bezeichnete die Rücknahme des Dekrets später als historischen Sieg Indigener Bewegungen. Auch ISA, CIMI, Amazônia Real<sup>3</sup>, InfoAmazonia<sup>4</sup> und andere Organisationen berichteten ausführlich über die Proteste.

Internationale Medien wie Reuters, Associated Press, The Guardian und Deutsche Welle griffen das Thema auf und machten deutlich, dass der Konflikt weit über Brasilien hinaus Bedeutung besitzt.

Die Protestbewegung verband dabei mehrere Themen:

- Indigene Selbstbestimmung,
- Schutz Amazoniens,
- Klimagerechtigkeit,
- Biodiversität,
- Kritik am globalen Agrarmodell
- sowie die Verantwortung internationaler Unternehmen.

### **RÜCKNAHME DES DEKRETS**

Im Februar 2026 gab die brasilianische Regierung schließlich bekannt, das Dekret zurückzunehmen. Für viele Indigene Gemeinschaften bedeutete dies einen seltenen politischen Erfolg gegen mächtige wirtschaftliche Interessen. Die Aktivist\*innen betonten jedoch zugleich, dass der Konflikt damit nicht beendet sei. Viele Infrastrukturprojekte im Amazonasgebiet würden weiterhin geplant oder vorangetrieben. Organisationen wie ISA und CIMI warnten, dass ähnliche Vorhaben künftig erneut eingebracht werden könnten.

Der Konflikt um die Flüsse Tapajós, Madeira und Tocantins zeigt deshalb exemplarisch die grundlegende Frage, welche Zukunft Amazonien haben soll: eine Zukunft als immer stärker industrialisierte Rohstoff- und Exportregion oder eine Zukunft, in der die Rechte Indigener Völker, der Schutz der Ökosysteme und traditionelle Lebensweisen respektiert werden.

### **WIDERSPRUCH ZWISCHEN KLIMASCHUTZ, POLITISCHEM DRUCK UND EXTRAKTIVISMUS**

Besonders bemerkenswert ist, dass sich der Konflikt unter einer Regierung entwickelte, die international häufig als vergleichsweise umweltfreundlich wahrgenommen wird. Präsident Luiz Inácio Lula da Silva positioniert Brasilien international als wichtigen Akteur im Kampf gegen die Klimakrise und die

---

<sup>3</sup> Amazônia Real ist ein unabhängiges journalistisches Medienprojekt mit Schwerpunkt auf dem Amazonasgebiet. Die Plattform wurde 2013 gegründet und berichtet investigativ über Umweltzerstörung, Indigene Rechte, Landkonflikte, Bergbau, Agrarindustrie und soziale Konflikte in Amazonien. Amazônia Real arbeitet eng mit lokalen Journalist\*innen und Indigenen Autor\*innen zusammen.

<sup>4</sup> InfoAmazonia ist eine unabhängige journalistische Plattform für Datenjournalismus und Umweltberichterstattung über Amazonien. Das Projekt kombiniert investigative Recherche mit Karten, Satellitendaten und visuellen Analysen zu Themen wie Entwaldung, Infrastrukturprojekten, Bergbau, Klimawandel und den Auswirkungen auf Indigene Territorien und traditionelle Gemeinschaften.

Entwaldung Amazoniens. Gleichzeitig unterstützt seine Regierung jedoch weiterhin große Infrastruktur- und Rohstoffprojekte im Amazonasgebiet.

Mehrere Beobachter\*innen weisen allerdings darauf hin, dass die brasilianische Regierung dabei unter erheblichem politischem Druck steht. Der brasilianische Kongress – insbesondere große Teile des Parlaments und des Senats – wird seit Jahren stark von der sogenannten „bancada ruralista“ beeinflusst, einem mächtigen Bündnis von Politiker\*innen mit engen Verbindungen zur Agrarindustrie, Großgrundbesitzern, Bergbauinteressen und exportorientierten Wirtschaftssektoren.

Diese politischen und wirtschaftlichen Gruppen setzen sich für den Ausbau von Infrastrukturprojekten wie Wasserstraßen, Eisenbahnen, Häfen, Bergbau- und Agrarprojekten im Amazonasgebiet ein. Sie argumentieren, dass solche Projekte notwendig seien, um Brasiliens wirtschaftliches Wachstum und seine Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt zu stärken.

Kritiker\*innen hingegen werfen diesen Sektoren vor, wirtschaftliche Interessen systematisch über die Rechte Indigener Völker sowie Umwelt- und Klimaschutz zu stellen. Indigene Organisationen und Umweltgruppen kritisieren insbesondere die enge Verflechtung zwischen Teilen der Politik, der Agrarindustrie und dem Rohstoffsektor.

Der Konflikt um die Flüsse Tapajós, Madeira und Tocantins verdeutlicht deshalb auch die schwierige politische Situation der brasilianischen Regierung: Einerseits präsentiert sich Brasilien international als Verteidiger des Amazonas und als Gastgeber der COP30-Klimakonferenz in Belém. Andererseits steht die Regierung innenpolitisch unter starkem Druck mächtiger wirtschaftlicher Interessen, die den Ausbau von Export- und Infrastrukturprojekten vorantreiben.

Indigene Organisationen betonen deshalb zunehmend, dass echter Klima- und Biodiversitätsschutz ohne die konsequente Anerkennung Indigener Rechte nicht möglich sei. Studien zeigen seit Jahren, dass Indigene Territorien zu den am besten geschützten Gebieten Amazoniens gehören und entscheidend zum Erhalt der Biodiversität beitragen.

Der erfolgreiche Widerstand gegen die Privatisierung der drei Flüsse wurde daher von vielen Beobachter\*innen auch als Sieg für den Schutz Amazoniens selbst verstanden.

Quellen:

Reuters, „Brazil revoke waterway decree after Indigenous protesters occupied Cargill port“, 23.02.2026: <https://www.reuters.com/world/americas/brazil-revoke-waterway-decree-after-indigenous-protesters-occupied-cargill-port-2026-02-23/>

Associated Press, „Indigenous protest forces Brazil government to reverse decree“: <https://apnews.com/article/brazil-amazon-rainforest-cargill-protest-indigenous-efe6c58cc7c20ce205a03ba8be5fd35f>

The Guardian, „The river won: how campaigners in Brazilian Amazon stopped privatisation of waterway“: <https://www.theguardian.com/environment/2026/feb/27/the-river-won-how-campaigners-in-brazilian-amazon-stopped-privatisation-of-waterway>

Amazon Watch, „Indigenous resistance forces Brazil to revoke Amazon waterway decree after 33 days of occupation“: <https://amazonwatch.org/news/2026/0223-indigenous-resistance-forces-brazil-to-revoke-amazon-waterway-decree-after-33-days-of-occupation>

Instituto Socioambiental (ISA), „Povos do Tapajós apontam caminho para defesa dos bens comuns frente ao colapso“: <https://acervo.socioambiental.org/index.php/acervo/noticias/artigo-povos-do-tapajos-apontam-caminho-para-defesa-dos-bens-comuns-frente-ao>

Übersetzt und zusammengefasst von Lila Schwair  
Themenkoordinationsgruppe Menschenrecht und Indigene Völker

# DÄNEMARK

Amnesty Journal, 17. Februar 2026

## GRÖNLAND: MEHR ALS EINE SCHATZINSEL

**GRÖNLAND IST REICH AN BODENSCHÄTZEN, DARUNTER SELTENE ERDEN. VIELE WOLLEN DIESE ROHSTOFFE ABBAUEN UND VERARBEITEN – UNTERNEHMEN AUS ALLER WELT, ABER AUCH DIE USA UND DIE EU. DOCH TEILE DER BEVÖLKERUNG UND DIE REGIERUNG STELLEN SICH QUER.**

*Aus Narsaq, Nuuk und Qaqortoq von Andrzej Rybak*

Bent Janussen steuert sein Boot vorsichtig an einen Eisberg heran, um eine Boje an Bord zu ziehen. Das metallverstärkte Seil, das am Schwimmkörper befestigt war, legt er in eine elektrische Winde am Heck und rollt es auf eine Trommel. "Na, was haben wir heute gefangen?", murmelt er und blickt ins Wasser. "So ein Mist, schon wieder haben die Haie alles aufgefressen." Er zeigt auf einige Metallringe, an denen mal Angelhaken befestigt waren. "Sie haben die Heilbutte verschluckt und sie samt Haken abgerissen."

Im Süden Grönlands, in den Fjorden rund um Narsaq, waren Haie schon immer natürliche Feinde der Fischer\*innen. Doch so zahlreich wie zuletzt traten sie noch nie auf. "Ist das eine Auswirkung der Erd-erwärmung?", fragt der 37-Jährige. "Im Winter regnet es immer öfter, die Gletscher schmelzen, das Meer wird wärmer." Janussen blickt sich um, als suche er nach Vorboten der Apokalypse. Doch die Landschaft wirkt so wild und unberührt wie immer: Felsige Küsten, darüber ein bleigrauer Himmel, im Wasser treiben Hunderte Eisberge, abgebrochen von den Gletscherzungen im Landesinneren.

**„Wir trauen Trump nicht, wir kennen das Schicksal der amerikanischen Indigenen und wissen auch, wie die Inuit in Alaska diskriminiert werden.“**

Bent Janussen, Fischer

Es ist kalt, und der Fahrtwind verstärkt die Kälte noch. Janussen trägt eine Thermohose und eine dicke Jacke. Immer wieder greift er zum Fernglas und hält Ausschau nach Robben, deren Fleisch zu den lokalen Delikatessen zählt. "In Narsaq leben viele Menschen noch vom Fischfang und von der Jagd – wie unsere Vorfahren", sagt er und betont, dass er zum Indigenen Volk der Inuit gehört. "Nur haben die Boote heute Außenborder und Navigationsgeräte." Wichtig sei vor allem, "dass unsere Kinder in dieser intakten Umwelt aufwachsen und unsere Traditionen bewahren". Dann macht er ein Selfie und stellt es auf Facebook.

Die arktische Insel Grönland, sechs Mal so groß wie Deutschland, gehört zu den letzten weitgehend unerschlossenen Gebieten der Erde. Gerade einmal 70 Ortschaften sind dauerhaft bewohnt; sie liegen entlang der Küsten, wie an einer Perlenschnur aufgereiht. Rund 80 Prozent der Insel sind von einer Eiskappe bedeckt, die langsam schmilzt. Es gibt keine Straßen zwischen den Siedlungen, sie sind – wenn das Wetter es zulässt – nur per Boot oder Hubschrauber erreichbar. Grönland zählt nur 56.000 Einwohner.

### ABHÄNGIGKEIT VON CHINA BEENDEN

Doch diese vielerorts unberührte Wildnis ist auch eine Schatzkammer. In den eisfreien Regionen der Insel finden sich 25 der 34 Rohstoffe, die die Europäische Union 2023 als "kritisch" einstufte und ihnen damit eine hohe wirtschaftliche Bedeutung zumaß, darunter Seltene Erden, Graphit, Tantal, Beryllium,

Zirkonium und Kobalt. Sie werden als unverzichtbar für "grüne" Technologien angesehen, finden in Elektromotoren, Batterien und Windrädern Verwendung, sind aber auch für die Hightech-, Rüstungs- und Weltraumindustrie notwendig.

Bisher kamen mehr als 80 Prozent der kritischen Rohstoffe aus China, bei Seltenen Erden hat Peking fast ein Monopol. Die chinesische Regierung subventionierte den Abbau und die Weiterverarbeitung, sodass es sich für den Rest der Welt kaum lohnte, selbst Bergwerke zu errichten. Mittlerweile führt China für mehr und mehr kritische Rohstoffe Exportkontrollen ein, andere Länder werden womöglich erpressbar. Grönlands Bodenschätze bieten eine Möglichkeit, diese Abhängigkeit zu reduzieren. Doch kann im fragilen Ökosystem der Arktis Bergbau betrieben werden, ohne dass die Insel und ihre Bewohner\*innen Schaden nehmen?

Hinzu kommt, dass US-Präsident Donald Trump den gesamten amerikanischen Kontinent zum Einflussgebiet der USA erklärt, und dazu zählt er auch Grönland. Seit Beginn seiner zweiten Amtszeit drohte er mehrfach, Grönland übernehmen zu wollen, notfalls auch militärisch. "Wir brauchen Grönland, unbedingt", sagte er nach dem US-Angriff auf Venezuela Anfang Januar. Die Insel gehört zu Dänemark, hat aber weitgehende Autonomierechte, ein eigenes Parlament, eine eigene Regierung. Die EU und viele NATO-Länder unterstützten zuletzt Dänemark und Grönland gegen Trump. Über ein Abkommen, dass allen Seiten gerecht werden soll, könnte bald verhandelt werden.

### **BERGBAU VERSPRICHT ARBEITSPLÄTZE**

Für den Fischer Janussen ist die Sache klar: "Die Amerikaner wollen unsere Rohstoffe, ohne Rücksicht auf die Bevölkerung. Wir trauen Trump nicht, wir kennen das Schicksal der amerikanischen Indigenen und wissen auch, wie die Inuit in Alaska diskriminiert werden." Janussen muss aber gar nicht in die Zukunft schauen, um sich wegen der Rohstoffe zu sorgen. Er hat schon ein Bergbauprojekt vor der eigenen Haustür. Das australische Unternehmen Greenland Minerals will im Bergplateau Kvanefjeld am Stadtrand von Narsaq Seltene Erden abbauen. "Das wäre unser Todesurteil", sagt der Fischer. Der Staub aus dem Tagebau würde alles verseuchen – Fjorde und Fische, Weideland für Rentiere und Schafe und am Ende auch die Menschen. Denn auf dem Plateau sind die Seltenen Erden mit hochradioaktivem Uran vermischt. Man kann sie nicht abbauen, ohne zugleich das radioaktive Spaltmaterial zu heben.

Kvanefjeld ist als Lagerstätte für Rohstoffe schon lange bekannt. Dänische Geologen erkundeten das Gebiet erstmals in den 1950er Jahren und bauten Ende der 1970er Jahre einen Stollen, um Uranproben zu entnehmen. Als sich die dänische Regierung 1985 gegen die Nutzung von Atomenergie entschied, wurde der Stollen geschlossen und der Eingang zugemauert. Doch die Ruhe war trügerisch: 2007 erwarb Greenland Minerals eine Explorationslizenz für Kvanefjeld. Das Unternehmen versprach "höchste Umwelt- und Sicherheitsstandards" und bis zu 200 Arbeitsplätze.

### **ENTSCHÄDIGUNGSSPEZIALISTEN AM WERK**

Doch unabhängige Expert\*innen warnen vor Risiken, die mit dem Tagebau verbunden sein könnten. Radioaktiver Minenabfall könnte die Gewässer und die Landwirtschaft kontaminieren. Viele Bewohner Narsaqs, die im Einklang mit der Natur leben wollen, nehmen solche Warnungen ernst. "Was würden wir tun, wenn die Tiere verschwinden und die Beeren verseucht sind?", fragt Janussen. "Wovon sollen wir leben, wenn niemand mehr fischen und jagen kann?" Aus dem Widerstand gegen die Bergbaupläne entstand die Bewegung Urani? Naamik (Uran? Nein). Ihr schlossen sich Menschen im ganzen Land an.

Bei den Parlamentswahlen 2021 brachten sie die links-grüne Inuit Ataqatigiit (Gemeinschaft der Inuit) an die Macht, die ein landesweites Verbot von Uranabbau und Offshore-Ölbohrungen gesetzlich fest schrieb.

**„Man kann den Abbau so gestalten, dass weder Mensch noch Umwelt zu Schaden kommt.“**

Pavia Rohde, Greenland Minerals

Greenland Minerals, das sich inzwischen in Energy Transition Minerals umbenannt hat, klagte daraufhin vor einem Schiedsgericht in Dänemark gegen die grönländische Regierung. Das Unternehmen fordert knapp zehn Milliarden Euro Entschädigung für bereits getätigte Investitionen sowie für entgangene Profite samt Zinsen. Die Summe stellt fast das Zehnfache des grönländischen Haushalts dar, die Höhe der Forderung ist unverhältnismäßig, denn die Explorationskosten der Firma dürften nur bei knapp 90 Millionen Euro gelegen haben. Die Klage soll einschüchtern und die grönländische Regierung dazu veranlassen, ihre Politik zu ändern.

Das Unternehmen trägt dabei kein Risiko, denn die Rechtskosten werden von Burford Capital, einem börsennotierten Unternehmen für Prozessfinanzierung getragen. Im Erfolgsfall erhält die Kanzlei einen Anteil an der Entschädigung. Greenland Minerals nutzt das sogenannte Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren, das ursprünglich entwickelt wurde, um ausländische Unternehmen vor Enteignung durch die Gaststaaten zu schützen. Heute wird es zunehmend genutzt, um Regierungen zu verklagen, die nach Beginn der Explorationsarbeiten striktere Umweltgesetze erlassen – und damit Bergbau erschweren oder unmöglich machen. Die Schiedsgerichte entscheiden oft im Sinne der klagenden Investor\*innen, Staaten und Steuerzahler\*innen müssen häufig hohe Entschädigungen zahlen.

**SCHLECHTE ERFAHRUNGEN MIT UMWELTVERSCHMUTZUNG**

So verbot Italien im Jahr 2015 aus ökologischen Gründen die Offshore-Öl- und Gasförderung innerhalb von zwölf Meilen vor seiner Küste. Der britische Ölkonzern Rockhopper musste deshalb die Ausbeutung des Ölfeldes Ombrina Mare einstellen. Das Schiedsgericht verurteilte Italiens Regierung zur Zahlung von 190 Millionen Euro zuzüglich Zinsen für entgangene Gewinne. Die Regierung versucht bis heute, das Urteil aufheben zu lassen.

Greenland Minerals kennt seine Rechte. "Wir verstehen, dass die grönländische Regierung aus politischen Gründen versprochen hat, dieses Projekt zu stoppen", sagt der Geschäftsführer Daniel Mamadou. "Das ist in Ordnung, aber in diesem Fall handelt es sich um eine Enteignung. Und wenn es sich um eine Enteignung handelt, haben wir Anspruch auf Entschädigung." Die grönländische Regierung sieht es anders: Die Firma habe zwar eine Explorationslizenz erhalten, aber keine Abbaulizenz. Lokale Gemeinden und Regierungen müssten das Recht haben, Bergbauprojekte abzulehnen, die Ökosysteme bedrohten oder inakzeptable Risiken für die menschliche Gesundheit und das Wohlbefinden mit sich brächten.

**„Das Unternehmen giert nur nach Gewinn, das Risiko ist zu hoch.“**

Aviaja Jensen, Arctic Café

Hat Greenland Minerals, an dem auch der chinesische Bergbaukonzern Shenghe beteiligt ist, eine Abbaulizenz oder nicht? Mit dieser Frage soll sich nun – so befand es das Schiedsgericht in Dänemark im Oktober 2025 – ein ordentliches Gericht in Grönland befassen. Erst danach können die Richter\*innen des Schiedsgerichtes über die Höhe der Entschädigung entscheiden.

Greenland Minerals unterhält nach wie vor ein Büro in Narsaq. In einer Lager- und Werkstatthalle neben dem Fußballplatz der Gemeinde liegen Hunderte von Bohrkernen, die Seltene Erden, Uran und Zink und Sodalith enthalten. "In Narsaq gibt es auch Bergbaubefürworter, die glauben, dass man den Abbau so gestalten kann, dass weder Mensch noch Umwelt zu Schaden kommt", sagt Pavia Rohde, der aus Narsaq stammt und für Greenland Minerals arbeitet.

"Der Ort braucht eine Zukunft, wir können nicht ewig so tun, als gäbe es keinen Fortschritt." Rohde kümmert sich um die Wissenschaftler\*innen, die im Auftrag von Greenland Minerals nach Narsaq kommen. Sie studieren Windrichtungen und Windstärke, nehmen Wasserproben in den benachbarten Gewässern.

Die Gegner der Mine beobachten sie skeptisch – und hoffen, dass ihre Regierung am längeren Hebel sitzt. "Die Mine wäre sicherlich gut fürs Geschäft", sagt Aviaja Jensen, die in Narsaq im Arctic Café an der Bar arbeitet. "Das Unternehmen aber giert nur nach Gewinn, das Risiko von Umweltschäden ist einfach zu hoch." Ihr Mann lebt von der Jagd auf Moschusochsen und Rentiere, Wale und Robben. Grönland hat bereits schlechte Erfahrungen mit Umweltverschmutzung durch Bergbau gemacht: In Maarmorilik, wo Dänemark von 1973 bis 1990 eine Bleimine betrieb, sind die Blei- und Zinkwerte in Meerwasser, Sedimenten, Seetang, Muscheln und Fischen immer noch erhöht. Auch die Kryolithmine in Ivittuut, die von 1854 bis 1987 in Betrieb war, führte zu einer Blei- und Zinkverseuchung des angrenzenden Fjords.

### **„Wir wollen kein großes Bergbauland werden.“**

Naaja Nathanielsen, Ministerin für Rohstoffe

Die aktuelle Regierung ist nicht grundsätzlich gegen den Bergbau, fordert aber strenge Auflagen, um die Umwelt nicht zu gefährden. Im Fall Narsaq will sie beim Abbauverbot bleiben. "Wir haben gemäß Gesetz ein öffentliches Anhörungsverfahren durchgeführt und sind dem Willen des Volkes verpflichtet", sagt Naaja Nathanielsen, Ministerin für Rohstoffe, Wirtschaft, Energie, Justiz und Gleichberechtigung. "Natürlich müssen wir Geld mit unseren Mineralressourcen verdienen, doch nicht auf Kosten der Menschen." Derzeit steuert Dänemark etwa die Hälfte des grönländischen Haushalts bei, rund 500 Millionen Euro pro Jahr. Einnahmen aus dem Bergbau könnten auf dem Weg zu mehr Eigenständigkeit helfen. "Aber wir wollen kein großes Bergbauland werden", sagt die Ministerin. Drei bis fünf aktive Minen gleichzeitig seien genug, um "unsere Rechnungen bezahlen zu können". Zu viel Bergbau überfordere die Gesellschaft.

Die 49-Jährige, die schon seit fünf Jahren dem Kabinett angehört, sieht den Bergbau in Grönland nüchtern. "Es ist ein langsam wachsendes Geschäft, von der Exploration bis zum Abbau vergehen meist 15 Jahre", sagt sie in ihrem Büro, aus dem man über die Hauptstadt Nuuk blickt. Der Erfolgsfall, dass der Gewinn die Investitionen übertrifft, "liegt in der Regel unter fünf Prozent." Die Regierung hat bisher 80 Explorationslizenzen vergeben, die Ergebnisse der meisten Testbohrungen werden frühestens in zwei bis drei Jahren erwartet.

### **DRUCK AUF DIE REGIERUNG AUSÜBEN**

Derzeit sind auf der Insel zwei Minen in Betrieb: Der Anorthosittegebau von Lumina Mining bei Kangerlussuaq, wo ab 2027 auch Seltene Erden gefördert werden sollen, und die Goldmine der kanadischen Amaroq-Gruppe bei Nalunaq, die ab 2026 sechs bis zehn Kilogramm reines Gold pro Tag produzieren will. Abbaulizenzen erhielten auch die Firma Tanbreez für Seltene Erden nahe Qaqortoq sowie eine Graphitmine von GreenRoc in Amitsoq. Sie könnten in zwei Jahren mit dem Abbau beginnen.

Die Goldmine bei Nalunaq war schon zwischen 2004 und 2013 in Betrieb. Das Unternehmen Crew Gold verschifft goldhaltiges Erz nach Kanada, wo es raffiniert wurde. Weil der Goldpreis damals niedrig war, waren die Kosten zu hoch, und die Mine wurde geschlossen. Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine hat sich der Goldpreis aber fast verdreifacht. Amaroq, der neue Besitzer, baute eine Fabrik in Nalunaq, um auch vor Ort reines Gold zu gewinnen. "Bei der Goldgewinnung werden sehr viele giftige Chemikalien eingesetzt", sagt Grethe Nielsen, eine Umweltaktivistin aus dem gut 100 Kilometer entfernten Qaqortoq, dem größten Ort in Südgrönland. "Der Bergbau ist wohl nicht zu verhindern, aber wir müssen Druck auf die Regierung ausüben, damit sie die Minen streng kontrolliert und die Natur schützt."

Nielsen steht an einem Aussichtspunkt über Qaqortoq, von dem aus man auf die eindrucksvolle Fjordlandschaft blickt. Nicht weit von der Küste entfernt jagen mehrere Boote der Inuit in einer V-Formation einem Wal nach. "Hier ist die Welt noch in Ordnung", sagt Nielsen. "Aber wie lange noch?" Die Idylle trägt ohnehin: Qaqortoq war vor 20 Jahren eine boomende Fischereistadt, dann verschwanden die Garnelen, die im Export für gute Einnahmen sorgten. Viele Leute suchten Arbeit und wanderten aus.

### **„Hier ist die Welt noch in Ordnung. Aber wie lange noch?“**

Grethe Nielsen, Umweltaktivistin

"Wir brauchen den Bergbau, wenn wir von Dänemark unabhängig werden wollen", sagt Malik Rasmussen. "Fischerei und Tourismus sind nicht genug, um die hohen sozialen Standards, an die die Menschen gewöhnt sind, zu halten." Der 34-Jährige ist Chef von 60°North, des größten Unternehmens in Südgrönland, das sich auf Dienstleistungen für Bergbauunternehmen spezialisiert. Denn der Bergbau erfordert lokales Knowhow. "Die Bedingungen sind schwieriger als in den meisten anderen Ländern, jede Art von Infrastruktur muss von weit her transportiert werden, und das ist exorbitant teuer", sagt Rasmussen. Es gebe auch viele soziale Probleme, die lange kaum beachtet wurden. Viele Inuit fühlen sich ausgegrenzt und missachtet – und hegen viel Groll gegen Dänemark, die ehemalige Kolonialmacht, die erstmals 1721 auf die Insel kam und noch immer die Außenpolitik, die Justiz, die Verteidigung und die Polizei bestimmt und kontrolliert. Die Suizidrate auf Grönland ist die höchste der Welt, Alkoholmissbrauch ist ein weit verbreitetes Problem.

### **WIE TRUMP AUF GRÖNLAND KAM**

Momentan unternimmt 60°North Testbohrungen am Kangerluarsukfjord, der sich tief in die Berge von Südgrönland schneidet. Felswände ragen steil aus dem Wasser, auf der Ostseite erhebt sich eine markante Bergkette, deren Spitzen wie die Zinken eines Kamms aussehen. In dieser rauen Landschaft, 25 Kilometer nordöstlich von Qaqortoq, bereitet das US-australische Unternehmen Tanbreez den Abbau von Seltenen Erden vor. "Es ist eines der größten Vorkommen außerhalb Chinas", sagt Greg Barnes, der für Tanbreez arbeitet. "Zudem gibt es hier auch große Mengen an Tantal, Beryllium und Zirkonium."

Barnes ist Geologe, er hat überall auf der Welt gearbeitet, bevor er in den 1990er Jahren nach Grönland kam. Trotz des Mineralienreichtums der Insel war es lange nicht möglich, Investor\*innen für den Bergbau zu finden. Der Durchbruch kam 2019. Damals hielt der 76-Jährige eine Rede über die Mineralreserven Grönlands vor Donald Trump im Weißen Haus. Der US-Präsident bot Dänemark daraufhin an, Grönland zu kaufen. Umweltschützer\*innen geben Barnes seitdem die Schuld, die Begehrlichkeiten der USA geweckt zu haben.

Tanbreez will direkt vor der Lagerstätte im Fjord einen Anleger bauen, von dem das Erz per Schiff zu den Aufbereitungsfabriken in den USA und der EU transportiert werden soll. "Es ist unser Glück, dass Grönland weder über die Infrastruktur noch über Fachkräfte verfügt, um solche Fabriken zu betreiben", freut sich die Umweltaktivistin Nielsen in Qaqortoq. "Damit sinkt das Risiko von Wasser- und Luftverschmutzung. Vielleicht werden unsere Kinder und Enkel immer noch hier leben können."

*Mit freundlicher Genehmigung der Übernahme des Artikels aus dem Amnesty Journal 01/2026 von Andrzej Rybak. Andrzej Rybak ist freier Autor und Journalist.*

*Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Amnesty International wieder.*

Hier finden Sie den Link zum Artikel:

<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/daenemark-groenland-rohstoffe-bergbau-widerstand>

# NORWEGEN UND ECUADOR

## EINIGE HIGHLIGHTS DER WELTWEITEN BRIEFMARATHON-KAMPAGNE VON AMNESTY INTERNATIONAL<sup>1</sup>

Die Kampagne fand 2025 zum 25. Mal statt und setzte sich intensiv dafür ein, positive Veränderungen im Leben von jeweils acht gefährdeten Personen und Gruppen sowie deren Familien und Gemeinschaften zu bewirken.

**Weltweit wurden mindestens 3.962.563 Aktionen in 200 Ländern und Territorien durchgeführt.**

Dazu gehörte das Schreiben von Briefen an Schulen und anderen Orten, aber auch Vortragsreisen, Konzerte, Treffen mit Botschaftsangehörigen, Politiker\*innen, Medieninterviews, Straßenaktionen und Straßenläufe.

Es ist noch zu früh, um die Auswirkungen der Kampagne auf die Menschenrechte zu beurteilen, doch wir konnten bereits positive Veränderungen in der Situation einiger Einzelpersonen und Gruppen feststellen.

Darüber hinaus ist der Briefmarathon auch eine Solidaritätskampagne, die den gefährdeten Personen und Gruppen zeigt, dass Menschen in allen Teilen der Welt sie unterstützen. Von der Gesamtzahl der Aktionen waren es mindestens 327.737 Solidaritätskarten und -briefe.

Zu der Gruppe, für die sich Amnesty International 2025 eingesetzt hat, gehörte auch eine Vertreter\*in der Indigenen Sámi in Norwegen und eine Gruppe von jungen Mädchen und Frauen aus Ecuador, von denen einige Angehörige Indigener Völker sind.

Im Rahmen der Kampagne hatten wir im Dezember-Rundbrief 2025 über ihre Situation informiert und um Unterstützung gebeten.

Wir berichten nun von der Briefmarathon-Kampagne in Norwegen und Ecuador auf den Folgeseiten.

---

<sup>1</sup> Write for Rights 2025 Campaign Report, 2. April 2026,  
<https://www.amnesty.org/en/documents/act30/0865/2026/en/>

## ELLINOR GUTTORM UTSI – NORWEGEN



Ellinor Guttorm Utsi setzt sich in Norwegen für die Rechte des Indigenen Volkes der Sámi ein.

© Amnesty International / privat

### **EINLEITUNG**

Ellinor Guttorm Utsi ist eine Indigene Sámi-Frau und Sprecherin ihrer Rentierzüchtergemeinschaft in Sápmi, dem traditionellen Siedlungsgebiet des Indigenen Volkes der Sámi, das sich über Nordnorwegen, Schweden, Finnland und Russland erstreckt. Ihre in Norwegen ansässige Gemeinschaft betreibt Rentierzucht – eine halbnomadische Lebensweise, die für die Kultur der Sámi von zentraler Bedeutung ist und durch nationales und internationales Recht geschützt wird.

Die Rentierzucht sichert die Ernährung, Bekleidung, das Handwerk und die kulturelle Identität der Sámi. Sie sind auf die saisonal bedingten Wanderungen durch die weiten arktischen Landschaften angewiesen. Heute wird diese Lebensweise durch den Klimawandel bedroht: Instabiles Eis, unvorhersehbares Wetter und sich verändernde Weidebedingungen stören die traditionellen Strukturen der Tierhaltung.

Ellinors Gemeinschaft wandert zwischen den Winterweiden in Deatnu/Tana und den Sommerweiden in Čorgaš auf der Halbinsel Nordkyn hin und her. Ihre Sommerweiden sind durch mehrere geplante Windkraftprojekte bedroht, bei denen Hunderte von Windrädern, Straßen und Stromleitungen errichtet werden sollen, was die wichtigen Weidegebiete zerstückeln würde.

Ellinor setzt sich für das Land und die Rechte ihres Volkes ein, insbesondere für das Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC), basierend auf international geltenden Menschenrechten. Das norwegische Recht schreibt zwar eine Konsultation vor, garantiert aber keine Zustimmung. Das Ausmaß der geplanten Projekte hat die Gemeinschaft überfordert, was zunehmend eine wirksame und sinnvolle Beteiligung an Entscheidungsprozessen erschwert. Dies erhöht das Risiko künftiger Menschenrechtsverletzungen.

Die Briefmarathon-Kampagne forderte, dass die Rechte der sámischen Rentierzüchtergemeinschaften geschützt werden, indem sichergestellt wird, dass industrielle Windkraftprojekte, die ihr Land und ihre Lebensweise bedrohen, nicht ohne die freie, vorherige und informierte Zustimmung der betroffenen Sámi durchgeführt werden.

## HINTERGRUND DER MENSCHENRECHTSBEDENKEN IN NORWEGEN

Ende 2025 und Anfang 2026 war die Elektrifizierung der Gasaufbereitungsanlage bei Melkøya/Hammerfest LNG weiterhin politisch umstritten. Das norwegische Parlament befasste sich mit mehreren Anträgen von Abgeordneten. Dazu gehörten Forderungen zum Stopp der Elektrifizierung bei Melkøya und der Stromversorgung für Offshore-Öl- und -Gasanlagen. Ferner ging es um die Prüfung von Alternativen wie Gaskraftwerke mit CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung. Alle diese Vorschläge wurden im Februar 2026 vom Parlament abgelehnt.

Andererseits traf die norwegische Energieregulierungsbehörde NVE eine bemerkenswerte Entscheidung, die Windkraftprojekte in der Finnmark betrifft: Sie gab im Januar 2026 die Ablehnung des Antrags für das Davvi-Windkraftprojekt in Lebesby bekannt und begründete dies mit dessen Lage in einem wichtigen Naturschutzgebiet mit hohem kulturellem Wert. Das Davvi-Windkraftprojekt hätte Ellinor und ihre Familie indirekt betroffen, da sich der Standort in der Nachbargemeinschaft befand. Diese Entscheidung gibt Hoffnung, dass es möglich ist, auch andere Projekte zu stoppen. Eine Reihe weiterer Anträge für Windkraftprojekte befinden sich noch in der Prüfung und Folgenabschätzung, was den unter anderem den Druck durch starke lokale und kulturelle Bedenken widerspiegelt. Zu diesen Projekten gehören sieben Projekte, die Ellinor und ihre Gemeinschaft direkt betreffen.

## HÖHEPUNKTE DER KAMPAGNE FÜR ELLINOR GUTTORM UTSI

Der Höhepunkt war die kurze Europatour von Ellinor und ihrem Ehemann Ailu im November 2025, bei der sie Amnesty International in Luxemburg und der Schweiz besuchten. Die Reise ermöglichte ihnen einen direkten Kontakt mit Amnesty-Mitgliedern und -Aktivist\*innen sowie Treffen mit Amnesty-Mitarbeiter\*innen, den Medien und Regierungsvertreter\*innen.

Während der Kampagne nahm Ellinor auch an mehreren Online-Veranstaltungen teil. Herzerwärmend war schließlich ein Besuch im norwegischen Büro von Amnesty im Februar, bei dem sie einige der mehreren tausend Solidaritätsbriefe aus aller Welt sehen und lesen konnte.

**Gesamtzahl der Aktionen zur Unterstützung von Ellinor Guttorm Utsi: 411.256**

## ERGEBNISSE DER KAMPAGNE FÜR ELLINOR GUTTORM UTSI

Der Fall ist noch nicht abgeschlossen, doch die Kampagne hat den Druck auf die norwegische Regierung erhöht, eine wirksame Beteiligung der Sámi am Entscheidungsprozess sicherzustellen. Sowohl die Windkraftpläne auf wichtigen Rentierweideflächen als auch die Elektrifizierung der Melkøya-LNG-Anlage sind weiterhin umstrittene Projekte - sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene. Die überwältigende Unterstützung für Ellinor und ihre Familie durch Tausende von Solidaritätsbriefen aus aller Welt gibt ihr in dieser sehr schwierigen Zeit Kraft.

*„Am meisten bedeutet haben mir die persönlichen Begegnungen mit Menschen, die ein tiefes Gerechtigkeitsgefühl teilen und bereit sind, sich mit unserem Fall auseinanderzusetzen und ihn zu unterstützen. Diese Solidarität hat mir Kraft und neuen Optimismus gegeben, meine eigene Arbeit fortzusetzen – und mein Vertrauen in das Gute im Menschen gestärkt.“*, sagte Ellinor Guttorm Utsi

## NÄCHSTE SCHRITTE

Amnesty International Norwegen wird Ellinor weiterhin unterstützen und sich für die Rechte Indigener Völker sowie das Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC) in Norwegen einsetzen.

Übersetzt und zusammengefasst von Marianne Kersten  
Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und Indigene Völker

## GUERRERAS POR LA AMAZONÍA (KÄMPFERINNEN FÜR DEN AMAZONAS) – ECUADOR



Die jungen Frauen der Gruppe „Guerreras por la Amazonía“ wehren sich gegen die Umweltzerstörung im ecuadorianischen Amazonasgebiet. © Amnesty International / privat

### EINLEITUNG

Die *Guerreras por la Amazonía* sind eine Gruppe von 15 Mädchen und jungen Frauen aus dem nördlichen Amazonasgebiet Ecuadors, die einen Kampf gegen das Abfackeln von Gas im Zuge der Erdölförderung führen. Mehrere ihrer Mitglieder im Alter zwischen 10 und 20 Jahren sind Angehörige Indigener Völker. Sie leben in Gemeinschaften, in denen kontinuierlich Gasfackeln in der Nähe von Wohnhäusern, Schulen und Bauernhöfen brennen. Die Einwohner\*innen sind dadurch giftigen Emissionen, dauerhaftem Lärm, Gestank und Umweltzerstörung ausgesetzt. Einige der Mädchen sind Klägerinnen in einem Gerichtsprozess gegen den ecuadorianischen Staat und das staatliche Erdölunternehmen Petroecuador. Sie fordern die Umsetzung des Gerichtsurteils aus dem Jahr 2021, in welchem die Einstellung des Abfackelns von Gas angeordnet worden war.

Vereint durch ihr Manifest bezeichnen sich die Guerreras als „Töchter des Landes“ und Verfechterinnen des Amazonas und der Klimagerechtigkeit.

Ihre Teilnahme am Briefmarathon war von entscheidender Bedeutung, um die Schnittstellen zwischen Klimagerechtigkeit, Kinderrechten, Indigenen Rechten und Gendergerechtigkeit aufzuzeigen. Gefordert wurde die Einhaltung des Gerichtsurteils und die Gewährleistung der Sicherheit für Klimaverteidiger\*innen durch ecuadorianische Behörden. Der Briefmarathon förderte weltweite Solidarität, hob die Rolle der Guerreras als Verteidigerinnen von Klimagerechtigkeit hervor und trug zu einem breiteren Einsatz gegen Opferzonen fossiler Brennstoffe bei.

## HINTERGRUND DER MENSCHENRECHTSBEDENKEN IN ECUADOR

Zeitgleich zum Briefmarathon hatte die Konföderation der Indigenen Völker Ecuadors (Confenaie) zum Nationalstreik aufgerufen. Die Proteste fanden vor dem Hintergrund bereits seit langer Zeit bestehender Forderungen im Zusammenhang mit wirtschaftlicher Ungleichheit, Extraktivismus und einer Marginalisierung Indigener Völker statt. Dabei kam es zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen, wie exzessivem Gewalteinsatz durch Sicherheitskräfte, willkürlichen Verhaftungen und zur Einleitung missbräuchlicher Strafverfahren gegen gesellschaftlich anerkannte Führungspersönlichkeiten und Demonstrierende. Zusätzlich wurden Bankkonten etlicher an den Protesten beteiligter Organisationen und Individuen eingefroren und damit ihre Handlungsfähigkeit massiv eingeschränkt. Das traf auch eine Partnerorganisation der Guerreras, die Union der Betroffenen des Großkonzerns Texaco (UDAPT - Unión de Afectados por Texaco).

Die Sperrung der Bankkonten von UDAPT stellte erhebliche Hindernisse für die Umsetzung der von Amnesty International geplanten Aktivitäten dar – wie beispielsweise die Durchführung eines psychosozialen Unterstützungsprogramms für die betroffenen Mädchen und Jugendlichen. Dieses konnte nicht wie geplant umgesetzt werden und musste verschoben werden.

## HÖHEPUNKTE DER KAMPAGNE FÜR DIE GUERRERAS POR LA AMAZONÍA

Zu den Höhepunkten des Briefmarathons gehörte im Januar 2026 die internationale Vortragsreise zweier Mitglieder der Guerreras, Dannya und Lency, veranstaltet von Amnesty Sektionen in Spanien, Frankreich und Belgien. Im Rahmen dieser Tour konnten die Guerreras ihren Fall in Europa bekannt machen und Aktivist\*innen, Amnesty-Mitgliedern und Entscheidungsträger\*innen von ihren persönlichen Erfahrungen über die Auswirkungen der Gasfackeln und die damit verbundenen Umweltschäden berichten. Sie knüpften Kontakte mit jungen Aktivist\*innen und Menschenrechtsverteidiger\*innen und stärkten so Netzwerke internationaler Solidarität. Die Tour ermöglichte auch gezielte Lobbyarbeit bei europäischen Regierungen und EU-Institutionen. Dies öffnet Türen, um den Fall durch internationalen Druck und Zusammenarbeit voranzubringen.

**Gesamtzahl der Aktionen zur Unterstützung der *Guerreras por la Amazonía*: 491.465.**

## ERGEBNISSE DER KAMPAGNE FÜR DIE *GUERRERAS POR LA AMAZONÍA*

Während des Briefmarathons verschaffte die internationale Vortragsreise den Guerreras eine globale Bühne und stärkte ihr Selbstvertrauen, ihre Führungsqualitäten und das Gefühl kollektiver Macht als Verteidigerinnen der Klimagerechtigkeit und Menschenrechte. Die Lobbyarbeit soll den internationalen Druck auf ecuadorianische Behörden erhöhen und damit künftige Fortschritte bei der Umsetzung des „Gasfackel“-Urteils von 2021 fördern. Die vollen Auswirkungen der Kampagne lassen sich erst nach Auswertung der Aktionen und Auszählung der Petitions-Unterschriften benennen.

## NÄCHSTE SCHRITTE (Stand 2. April 2026)

Im April 2026 sollen die Unterschriften des weltweiten Briefmarathons im Rahmen einer Lobbyreise an die ecuadorianische Regierung in Quito übergeben werden. Parallel dazu ist eine zweite Aktion im ecuadorianischen Amazonasgebiet für den Mai 2026 geplant, um die Solidaritätsbriefe, die während der Briefmarathon-Kampagne gesammelt wurden, direkt an die *Guerreras por la Amazonía* und ihre Gemeinschaften zu übergeben. Dadurch soll die weltweite Unterstützung, die durch den Briefmarathon generiert wurde, in konkrete Interventionsmaßnahmen, öffentliche Sichtbarkeit und anhaltenden Druck auf die ecuadorianischen Behörden münden.

Amnesty International wird weiterhin mit den *Guerreras por la Amazonía* und ihren Vertreter\*innen zusammenarbeiten, um zur Umsetzung des „Gasfackel“-Urteils und der staatlichen Einhaltung menschenrechtlicher Verpflichtungen beizutragen. Ferner geht es darum, sie bei ihren Lobbybemühungen auf nationaler und internationaler Ebene sowie in den Bereichen soziale Medien und digitale Kampagnenarbeit zu unterstützen.

Außerdem wird Amnesty International mit Sonderberichterstatter\*innen der Vereinten Nationen zusammenarbeiten, insbesondere mit denen, die sich mit Klimawandel und dem Recht auf eine gesunde Umwelt befassen. Zudem werden Bemühungen um eine Interessenvertretung vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission unternommen.

Übersetzt und zusammengefasst von Johanna Hußlein  
Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und Indigene Völker

-----



## WELTWEITE UNTERSTÜTZUNG DER „WARRIORS FOR THE AMAZON“ FÜHRT ZU FACHTECHNISCHEN ARBEITSGRUPPEN ZUM GASFACKEL-URTEIL

Eine Delegation der Klägerinnen im sogenannten Gasfackel-Fall – heute bekannt als Warriors for the Amazon – überreichte gemeinsam mit Amnesty International und der Vereinigung der von Texacos Ölförderungen Betroffenen (UDAPT) dem Umwelt- und Energieministerium Ecuadors ein Heft mit einem Teil der insgesamt 492.174 Aktionen, die von hunderttausenden Menschen weltweit zur Unterstützung ihres Kampfes getragen werden. Die Aktivistinnen fordern, dass der ecuadorianische Staat das Urteil des Provinzgerichts von Sucumbíos aus dem Jahr 2021 umsetzt und die weiterhin betriebenen Gasfackeln beseitigt. Diese setzen giftige Gase frei und beeinträchtigen die Gesundheit sowie die Umwelt der Gemeinschaften im Amazonasgebiets schwerwiegend.

Im Anschluss an das Treffen verpflichtete sich das Ministerium, behördenübergreifende technische Arbeitsgruppen zu fördern, die auf die Umsetzung des Urteils abzielen, einschließlich der Entfernung der Fackeln und der Entschädigung der betroffenen Gemeinden.

### INTERNATIONALER DRUCK NACH INSTITUTIONELLEM WIDERSTAND

Bereits am 29. April 2026 versuchte die Delegation, die Unterschriften dem Ministerium für Umwelt und Energie zu übergeben. Dieses empfing die Organisationen jedoch nicht. Das Treffen wurde auf den 7. Mai verschoben; zu diesem Zeitpunkt hatte die Delegation von Amnesty International die Delegation von Amnesty International Ecuador bereits verlassen. Schließlich fand das Treffen virtuell mit Amnesty International und persönlich mit Vertretern der UDAPT sowie zwei Kämpferinnen für den Amazonas statt.

Während des Treffens erklärte Ana Piquer, Amerikas-Direktorin bei Amnesty International, dass die Aktionen von mehreren Amnesty Büros in verschiedenen Teilen der Welt im Rahmen des Briefmarathons koordiniert worden waren. Der Briefmarathon ist die wichtigste Kampagne der Menschenrechtsorganisation und mobilisiert Menschen aus mehr als 200 Ländern bzw. Territorien, um Personen, Gruppen und Gemeinschaften zu unterstützen, deren Rechte verletzt wurden.

Im Jahr 2025 war der Fall der „Warriors for the Amazon“ einer der Fälle, die Hunderttausende Menschen weltweit mobilisierten.

### **„ES BLEIBT KEINE ZEIT MEHR“**

Bei der Übergabe betonte Jamileth Jurado, eine Kämpferin für den Amazonas, dass „die Unterschriften ein Beweis dafür sind, dass die internationale Gemeinschaft die Rechtsverletzungen anerkennt, unter denen die Bevölkerung des Amazonasgebiets aufgrund der Untätigkeit des Staates in den letzten vier Jahren gelitten hat“.

Zudem forderte die junge Amazonas-Aktivistin die Vorlage eines Zeitplans für die Umsetzung des Gasfackel-Urteils, der noch im laufenden Jahr umgesetzt werden soll.

Sollte diese Frist nicht eingehalten werden können, fordert Jamileth eine Verlängerung um maximal ein Jahr. „Es bleibt keine Zeit mehr. Jetzt oder nie, denn während wir warten, sterben im Amazonasgebiet weiterhin Menschen an Krebs“, betonte sie.

### **ANHALTENDE NICHTBEFOLGUNG DER ANORDNUNG ZUR ENTFERNUNG DER FACKELN**

Ivan Martínez, Kampagnenverantwortlicher für Klimagerechtigkeit bei Amnesty International, erklärte, dass die Organisation dokumentiert hat, wie viele Kinder – mindestens 520 Millionen – weltweit im Umkreis von fünf Kilometern um Infrastruktur für fossile Brennstoffe leben. Dadurch seien sie erheblichen Umwelt- und Gesundheitsrisiken ausgesetzt. Der Fall der Guerreras por la Amazonía sei ein paradigmatisches Beispiel, das diese Problematik deutlich mache.

Rechtsanwalt Julio Prieto, Mitglied der UDAPT, betonte, dass das ursprüngliche Urteil eine Frist von 18 Monaten für die Beseitigung von Fackeln in der Nähe von besiedelten Gebieten gewährt habe. Prieto berichtete jedoch, dass bereits vier Jahre der Nichteinhaltung vergangen seien, ohne dass in den Gemeinden echte Veränderungen zu beobachten seien.

Martínez von Amnesty International brachte die Besorgnis der Organisation hinsichtlich des Inhalts der Vorschriften des Ministeriums für Energie und Umwelt zum Ausdruck. Den Vorschriften zufolge gelten nur Fackeln, die sich bis 100 Meter von bewohnten Gebieten befinden, als „in der Nähe“ dieser Siedlungszentren, obwohl wissenschaftliche Kenntnisse zeigen, dass sich die Schadstoffe in einen Radius von bis zu fünf Kilometern auf die Bevölkerung auswirken. In diesem Zusammenhang bat er das Ministerium um Auskunft darüber, wie viele Fackeln innerhalb dieses Fünf-Kilometer-Radius existieren.

Kerly Herrera, eine Kämpferin für den Amazonas, erklärte, dass die Zahl der Fackeln nicht abgenommen habe, sondern dass „in den Gemeinden mehr Fackeln aufgetaucht sind“. Sie erwähnte einen Anstieg um mindestens 48 dieser Fackeln, die das bei der Ölförderung entstehende Gas verbrennen, und prangerte die Praxis an, bis zu drei Fackeln auf derselben Ölplattform zu installieren.

**TECHNISCHE ARBEITSGRUPPEN: EIN ERSTER SCHRITT, DER VON WEITEREN STAATLICHEN MASSNAHMEN BEGLEITET WERDEN MUSS**

Als Ergebnis des Treffens kündigte das Ministerium für Umwelt und Energie die Einrichtung behördenübergreifender technischer Arbeitsgruppen an, die als Forum für die aktive Koordination zwischen Institutionen aus den Bereichen Kohlenwasserstoffe, Gesundheit und Energie sowie der Ombudsstelle und den betroffenen Gemeinden dienen sollen.

Die Delegation betonte jedoch, dass die Einrichtung technischer Arbeitsgruppen an sich noch keine Erfüllung des Urteils darstellt. Sie warnte, dass diese Gruppen nur dann von Bedeutung sind, wenn sie zur Erstellung eines klaren Fahrplans führten. Ein solcher Fahrplan würde sich durch konkrete Maßnahmen auszeichnen, außerdem durch festgelegte Fristen für Institutionen, die für die Umsetzung des Urteils zuständig sind. Er müsse auch ernsthafte Verpflichtungen enthalten, die dessen Fortführung unabhängig von Veränderungen in den staatlichen Behörden gewährleisten.

**INTERNATIONALE ÜBERWACHUNG**

Die Organisationen erinnerten daran, dass die Einhaltung des Urteils im Gasfackel-Fall keine Option, sondern eine rechtliche Verpflichtung ist, die sich aus einem Gerichtsurteil und den vom ecuadorianischen Staat im Bereich der Menschenrechte und des Klimawandels eingegangenen internationalen Verpflichtungen ergibt.

Die Organisationen werden weiterhin Fälle der Nichteinhaltung des Urteils und der internationalen Verpflichtungen durch die ecuadorianischen Behörden beobachten, dokumentieren und melden. Gleichzeitig werden die „Warriors for the Amazon“, die UDAPT und die lokalen Gruppen, die sie unterstützen, auf die Entscheidung des Verfassungsgerichts zu der von ihnen am 13. August 2025 eingereichten Nichteinhaltungsklage warten.

Learn more about the case here (Spanish):

<https://udapt.org/caso-mecheros/>

Pressekontakt:

UDAPT Kommunikationsteam: +593 98 174 1450

Amnesty International: +52 1 55 4145 7003

AMR2809952026ENGLISH.pdf

# FINNLAND

## SÁMI IN OULU – EUROPÄISCHE KULTURHAUPTSTADT 2026

Die finnische Stadt Oulu ist 2026 europäische Kulturhauptstadt – das Motto lautet „Cultural Climate Change“. Neben zahlreichen Kulturprojekten zu diesem Thema geht es besonders in den ersten Monaten des Jahres darum, die Kultur des Indigenen Volkes der Sámi<sup>1</sup> in den Mittelpunkt der Veranstaltungen zu stellen.

**„Einerseits möchten wir unsere Kultur und die im Gebiet der Kulturhauptstadt Europas lebenden Sámi hervorheben. Andererseits wollen wir die Sámi zusammenbringen, Möglichkeiten bieten, die sámische Kultur zu erleben, und Netzwerke stärken, damit die Organisation von Veranstaltungen in Zukunft einfacher wird.“**

Aino Valovirta, Koordinatorin des Sámi-Kulturprogramms von Oulu.<sup>2</sup>

So findet im Kunstmuseum von Oulu eine große zeitgenössische Ausstellung zum Thema „Eanangiella – Stimme des Landes“ statt.<sup>3</sup> Die Ausstellung präsentiert rund 70 sámische Künstler\*innen und Kunsthandwerker\*innen aus Sápmi. Gezeigt werden multimediale zeitgenössische Kunst, kunsthistorische Exponate, sámische Handwerkskunst verschiedener Generationen sowie Klanglandschaften. Auch nach 400 Jahren Kolonialzeit sind die sámische Kultur, Sprache und ihre Spiritualität noch präsent.<sup>4</sup> Die Themen konzentrieren sich auf ihre Widerstandsfähigkeit, Vielfalt und Nachhaltigkeit sowie auf die engen Verbindungen zu den Vorfahren und ihrem Land, die farbigen Ornamente des Lebens und den grünen Kolonialismus.<sup>5</sup>

Das Giellagas-Institut an der Universität Oulu bietet zudem ein umfangreiches Programm zur Kultur und Sprache der Sámi an.

Unter dem Motto „kultureller Klimawandel“ entstand die Oper „Ovllá“ (2025) von Siri Broch Johansen und Cecilia Damström, die sich mit der Geschichte und Zukunft der Sámi sowie den Spannungen zwischen ihnen und dem finnischen Staat auseinandersetzt bzw. mit der Assimilationsgeschichte des Landes. Es geht um die Entwurzelung der Sámi, den Verlust ihrer Identität und ihres kulturellen Erbes sowie um das bis heute andauernde Trauma von Verlassenheit und Isolation. Kinder wurden über lange Zeiträume von ihren Eltern getrennt und in speziellen Internaten von Vertreter\*innen des finnischen Staates und der Kirche unterrichtet. Dort wurden sie mit einer ihnen fremden Kultur konfrontiert und

---

<sup>1</sup> Die Sámi sind das einzige Indigene Volk, das auf EU-Ebene anerkannt ist. In den letzten Jahrzehnten sind viele Menschen aus Sápmi – so nennen die Sámi Lappland – nach Oulu gezogen, wodurch die Stadt zum größten Ballungszentrum der Sámi in Finnland geworden ist. Zum Volk der Sámi gehören insgesamt rund 100.000 Menschen, die in Schweden, Finnland, Norwegen und Russland leben, davon rund 10.000 Sámi in Finnland und etwa 1.000 im Gebiet von Oulu. Ein Teil von ihnen lebt von der Rentierzucht.

<sup>2</sup> Presseerklärung, 28.1.2026, Dálvemánnu celebrates Sámi culture with a diverse programme in Oulu in early February, <https://oulu2026.eu/en/dalvemannu-celebrates-sami-culture-with-a-diverse-programme-in-oulu-in-early-february/>

<sup>3</sup> Oulu Art Museum, Ausstellung, Eanangiella – Voice of the Land, 16.1.–3.5.2026, <https://ouluntaidemuseo.fi/en/exhibition/eanangiella-voice-of-the-land/>

<sup>4</sup> ebd.

<sup>5</sup> Einen ausführlichen Bericht von Amnesty International aus dem Jahr 2025 zum Thema Just Transition or „Green Colonialism“? finden Sie hier: <https://www.amnesty.org/en/documents/eur20/8913/2025/en/>

bestraft, wenn sie sich in ihrer Sprache ausdrückten. Sie wuchsen mit einem Gefühl der Scham über ihre Identität auf und verloren den Bezug zu ihrer traditionellen Kultur.

Nach vierjährigen Untersuchungen legte die *Sámi Truth and Reconciliation Commission* (*samische Wahrheits- und Versöhnungskommission*) der finnischen Regierung, dem Sámi-Parlament und dem Skolt-Sámi-Siida-Rat am 4. Dezember 2025 ihren Abschlussbericht vor. Dieser enthält fast 400 Zeitzeugnisse von Mitgliedern der Sámi. Sie belegen Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen des finnischen Staates gegenüber dem Volk der Sámi. Zwar war die Assimilationspolitik – anders als in Schweden und Norwegen – nie gesetzlich festgeschrieben, trotzdem war sie der Kommission zufolge ähnlich wirksam und hatte verheerende Auswirkungen auf die Sprache und Kultur der Sámi.

Der Abschlussbericht enthält Empfehlungen für 68 Wiedergutmachungs-Maßnahmen durch den finnischen Staat.

**„Es ist an der Zeit, das Unrecht und die Ungerechtigkeiten, die dem Volk der Sámi ange-tan wurden, wiedergutzumachen. Wir hoffen, dass unsere Arbeit den Weg für eine Ver-söhnung ebnet, damit die beiden Völker Finnlands, die Finnen und die Sámi, in guter Zusammenarbeit miteinander leben können.“**

Vorsitzende der sámischen Wahrheits- und Versöhnungskommission Hannele Pokka.<sup>6</sup>

Anfang 2024 forderte der UN-Sonderberichterstatter zur Förderung der Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Garantien der Nicht-Wiederholung, Fabián Salvioli, von der finnischen Regierung, dass sie sich mit den im 19. und 20. Jahrhundert begangenen Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Sámi auseinandersetzen müsse.<sup>7</sup>

Im Herbst des gleichen Jahres kamen zwei UN-Ausschüsse zu dem Schluss, dass Finnland die Rechte der Sámi auf ihre Kultur und ihr Land verletzt, indem die Regierung Genehmigungen zur Exploration von Rohstoffen auf ihrem Territorium erteilt, ohne eine Umweltverträglichkeitsprüfung oder einen angemessenen Beteiligungsprozess durchzuführen.<sup>8</sup>

Im Juni 2025 reichten 33 Rentierhirt\*innen aus Muddusjärvi eine Beschwerde beim UN-Menschenrechtsausschuss in Genf ein. Darin fordern sie die Respektierung ihrer Rechte und werfen der finnischen Regierung vor, ihre Lebensgrundlage, Kultur und nachhaltige Lebensweise durch jahrzehntelange Abholzung und eine unzureichende Klimapolitik zu gefährden.

**„Dies sei ein bedeutender Schritt für die Indigene Selbstbestimmung in Europa, da es sich um die erste Klage einer sámischen Gemeinschaft handle, die Forstwirtschaft und Klimafolgen gemeinsam als Menschenrechtsverletzung geltend mache.“**

Gerrit Hofert, Menschenrechtsreferent der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV).

---

<sup>6</sup> The Sámi Truth and Reconciliation Commission in Finland submitted its final report, 5.12.2025, <https://sdtsk.fi/en/2025/12/05/the-sami-truth-and-reconciliation-commission-in-finland-submitted-its-final-report/> <https://sdtsk.fi/en/home/> 4.12.2025, Chair of the Commission Hannele Pokka: It is time to right the wrongs and injustices done to the Sámi people, 4.12.2025 <https://sdtsk.fi/en/2025/12/04/chair-of-the-commission-hannele-pokka-it-is-time-to-right-the-wrongs-and-injustices-done-to-the-sami-people/>

<sup>7</sup> Finland must address legacy of human rights violations against Sámi people, says UN expert, 15 March 2024, <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2024/03/finland-must-address-legacy-human-rights-violations-against-sami-people-says>

<sup>8</sup> Finland must respect the rights of Sámi Indigenous people to traditional lands: UN Committees find, 10 October 2024, <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2024/10/finland-must-respect-rights-sami-indigenous-people-traditional-lands-un>

**„Konkret müsse Finnland das Recht der Sámi auf selbstbestimmte Entwicklung und Landnutzung gesetzlich verankern, die ILO-Konvention 169<sup>9</sup> ratifizieren, Bergbau und Forstwirtschaft stoppen, wo Indigene Gebiete zerstört werden und eine echte Mitsprache der Sámi garantieren.“<sup>10</sup>**

Wie die GfbV in ihrem Artikel schreibt, ist die Beschwerde seit Anfang 2026 „Gegenstand eines laufenden Prüfverfahrens vor dem UN-Menschenrechtsausschuss“.

Marianne Kersten

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und Indigene Völker

---

# AI-BROSCHÜRE ZU INDIGENEN



## INDIGENE UND MENSCHENRECHTE

Die 16-seitige Amnesty-Broschüre gibt einen kurzen Einblick in das Thema Indigene Völker und Problematik von Landkonflikten. Einige Regierungen haben zwar die Rechte ihrer Indigenen Bevölkerung in ihren Verfassungen verankert, trotzdem werden deren Kollektivrechte auf ihr angestammtes Land den wirtschaftlichen Interessen von Konzernen und Staaten untergeordnet. Die Broschüre zeigt Beispiele u. a. aus Brasilien, Bolivien, Ecuador und Indien.

Die Broschüre kann kostenlos bezogen werden bei Barbara Hermanns, Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und Indigene Völker:

[barbara.hermanns@hamburg.de](mailto:barbara.hermanns@hamburg.de)

---

<sup>9</sup> Die ILO 169 – Übereinkommen über Indigene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern – garantiert in 44 Artikeln grundlegende Rechte der Indigenen Völker.

[https://www.ilo.org/sites/default/files/wcmsp5/groups/public/@ed\\_norm/@normes/documents/publication/wcms\\_100900.pdf](https://www.ilo.org/sites/default/files/wcmsp5/groups/public/@ed_norm/@normes/documents/publication/wcms_100900.pdf)

<sup>10</sup> „Indigene Rechte in Europa“, „Klage gegen finnische Regierung – UN prüft historische Beschwerde der Sámi“, 6.1.2026, <https://www.gfbv.de/de/news/indigene-rechte-europa-sami-finnland-un-beschwerde-11916/>

# RUSSLAND

## URGENT ACTION

# BEKANNTE INDIGENE AKTIVISTIN IN HAFT

## RUSSISCHE FÖDERATION

UA-Nr: UA-026/2026 AI-Index: EUR 46/0875/2026 Datum: 8. April 2026 – mr

### DARIA EGEREVA

Daria Egereva ist eine Repräsentantin der Selkup\*innen – einer der kleinen indigenen Gruppen Westsibiriens. Sie ist außerdem eine der Vorsitzenden des Internationalen Forums indigener Völker zum Klimawandel und genießt große Anerkennung für ihre führende Rolle bei der weltweiten Förderung der Rechte indigener Gemeinschaften. Daria Egereva wurde im Dezember 2025 festgenommen. Zur selben Zeit wurden die Wohnungen von mindestens 17 weiteren indigenen Aktivist\*innen und Menschenrechtsverteidiger\*innen durchsucht. Dies deutet auf ein breiteres repressives Vorgehen gegen die indigene Zivilgesellschaft hin.

Am 17. Dezember 2025 wurde die Menschenrechtsverteidigerin für die Rechte indigener Gemeinschaften, Daria Egereva, festgenommen und Anklage wegen „Beteiligung an den Aktivitäten einer terroristischen Organisation“ gegen sie erhoben.

Daria Egereva ist eine bekannte Menschenrechtsverteidigerin und Klimaaktivistin, die sich seit langem auf internationaler Ebene für indigene Gemeinschaften einsetzt. Ihre Arbeit konzentriert sich ausschließlich auf Klimafragen, indigene Kultur, Sprache und Frauenrechte. Darias Strafverfolgung scheint eine direkte Vergeltungsmaßnahme für ihre Menschenrechtsarbeit zu sein.

Die Gesetze zur Terrorismusbekämpfung dürfen nicht dazu missbraucht werden, die indigene Zivilgesellschaft ins Visier zu nehmen und diejenigen zum Schweigen zu bringen, die sich für die Förderung und den Schutz der Rechte von Minderheiten und marginalisierten Gemeinschaften einsetzen.

### HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Daria Egereva wurde am 17. Dezember 2025 in Moskau festgenommen, nachdem sie von der COP30-Klimakonferenz der Vereinten Nationen im brasilianischen Belém zurückgekehrt war. Anschließend klagten die russischen Behörden sie nach Paragraf 205.5, Teil 2 des Strafgesetzbuchs wegen „Beteiligung an den Aktivitäten einer terroristischen Organisation“ an. Dieses Vergehen kann mit einer Haftstrafe von 10 bis 20 Jahren geahndet werden.

Die Anklagen stehen im Zusammenhang mit ihrer vermeintlichen Beteiligung am *Aborigen Forum*. Dies ist ein informelles Netzwerk von Expert\*innen, Sprecher\*innen und Aktivist\*innen, die die Gesetzgebung analysieren und sich für die Rechte, Interessen und Kulturen indigener Gemeinschaften einsetzen. 2024 stufte der Oberste Gerichtshof Russlands 172 Organisationen, die mit ethnischen Minderheiten oder indigenen Gemeinschaften in Verbindung stehen, als „terroristisch“ ein. Eine dieser Organisationen war das *Aborigen Forum*. Daria Egereva vertritt das *Centre for Support of Indigenous Small-Numbered Peoples of the North*, eine Mitgliedsorganisation des Forums.

Zum Zeitpunkt der Festnahme von Daria Egereva wurden auch die Wohnungen von mindestens 17 weiteren indigenen Aktivist\*innen und Menschenrechtsverteidiger\*innen durchsucht, was auf ein breiteres repressives Vorgehen gegen die indigene Zivilgesellschaft hindeutet. Am 12. März 2026 fand vor dem Moskauer Bezirksgericht Basmany eine Anhörung über die Verlängerung ihrer Untersuchungshaft statt. Auf Antrag der ermittelnden Behörden verlängerte das Gericht ihre Haft um weitere drei Monate. Die Anhörung war öffentlich und wurde von Diplomat\*innen mehrerer Botschaften sowie von Daria Egerevas Ehemann und Kindern besucht.

Daria Egereva ist eine Repräsentantin der Selkup\*innen – einer der kleinen indigenen Gruppen Westsibiriens. Die Selkup\*innen sind eine indigene Gemeinschaft aus dem Norden, das etwa 3.500 Menschen zählt und hauptsächlich in der Region Jamal-Nenzen und Oblast Tjumen sowie in der Region Tomsk und der Region Krasnojarsk lebt.

Daria Egereva ist auch eine bekannte Menschenrechtsverteidigerin und Klimaaktivistin, die sich seit langem auf internationaler Ebene für indigene Gemeinschaften einsetzt. Sie ist außerdem eine der Vorsitzenden des Internationalen Forums indigener Völker zum Klimawandel und genießt große Anerkennung für ihre führende Rolle bei der weltweiten Förderung der Rechte indigener Gemeinschaften. Sie ist auch langjähriges Mitglied der Indigenenorganisation CSIPN.

**SCHREIBEN SIE BITTE**

**E-MAILS, FAXE ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN**

- Ich fordere Sie auf, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, damit Daria Egereva unverzüglich und bedingungslos freigelassen wird, alle Anklagen gegen sie fallen gelassen werden und ein sicheres und förderliches Umfeld für sie geschaffen wird, damit sie ihren Menschenrechtsaktivismus ungehindert fortsetzen kann.

**ACHTUNG!** Bitte prüfen Sie auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen und Hinweise“, ob die Briefzustellung in das Zielland ungehindert möglich ist. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

**APPELLE AN**

**LEITER DER RUSSISCHEN ERMITTLUNGSBEHÖRDE**

Head of the Investigative Committee of the Russian Federation  
Bastrykin Aleksander Ivanovich  
2 Tehnicheskij Pereulok  
Moscow, 105005

**RUSSISCHE FÖDERATION**

(Anrede: Dear Mr. Bastrykin / Sehr geehrter Herr Bastrykin)

**KOPIEN AN**

**BOTSCHAFT DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

S. E. Herrn Sergej J. Netschajew  
Unter den Linden 63-65  
10117 Berlin

Fax: 030-2299 397

E-Mail: [info@russische-botschaft.de](mailto:info@russische-botschaft.de)

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Russisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **1. Juli 2026** keine Appelle mehr zu verschicken.

# BANGLADESCH

URGENT ACTION

## INDIGENE WEITERHIN OHNE ANKLAGE IN HAFT

BANGLADESCH

UA-Nr: UA-048/2024-1 AI-Index: ASA 13/0550/2025 Datum: 12. Dezember 2025 – as

### MINDESTENS 59 ANGEHÖRIGE DER BAWM

Mindestens 59 Angehörige der indigenen Gemeinschaft der Bawm sind nach wie vor ohne Gerichtsverfahren in der Bergregion der Chittagong Hill Tracts im Südosten von Bangladesch inhaftiert. Ihnen wird von den Behörden in Bangladesch „Terrorismus“ vorgeworfen, und sie werden verdächtigt, einer bewaffneten Gruppe nahezustehen, die im April 2024 zwei Banken ausgeraubt und einen Bankdirektor als Geisel genommen haben soll. Von den 142 Menschen, die im April 2024 festgenommen wurden, sind drei in der Haft gestorben. Alle, die sich noch in Haft befinden, sind in Gefahr. 80 Personen wurden gegen Kaution freigelassen. Die Behörden in Bangladesch müssen gegen die Inhaftierten entweder unverzüglich Anklage wegen einer international anerkannten Straftat erheben oder sie freilassen.

Seit dem 7. April 2024 wurden im Rahmen eines Militäreinsatzes in Dörfern der Chittagong Hill Tracts 142 Angehörige der indigenen Gemeinschaft der Bawm willkürlich festgenommen und inhaftiert, darunter auch drei Kinder.

18 Monate später befinden sich 50 Menschen, darunter 3 Kindern, noch immer ohne Gerichtsverfahren in Haft. Drei Menschen sind gestorben. Möglicherweise wurden sie in der Haft nicht ausreichend medizinisch versorgt. Alle, die sich noch in Haft befinden, sind gefährdet.

Nach einem mutmaßlichen Raubüberfall auf zwei Banken und der Geiselnahme eines Bankdirektors durch die bewaffnete Gruppe *Kuki-Chin National Front* (KNF) im April 2024 haben die Behörden im Rahmen ihrer strafrechtlichen Ermittlungen eine große Anzahl von Angehörigen der indigenen Gemeinschaft der Bawm ins Visier genommen. Die festgenommenen Menschen werden gemäß Abschnitt 13 des drakonischen Sicherheitsgesetzes (*Special Powers Act*) der Aufwiegelung beschuldigt. Zudem wird ihnen u. a. Raubüberfall und Entführung vorgeworfen. Vorhandenes Beweismaterial mit dem die individuelle strafrechtliche Verantwortung für den Raubüberfall möglicherweise geklärt werden könnte, wurde nicht untersucht. Die Behörden scheinen wahllos und in großer Zahl gegen Menschen aus indigenen Gemeinschaften vorzugehen, was den Tatbestand der rassistischen Diskriminierung erfüllen könnte.

Amnesty International ist besorgt angesichts der willkürlichen Inhaftierung von 59 Angehörigen der indigenen Bawm, die von den staatlichen Behörden unfairen Strafverfahren und rassistischer Diskriminierung ausgesetzt werden. In Bangladesch leben etwa 11.000 Bawm, und die meisten von ihnen müssen derzeit befürchten, festgenommen zu werden, nicht genügend zu essen zu haben und keinen Zugang zu Bildung und Beschäftigung zu erhalten.

**HINTERGRUNDINFORMATIONEN**

Indigene Gemeinschaften in Bangladesch werden seit jeher verfolgt und sozioökonomisch und politisch diskriminiert. Vor mehr als 25 Jahren unterzeichneten die Regierung und die Organisation *Parbatya Chattagram Jana Samhati Samiti* ein Friedensabkommen für die Chittagong Hill Tracts. Die *Parbatya Chattagram Jana Samhati Samiti* war gegründet worden, um die Interessen der indigenen Bevölkerungsgruppen in der Region zu vertreten. Mit dem Friedensabkommen sollte der Konflikt beendet und die systematische Ungleichbehandlung in der Region beseitigt werden. Dennoch ist die Lage aktuell derart eskaliert, dass Menschen aus ihren Dörfern fliehen mussten.

Viele der inhaftierten Bawm haben noch immer keinen Rechtsbeistand, wodurch ihre Chancen auf eine Freilassung immer ungewisser werden. Aufgrund großer finanzieller Not konnten sich die meisten Familien keinen Rechtsbeistand leisten und haben noch nicht einmal eine Kautions beantragt.

Nach dem Tod des Häftlings Lal Tleng im Mai 2025 in der Haft veröffentlichte die Menschenrechtsorganisation *Chittagong Hill Tracts Commission* eine Erklärung, in der sie ein Ende der systematischen Verfolgung der Bawm-Gemeinschaft forderte.

Die Organisation hat auch auf den Fall von Lian Thang Pui Bawm hingewiesen, der sich weiterhin in schlechter gesundheitlicher Verfassung im Gefängnis befindet. Berichten zufolge soll er schon im Oktober 2025 eine Bluttransfusion benötigt haben. Obwohl ihm das Hohe Gericht zunächst eine Freilassung auf Kautions gewährt hatte, wurde seine Freilassung durch eine Aussetzungsanordnung der zuständigen Kammer blockiert. Sein Fall liegt nun bei der Berufungskammer, aber es ist schwierig geworden, einen Verhandlungstermin zu bekommen.

Es gibt noch viele weitere Fälle wie den von Lian Thang Pui, die ausgesetzt und vor der Berufungskammer anhängig sind. Außerdem gibt es Berichte, denen zufolge Rechtsbeistände große Geldsummen von Angehörigen der Opfer angenommen haben, ohne jedoch eine Kautions für ihre Mandant\*innen zu erwirken. Dies hatte zur Folge, dass die Gemeinschaft der Bawm hoch verschuldet ist und viele gezwungen sind, Land und Eigentum zu verkaufen. Einst war es für diese Gemeinschaft undenkbar, sich an die Gerichte zu wenden, doch nun sind sie gezwungen, alles, was sie haben, für die Suche nach Gerechtigkeit einzusetzen – eine tragische Folge von systemischer Ungerechtigkeit und Ausbeutung.

Der Militäreinsatz betrifft fünf Dörfer in den Unterbezirken Ruma, Bandarban und Rowangchari der Chittagong Hill Tracts: Bethel, Pankhyang, Suanlu, Faruk, Eden und Darjeeling.

**SCHREIBEN SIE BITTE E-MAILS, FB- ODER X-NACHRICHTEN ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN**

- Sollten ausreichend zulässige Beweise vorliegen, sorgen Sie dafür, dass gegen die inhaftierten Menschen entweder unverzüglich Anklage wegen einer international anerkannten Straftat erhoben wird oder sie freigelassen werden.
- Sorgen Sie bis zu deren Freilassung bitte dafür, dass alle willkürlich Inhaftierten Zugang zu angemessener rechtlicher Vertretung erhalten und Besuch von ihren Familienangehörigen empfangen dürfen, ohne dass diese befürchten müssen, ebenfalls festgenommen zu werden.
- Beenden Sie bitte das scharfe Vorgehen gegen die indigene Gemeinschaft der Bawm.
- Setzen Sie bitte alle Menschenrechtsbestimmungen aus dem Friedensabkommen für die Chittagong Hill Tracts um.

**ACHTUNG!** Bitte prüfen Sie auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen und Hinweise“, ob die Briefzustellung in das Zielland ungehindert möglich ist. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

**APPELLE AN****CHIEF ADVISER**

Muhammad Yunus  
 Government of the People's Republic of Bangladesh  
 Old Sanasad Bhaban Tejgaon  
 Dhaka-1215  
 BANGLADESCH  
 (Anrede: Dear Chief Adviser Yunus / Sehr geehrter Herr Yunus)  
 E-Mail: [psecy@cao.gov.bd](mailto:psecy@cao.gov.bd)

**KOPIEN AN****BOTSCHAFT DER VOLKSREPUBLIK BANGLADESCH**

S. E. Herr Muhammad Zulqar Nain  
 Kaiserin-Augusta-Allee 111  
 10553 Berlin  
 Fax: 030-39 89 75 10  
 E-Mail: [info.berlin@mofa.gov.bd](mailto:info.berlin@mofa.gov.bd)

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Bengalisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **30. Juni 2026** keine Appelle mehr zu verschicken.

Weitere Informationen zu **UA-048/2024** (ASA 13/8076/2024, 22. Mai 2024)

# CHITTAGONG HILL TRACTS: RELIGIÖSE KONVERTIERUNG DER KINDER DER INDIGENEN MRO

18. Mai 2026

Marzia Hashmi Momo und Denim Chakma

Netra News<sup>1</sup> hat 22 Kinder aus den drei Unterbezirken Ali Kadam, Thanchi und Chimbuk im Distrikt Bandarban identifiziert, die im Zeitraum von 2021 bis 2025 die Koranschulen Iqra Tahsinul und Chaikhyang beziehungsweise die 11 Kilo Model Academy besuchten und in dieser Zeit, zum Teil ohne Einwilligung der Eltern, zum muslimischen Glauben konvertierten und muslimische Namen erhielten.<sup>2</sup> Für den Bericht hat Netra News u. a. mit den Eltern, den Jugendlichen und Indigenen Interessensgruppen gesprochen. Zudem wurden mehr als 50 Social-Media-Videos analysiert, die Indigene Minderjährige zeigten, die islamische Parolen sangen und Gebete sprachen.

Die Mro sind das zweitgrößte Indigene Volk in Bandarban. Der monotheistische *Krama-Glaube*, dem sie folgen, konzentriert sich auf die Gottheit „Thorai“ und eine heilige Schrift namens Riyung Khiti. Religiöse Konvertierungen in den Chittagong Hill Tracts sind nicht neu. Schon 1918 wurde fast ein Zehntel der Bevölkerung in Bandarban, überwiegend Indigene, durch Missionar\*innen christianisiert. In der Gegenwart werden Indigene Kinder, die zu jung sind, um zuzustimmen, in den Koranschulen im Sinne des Korans religiös erzogen. In mehreren Fällen geschieht dies ohne das Wissen ihrer Eltern. Nach Angaben von Menschenrechtsaktivist\*innen verstößt dies gegen das bangladeschische Recht.<sup>3</sup> Indigene Führungspersonlichkeiten äußern sich noch kritischer. Bei der Christianisierung hätten die Indigenen ihre Nachnamen und kulturellen Merkmale behalten dürfen, was nach einer Konvertierung zum Islam nicht so sei.

Zurzeit besuchen 35 Indigene Kinder die Koranschule Iqra Tahsinul, hundert weitere die As'ad-Akademie in Chaikhan und 20 die 11 Kilo Model Academy. Nach Angaben von Kamlai Mro, einem Mitglied des Bandarban Hill District-Rates, müssen die Indigenen Kinder seit 2022 Panjabis, die traditionelle muslimische Kleidung, sowie die Kopfbedeckung der Koranschulen tragen, sobald sie in die Koranschulen gebracht werden. Außerdem würden ihre Namen geändert. Einige Eltern, vor allem die Eltern der Indigenen Tripura, würden der religiösen Erziehung zustimmen, andere aber nicht. Weil die Mro arm und die öffentlichen Grundschulen zudem zu weit entfernt sind, sehen die Eltern keine andere Möglichkeit, als ihre Kinder in eine Bildungseinrichtung in der Nähe zu schicken, und das sind in ihrer Umgebung die Koranschulen. Dort lernen sie Grundkenntnisse in Mathematik, Englisch und Bangla, und sie erhalten kostenlose Mahlzeiten und eine Unterkunft.

In den Koranschulen wurde ein Fehlverhalten bestritten. Die Namensänderungen wurden damit begründet, dass die muslimisch-bengalischen Kinder die Geburtsnamen der Mro nicht aussprechen könnten. Außerdem würden die Kinder nicht ohne Einwilligung der Eltern zum islamischen Glauben bekehrt.

---

<sup>1</sup> *Netra News* ist eine unabhängige Plattform für Journalismus, die Berichterstattung, Analysen und Debatten über bangladeschische Politik, Gesellschaft und Kultur veröffentlicht.  
<https://netra.news/2026/bandarban-indigenous-mro-conversion/>

<sup>2</sup> In Bangladesch ist der Islam Staatsreligion.

<sup>3</sup> Artikel 41 der Verfassung

Andererseits veröffentlicht der Direktor der Iqra Tahsinul Koranschule auf einer Facebook-Seite die Namen Angehöriger Indigener Völker, darunter Kinder, die als „frisch“ bekehrt bezeichnet werden.

Sara Hossain, eine leitende Anwältin am Obersten Gerichtshof von Bangladesch, sagte, dass man rechtlich sehr genau unterscheiden müsse: „Die Eltern könnten der Erziehung des Kindes zugestimmt haben, aber vielleicht nicht seiner Konversion. Wenn festgestellt wird, dass keine Zustimmung gegeben wurde, sollten Maßnahmen ergriffen werden. Nach dem Gesetz können solche Vorfälle als Betrug eingestuft werden.“

Nach Einschätzung von Kamlai Mro, dem Mitglied des Bandarban Hil Distrikt-Rates, wird die Konvertierung der Mro-Kinder zum Islam zu einer Existenzkrise der Mro führen. Insgesamt nehmen Indigene Führungspersönlichkeiten die Konvertierungsversuche zum Islam in der vergangenen Zeit als aggressiver wahr.

Der Artikel wurde übersetzt und gekürzt.

Ruth Oelgeklaus  
Bangladesch-Ländergruppe

-----

20.05.2026

Deutscher Bundestag – Menschenrechte und humanitäre Hilfe – Ausschuss – hib 422/2026

## **LAGE INDIGENER BAWM**

Der Menschenrechtsausschuss des Bundestags hat am 20.05.2026 die Lage der Indigenen ethnischen Minderheit der Bawm in der Region Chittagong Hill Tracts im Südosten Bangladeschs erörtert. Nach Informationen des Auswärtigen Amtes leiden die Bawm – so wie alle der insgesamt 54 Indigenen Völker in Bangladesch – unter sozialer Diskriminierung, mangelndem Zugang zu Bildung und zunehmenden Verlust ihrer Lebensräume.

In der Bergregion Chittagong Hills Tracts komme es bereits seit der Staatsgründung Bangladeschs 1971 zu Spannungen zwischen Indigenen Bevölkerungsgruppen, bengalischen Siedlern, staatlichen Sicherheitskräften und verschiedenen bewaffneten Gruppen, berichtete ein Vertreter des Auswärtigen Amtes. Der Chittagong Hill Tracts Peace Accord, ein Friedensabkommen aus dem Jahr 1997, das den jahrzehntelangen bewaffneten Konflikt zwischen dem bangalischen Staat und der United People's Party of the Chittagong Hill Tracts beenden sollte, sei bis heute nicht vollständig umgesetzt. Fragen der regionalen Selbstverwaltung, der Rehabilitierung oder der Rückkehr von Vertriebenen und Landfragen blieben nur unzureichend gelöst, so der Regierungsvertreter. Zuletzt habe Bangladesch auf Empfehlung Dänemarks zugestimmt, einen zeitgebundenen Aktionsplan zur vollständigen Umsetzung des Abkommens zu entwickeln. Die Empfehlung Deutschlands, die Identität und Rechte Indigener Völker anzuerkennen, habe die Regierung von Bangladesch jedoch nur zur Kenntnis genommen, sagte der Außenamts-Vertreter.

Seit 2024 mehrten sich aber Berichte über Sicherheitsoperationen und Festnahmen in den Hill Tracks. Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International zufolge seien im April 2024 mehr als 140 Angehörige der Bawm verhaftet worden. Man werfe ihnen vor, der bewaffneten Gruppe KNF nahezu stehen, die zuvor Banken ausgeraubt und Geisel genommen habe, so der Regierungsvertreter. Bis heute seien 59 Bawm, darunter drei Minderjährige, ohne Gerichtsverfahren in Haft. Laut Amnesty International habe es drei Todesfällen in Gewahrsam seit 2024 gegeben. Menschenrechtsorganisationen hielten dem bengalischen Sicherheitsapparat zudem vor, bewaffnete Gruppen in den Chittagong Hill Tracks zu instrumentalisieren und bengalische Siedler in ihrem Vorgehen gegen Indigene Gruppen zu unterstützen. Viele Indigene seien aus ihren Dörfern geflüchtet und hätten das Land verlassen.

Die Fraktion der Linken, die die Unterrichtung zur Lage der Bawm beantragt hatte, wollte von den Außenamts-Vertretern wissen, was die Bundesregierung konkret für die Freilassung der Inhaftierten tue, und ob es Projekte etwa für die Rückgabe von Landrechten gebe. Die Vertreter der Bundesregierung antwortete, dass das Auswärtiges Amt mit der Bawm-Gemeinschaft keine Projekte unterhalte, sie seien auch nicht Teil der Entwicklungszusammenarbeit. In Bangladesch fördere das Auswärtige Amt insbesondere die Versorgung der Rohingya in Flüchtlingscamps.

Die Unionsfraktion verwies auf den demokratischen Regierungswechsel nach den Parlamentswahlen im Februar in Bangladesch und fragte, ob dieser auch zu einem veränderten Umgang mit Indigenen Bevölkerungsgruppen in den Chittagong Hills Tracks geführt habe. Darauf gab der Außenamts-Vertreter zur Antwort, dass sich hier bislang wenig Veränderungen zeigten. Die Regierung sehe die Bawm und andere Gruppen der Verfassung entsprechend nicht als Indigene, sondern als Einwanderer, die vor 200 bis 300 Jahren aus Myanmar gekommen seien, während die Bengalen bereits seit 4.000 Jahren in der Region lebten.

Nach den Motiven der bengalischen Behörden, gegen die Bawm vorzugehen, fragte die AfD-Fraktion. Geschehe dies aus Sorge vor Terrorismus oder unterstütze man auf diese Weise die bengalische Besiedlung der Gegend? Hierzu äußerte der Regierungsvertreter die Vermutung, dass angesichts der hohen Bevölkerungsdichte im Land – Bangladesch sei einer der am dichtesten besiedelten Flächenstaaten der Welt – die vergleichsweise dünn besiedelte Bergregion der Chittagong Hill Tracks als Möglichkeit gesehen werde, Siedlungsflächen für die bengalische Mehrheitsbevölkerung zu schaffen.

Die SPD-Fraktion fragte unter anderem nach dem Zusammenleben der verschiedenen Indigenen Gruppen und unterschiedlichen Religionen, das durchweg friedlich sei. Das bejahte der Außenamts-Vertreter. Bangladesch habe sich über viele Jahrzehnte durch ein gutes Miteinander der Religionen ausgezeichnet. Die Religion stehe im Konflikt zwischen Siedlern und den Angehörigen der Minderheiten auch nicht im Vordergrund. Es gehe vor allem um Landrechte.

Ob Bangladesch ein sicheres Land für Minderheiten sei, wollten schließlich Abgeordnete der Grünen-Fraktion wissen. Der Vertreter der Auswärtigen Amtes unterstrich, dass es dort keine systematische landesweite Verfolgung von Minderheiten gebe. Doch im Konflikt zwischen bengalischen Siedlern und Indigenen Gruppen könne die ethnische Zugehörigkeit zu einem Risiko werden.

**Herausgeber: Deutscher Bundestag, Parlamentsnachrichten**

[Deutscher Bundestag - Lage indigener Bawm in Bangladesch](#)

# INDIEN

## KURZBERICHTE

### NATIONAL

Der IWGIA-Bericht *Indigenous World* listet wieder zahlreiche Übergriffe, Tötungen und Vertreibungen Indigener sowie sexuelle Übergriffe gegen Indigene Frauen in zahlreichen indischen Bundesstaaten – insbesondere in Konfliktgebieten – auf.

Dem Unterhaus liegt ein Gesetzentwurf vor, der es den Behörden ermöglichen würde, das Vermögen von NGOs einzuziehen, denen eine Lizenz für die Annahme von Spenden aus dem Ausland verweigert wird. Amnesty kritisiert dies, da eine Annahme des Gesetzes zivilgesellschaftliche Betätigung in Indien weiter erschweren könnte.<sup>1</sup>

Am 24. Mai kamen über 150.000 Menschen<sup>2</sup> aus über 500 Indigenen Gemeinschaften in Delhi zusammen, um den 150. Geburtstag von Birsa Munda zu begehen. Dieser gilt als bekanntester Indigener Unabhängigkeitskämpfer. Veranstalter war die Janjati Suraksha Manch (JSM), welche dem hindunationalistischen Rashtriya Swayamsewak Sangh (RSS) nahesteht. Ausgegebenes Ziel der Veranstalter\*innen ist es, das Selbstvertrauen der Indigenen Völker Indiens zu stärken, der Nation ihre Kultur zu präsentieren und Harmonie innerhalb der Indigenen Gemeinschaft<sup>3</sup> zu fördern.<sup>4</sup>

Repräsentant\*innen zahlreicher anderer Indigener Organisationen riefen im Bundesstaat Jharkhand zu einem Boykott der Veranstaltung auf, da die Veranstaltenden die Indigenen Gemeinschaften Indiens als integralen Bestandteil der Hindugesellschaft und somit des Kastensystems sähen.<sup>5</sup> Eine prominent platzierte Forderung der JSM bei der Veranstaltung war einmal mehr, dass Indigene, welche zum Islam oder Christentum konvertieren, ihren Anspruch auf sogenannte *reservations* – eine Quote an Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, Studienplätzen an Universitäten und Sitze in Parlamenten – verwirken sollen.<sup>6</sup> Im RSS-Organ *Organiser* vertreten Funktionär\*innen des JSM offen die Position, dass Konversion die Indigene Identität, welche Grundlage der *reservations* ist, grundlegend ändere.<sup>7</sup> Eine Aberkennung des Status würde unter anderem den Schutz ihrer Landrechte aufheben – außer, eine sogenannte „Rekonversion“ fände statt.<sup>8</sup>

<sup>1</sup> Vgl. Amnesty International: [India - Parliament must reject proposal to extend restrictions on overseas funding for NGOs](#), 27.03.2026.

<sup>2</sup> Einer der Veranstalter sprach gar von über 300.000 Menschen. Vgl. Nolina Minj: [A Sangh organisation is leading the demand that Christian tribals be delisted](#), bei: Scroll.in, 09.06.2026.

<sup>3</sup> Weder die JSM, noch ihr nahestehende Organisationen verwenden den Begriff „Indigen“ – in ihrem Sprachgebrauch ist meist von *tribal communities* die Rede. Hintergrund ist, dass die dominanten Kasten zu großen Teilen ebenfalls für sich in Anspruch nehmen, die ursprüngliche Bevölkerung des Subkontinents zu sein.

<sup>4</sup> Vgl. Press Trust of India: [Tribal communities from across India to gather in Delhi on May 24](#), bei: Hindustan Times, 11.05.2026.

<sup>5</sup> Vgl. Countercurrents: [Prominent Jharkhandis have appealed to the state's Adivasis to boycott the Janjati Sanskritik Samagam](#), 20.05.2026.

<sup>6</sup> Vgl. Times of India: [Lakhs of tribals gather at Red Fort to demand removal of converted Muslims, Christians from ST list](#), 24.05.2026.

<sup>7</sup> Vgl. Bhupendra Kumar: [Janjati Suraksha Manch demands transparency in ST reservation system amid rising conversion](#), bei: Organiser, 04.06.2025.

<sup>8</sup> Vgl. Minj 2026.

Laut eigenen Schätzungen der JSM sind von etwa 120 Millionen Angehörigen anerkannter Gruppen 15 Millionen Christinnen und Christen.<sup>9</sup> Zugleich zeigen sich Repräsentant\*innen der JSM kritisch gegenüber einer Abgrenzung Indigener religiöser Praktiken – insbesondere Zentralindiens – vom Hinduismus. Bezüglich dem *Great Nicobar Island Project* (s.u.) riefen sie zwar zur Einbeziehung lokaler Indigener Gemeinschaften auf, deuteten aber auch an, Bedenken hätten möglicherweise hinter nationalen Sicherheitsinteressen zurückzustehen.<sup>10</sup>

Ehrengast bei der Veranstaltung war Innenminister Amit Shah. Der als hindunationalistischer Scharfmacher bekannte Shah gab sich in seiner Ansprache zuversichtlich, die „Bewegung“ würde die geteilte Kultur retten und die gemeinsame Religion einigen.<sup>11</sup> Zugleich versprach er, von Bestrebungen seiner Partei, das Zivilrecht zu vereinheitlichen, würden Indigene Gemeinschaften prinzipiell ausgenommen bleiben. Er betonte das Recht aller Inderinnen und Inder nach ihrer „ursprünglichen Religion“ zu leben, ohne bekehrt zu werden. Die Veranstaltung sei ein starkes Zeichen an alle, die Indigene Gemeinschaften „teilen“ wollten.<sup>12</sup> Hierbei verbreitete er das Bild, dass Konversion vor allem aufgrund materieller Anreize oder unter Zwang stattfinde.

Wenige Tage nach der Veranstaltung trug die JSM ihre Forderungen auch bei Präsidentin Draupadi Murmu und Premierminister Narendra Modi vor.<sup>13</sup>

## CHHATTISGARH

Chhattisgarh, einer der Bundesstaaten Indiens mit der größten Anzahl Indigener Gemeinschaften, hat im März ein Anti-Konversionsgesetz verabschiedet. Konversionsgesetze (die ähnlich auch in anderen Bundesstaaten existieren) erschweren es Menschen, frei ihre Religion zu wählen. Konversion zum Hinduismus wird nicht erfasst, da er als „ursprüngliche Religion“ aller Menschen in Indien gesehen wird.

Konversion zu anderen Religionen muss nun den Behörden gemeldet werden, wogegen andere Menschen Einspruch einlegen können. Das Gesetz soll vorgeblich Indigene Gemeinschaften vor christlichen Missionaren „schützen“. Der Chef der Polizei in Chhattisgarh spricht gar von einer Bedrohung der inneren Sicherheit. Neben der rechtlichen Schikane dienen solche Gesetze oft als Rechtfertigung von Übergriffen gegen religiöse Minderheiten. Chhattisgarhs christliche Bevölkerung, die überwiegend aus Indigenen besteht, sieht sich zuletzt vermehrt Übergriffen ausgesetzt – religiöse Einrichtungen wurden verwüstet, Häuser angezündet und sogar Begräbnisse verhindert.<sup>14</sup>

Ein Urteil des Obersten Gerichts zur Verfassungskonformität von Anti-Konversionsgesetzen steht noch aus.

Bei einer Rede im mehrheitlich Indigenen Distrikt Bastar erklärte Indiens Innenminister Amit Shah das von der Regierung ausgegebene Ziel der Elimination von Linksextremismus für erreicht. Bastar, welches einst Kernland des von der *Communist Party of India (Maoist)* gegen den indischen Staat geführten „Volkskriegs“ war, solle nun „entwickelt“ werden.<sup>15</sup> Angesichts dessen, dass verschiedene maoistische Organisationen schon seit ihrem ersten Auftreten in den 1960er Jahren wiederholt vermeintlich

<sup>9</sup> Press Trust of India (PTI): [Janjati Suraksha Manch seeks ST definition, delisting of converted tribal people from quota benefits](#), bei: The Print, 29.05.2026.

<sup>10</sup> Vgl. PTI 2026.

<sup>11</sup> Vgl. Minj 2026.

<sup>12</sup> Vgl. The New Indian Express: [Amit Shah says UCC will not apply to tribals; urges communities not to believe 'misinformation'](#), 24.05.2026.

<sup>13</sup> Vgl. PTI 2026.

<sup>14</sup> Vgl. The Economist: [India's religious minorities face harsher anti-conversion laws](#), 09.04.2026; Scroll: [Chhattisgarh passes stricter anti-conversion bill with penalties of life term, Rs 25 lakh fine](#), 20.03.2026.

<sup>15</sup> Vgl. Shubhomoy Sikdar: [India is now free of Maoism, says Amit Shah at Bastar](#), bei: The Hindu, 19.05.2026.

besiegt waren, jedoch die Konfliktursachen nie beseitigt wurden, könnte sich auch dieser Sieg als leer erweisen.

Die maoistischen Guerillatruppen, welche ihre letzte Bastion im Süden Chhattisgarhs hatten, haben sich zu großen Teilen ergeben und werden nun vermehrt in lokale Milizen oder die Polizei integriert – voraussichtlich werden ihre Straftaten daher nicht sanktioniert. Zugleich bleiben zahlreiche Indigene und Aktivist\*innen wegen vermeintlicher Mitgliedschaft in maoistischen Vereinigungen in Haft. Der Vorwurf maoistischer Verbindungen wird schon seit Jahren vermehrt in Verbindung mit drakonischen Antiterrorgesetzen genutzt, um zivilgesellschaftliche Akteur\*innen einzuschüchtern, oder – wie im Fall der Bhima Koregaon 16 – für mehrere Jahre wegzusperren.<sup>16</sup> Rhetorisch scheint die indische Regierung sich bereits vermehrt auf urbane Aktivist\*innen einzuschießen, welche als vermeintliche Maoist\*innen ins Visier geraten.<sup>17</sup>

Die Aufarbeitung der in diesem Konflikt von beiden Seiten – vornehmlich an Indigenen – begangenen Menschenrechtsverletzungen ist weder angekündigt noch erwartbar. Konservativen Schätzungen zufolge wurden in diesem Konflikt etwa 12.200 Menschen getötet, davon über 4.000 Zivilistinnen und Zivilisten.<sup>18</sup> Neben dem rabiatischen militärischen Vorgehen der vergangenen Jahre und internen Spaltungen gilt aber auch der Verlust von Rückhalt unter den Indigenen Gemeinschaften als wichtiger Grund für die Niederlage der Maoist\*innen. Ein wichtiger Faktor hierfür war, dass Indigene zwar den Großteil der Kämpferinnen<sup>19</sup> und Kämpfer ausmachten, jedoch nicht in Führungspositionen vorgelassen wurden.<sup>20</sup>

Wie sich das Ende des Konflikts auf die Indigenen Gemeinschaften im Konfliktgebiet auswirken wird, ist noch unklar, denn die Repressionen und die Landnahme, welche viele Indigene in die Arme der Maoist\*innen trieb, sind nicht beendet worden. Das Ende der Maoist\*innen könnte zu einer Befriedung der Region führen, jedoch fällt mit ihr auch eines der letzten Hindernisse für die Erschließung der zahlreichen Rohstoffe der Region weg – viele Indigene fürchten, dass mehr Bergbau zu weiteren Vertreibungen führen könnte.<sup>21</sup> Pläne liegen bereits vor, eine Subventionspolitik für Investitionen in der Region ist angekündigt, und in benachbarten Distrikten hat die Abholzung im vergangenen Jahr deutlich zugenommen.<sup>22</sup>

Ein nennenswertes Erbe werden die Maoist\*innen in jedem Fall in der Region hinterlassen: die hunderten, über Jahre vergrabenen, selbstgebauten Landminen. Schon während dem Konflikt verloren zahlreiche Zivilist\*innen Beine oder gar ihr Leben durch diese versteckten Sprengkörper,<sup>23</sup> so im vergangenen Oktober auch ein zehnjähriges Indigenes Kind.<sup>24</sup>

---

<sup>16</sup> Mehr Informationen zu diesem Fall finden sich bei der Indien-Kogruppe: <https://amnesty-indien.de/bhima-koregaon-16/>. Während die meisten überlebenden Angeklagten auf Kautions frei sind, ist der Prozess seit der ersten Verhaftung 2018 nicht nennenswert fortgeschritten.

<sup>17</sup> Vgl. Ashutosh Sharma: [The war on Naxals opens a new front](#), bei: Frontline, 01.04.2026.

<sup>18</sup> Vgl. Nandini Sundar: [The End of Naxalism, the End of Accountability](#), bei: The Wire, 22.04.2026

<sup>19</sup> Auch wenn Frauen nach vielen Schätzungen etwa die Hälfte der Kämpfenden ausmachen, wurde das Politbüro stets von Männern aus privilegierten Kasten dominiert.

<sup>20</sup> Vgl. Shubhranshu Choudhary: [The untold story of the collapse of the Maoist insurgency in India](#), bei: The News Minute, 13.05.2026.

<sup>21</sup> Vgl. The Economist: [The end of the world's longest-running Maoist insurgency](#), 26.05.2026.

<sup>22</sup> Vgl. Santoshi Markam: [Maoism Weakens, Mining Strengthens – Bastar's Forests at Stake in the Race for Development](#), bei: The Wire, 08.01.2026.

<sup>23</sup> Vgl. Arunabh Saikia: [Maoist land mine legacy haunts India](#), bei: Japan Times, 22.04.2026.

<sup>24</sup> Vgl. IWGIA: *The Indigenous World 2026*, S. 197.

## MADHYA PRADESH

Die Rechte Indigener auf die Nutzung ihrer Wälder wird immer wieder eingeschränkt, um Tigerreservate auszuweiten und Lebensraum für die Wiederauswilderung von Geparden nach dem Ansatz der *Fortress Conservation* zu schaffen. Die Zustimmung Indigener zur Umsiedlung wurde in vielen Fällen nicht eingeholt oder sogar ihr Anspruch auf Konsultation – wie sie in internationalen Verträgen ebenso wie im nationalen Recht festgehalten ist – verneint.<sup>25</sup>

## ODISHA

Für Indigene, die für den Bauxitabbau zwangsumgesiedelt werden, wird eine neue Siedlung angelegt – auf Land, welches einer anderen Indigenen Gemeinschaft genommen wird. Nach Demonstrationen gegen das Vorgehen des Bergbaukonzerns Vedanta wurde vor Ort eine starke Polizeipräsenz, inklusive Überwachung durch Drohnen, etabliert.<sup>26</sup>

Anfang April wurde eine Demonstration gewaltsam aufgelöst, bei der über 70 Indigene verletzt wurden.<sup>27</sup>

## MANIPUR

Im konfliktgeplagten Manipur kommt es vermehrt zu Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen der Indigenen Völker der Kuki und der Naga. Mehrere Menschen, darunter auch Kinder, wurden in den vergangenen Wochen getötet. Derweil scheint auch der Konflikt zwischen Kuki und der Mehrheitsbevölkerung der Meitei wieder aufzuflammen.<sup>28</sup> Die Lage ist weiterhin schwer durchschaubar, da es an zuverlässiger und unabhängiger Berichterstattung mangelt.

## ANDAMANEN UND NIKOBAREN

Die Kritik am *Great Nicobar Island Project* reißt nicht ab. Bereits 2024 wurde durch *Survival International* vor einem möglichen Genozid an den Indigenen Shompen gewarnt, da diesen durch das Infrastrukturprojekt die Lebensgrundlage entzogen würde.<sup>29</sup> Nun melden auch Oppositionspolitiker\*innen schwere Bedenken an. Der ehemalige Umweltminister Jairam Ramesh warf der Regierung vor, dass rechtlich erforderlicher Konsens zum Projekt nicht von den Indigenen der Insel eingeholt wurde; stattdessen sei die nicht erforderliche Zustimmung der Vertretungen nichtindigener Dörfer eingeholt und als hinreichende Zustimmung präsentiert worden. Ebenso sei zu Unrecht einzelnen Personen das Recht zugesprochen worden, für alle Indigenen Völker zu sprechen.<sup>30</sup>

David Weiß

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und Indigene Völker

---

<sup>25</sup> Vgl. Aditi Vajpeyi: [The huge human costs of Madhya Pradesh's tiger and cheetah reserves](#), bei: The Wire, 22.01.2026.

<sup>26</sup> Vgl. Malika Singh: [Lost Land and the State's Warped Priorities: Why Adivasis Are Resisting in Odisha](#), bei: The Wire, 05.04.2026.

<sup>27</sup> Vgl. Abhinata Mohanty: [Rethinking the Rayagada Clashes: Development, Dissent and the Politics of Extraction in Odisha's Tribal Belt](#), bei: The Wire, 27.04.2026.

<sup>28</sup> Vgl. The Wire: [Amid Fresh Spate of Violence, Meitei Organisations in Manipur Announce Boycott of BJP](#), 20.04.2026; Ratnadip Choudhury: [3 Killed In Manipur's Ukhrul, Naga And Kuki Groups Accuse Each Other](#), bei: NDTV, 24.04.2026.

<sup>29</sup> Vgl. Survival International o.J.: [The Shompen – „Do not come near our hills“](#), sowie ein offener Brief: [Genocide experts call on India's government to scrap the Great Nicobar mega-project - Survival International](#).

<sup>30</sup> Vgl. The Wire: [„Flagrant Violations“ of Tribal Rights in Great Nicobar Projects – Jairam Ramesh Writes to Minister Jual Oram](#), 13.05.2026.

# TANSANIA

## MASSAI LEHNEN EMPFEHLUNGEN DER PRÄSIDENTIALKOMMISSIONEN STRIKT AB

Im August 2024 fanden über 6 Tage Massenproteste der Indigenen Massai im Ngorongoro Conservation Area (NCA) gegen die fortlaufend diskriminierende Politik statt. Ihr Protest richtete sich gegen Menschenrechtsverletzungen wie gewaltsame Vertreibung von ihrem angestammten Land, Zwangsumsiedlungen, Verweigerung von Grundrechten, aber auch gegen weitere Landkonflikte, fehlende soziale und schulische Einrichtungen sowie die Einstellung der medizinischen Versorgung. Aufgrund der Umsiedlungspolitik der Regierung wurde den Massai das Wahlrecht für die im November 2024 stattfindenden Kommunalwahlen in ihrem angestammten Land entzogen. Sie wurden aus den ursprünglichen Wählerlisten gestrichen und in die Wählerlisten im neuen Umsiedlungsgebiet eingetragen, obwohl sie dort nicht lebten. Nach den großen Protesten hat die Regierung im September 2024 die Streichung aus den Wählerlisten revidiert und angekündigt, soziale Dienstleistungen für die Massai zumindest teilweise wieder herzustellen.

### KOMMISSIONSERGEBNISSE VERSUS INDIGENE RECHTE

Als weitere direkte Folge dieser Proteste setzte die Präsidentin Samia Suluhu Hassan im Februar 2025 zwei Kommissionen ein. Die erste präsidentiale Kommission war mit der Überprüfung der seit Jahrzehnten herrschenden Landkonflikte im Ngorongoro-Schutzgebiet, im Pololeti Game Reserve und im Lake Natron Forest Reserve beauftragt. Die zweite Kommission befasste sich mit der Bewertung der angeblich freiwilligen Umsiedlung der Massai in die beiden Dörfer Kitwai und Msomera im Handani-Distrikt, über 600 km vom Ngorongoro-Schutzgebiet entfernt.

Beide Berichte wurden der Präsidentin im März 2026 vorgestellt und bekräftigen weitgehend die Positionen der Regierung zur Zukunft der Ngorongoro Conservation Area (NCA).<sup>1</sup>

In den Berichten wurde als Wichtigstes das Bevölkerungswachstum hervorgehoben. Seit 1959, der Einrichtung als Mehrfachlandnutzungsgebiet durch die UNESCO (1979 Ernennung als UNESCO-Welterbestätte<sup>2</sup>), sei die Massai-Bevölkerung von ca. 8.000 auf ca. 118.000 angestiegen. Der Viehbestand der Massai sei ebenfalls angewachsen, was die Wildtierpopulation gefährde.

Daher sei das jahrzehntealte Modell, menschliche Besiedlung und Viehbeweidung neben dem Naturschutz zu ermöglichen, nicht mehr nachhaltig.<sup>3</sup> Der ökologische Druck in der Region sei erheblich gestiegen, das fragile Ökosystem müsse geschützt werden. Daher müsse die Präsenz der Massai in den Schutzgebieten verringert und die bestehende Anerkennung des Rechts der Maasai, im Ngorongoro-Schutzgebiet zu leben, aufgehoben werden. Die Umsiedlungsbestrebungen der Regierung seien demzufolge umso wichtiger.

Präsidentin Samia betonte die globale Bedeutung des Ngorongoro-Schutzgebiets als UNESCO-Welterbestätte und hob seinen ökologischen, archäologischen und wirtschaftlichen Wert insbesondere für

---

<sup>1</sup> <https://www.africa-live.de/tansania-kommissionen-fordern-massenvertreibung-von-maasai-aus-dem-serengeti-oekosystem/>

<sup>2</sup> <https://whc.unesco.org/en/list/39>

<sup>3</sup> [Maasai Raise Alarm Over Delayed Ngorongoro Commission Reports, Demand Accountability - The Chanzo](#), 13.03.2026

den Tourismus hervor. Schwächen bei der Umsetzung des Umsiedlungsprogramms trotz erheblicher finanzieller Investitionen, wie rechtliche und verfahrenstechnische Lücken sowie das Versäumnis, kulturelle Realitäten zu berücksichtigen, wurden anerkannt und sollen durch konkrete Maßnahmen ausgeglichen werden.

Die Kommissionen weisen darauf hin, dass menschliche Aktivitäten, insbesondere die Weidewirtschaft, die Haupttreiber der Umweltzerstörung und der rückläufigen Wildtierpopulation seien und eine Bedrohung für die Nachhaltigkeit des Ökosystems darstellen. Naturschutz und Tourismus sollen intensiviert werden, auch wenn dies auf Kosten der Lebensgrundlagen der Massai gehe. Nach internationalen Menschenrechtsstandards werden damit die Indigenen Rechte der Massai auf ihre traditionelle Lebensweise und Kultur massiv verletzt.

Nicht naturschutzbezogene Aktivitäten, wie Weideland zur Nutztierhaltung, sollen außerhalb der Schutzgebiete angesiedelt werden. Das impliziert faktisch, dass lebensfähige Existenzgrundlagen innerhalb der NCA nicht koexistieren können. Da die Viehzucht die Lebensgrundlage der Massai ist und nicht als naturschutzkompatibel anerkannt wird, bedeutet dies eine schrittweise Vertreibung aus ihrem Gebiet.

Als weitere Maßnahme wurde die Registrierung von Bewohner\*innen und Nutztieren genannt, was eine strengere Kontrolle von Bewegung und Zugang bedeuten würde. Aktivitäten sollen sich auf feste Zonen konzentrieren. Dadurch wäre ein auf Mobilität basierendes System massiv gestört, das dann im NCR nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

Die Kommissionen empfehlen Maßnahmen zur Verbesserung des Investitionsklimas die fortgesetzte Priorisierung des Tourismus. Der Vorschlag, das Lake Natron Forest Reserve zu einem Wildkontrollgebiet (GCA) aufzuwerten, geht noch weiter und könnte den Zugang zu wichtigen Weideflächen der Massai verhindern und bestehende Konflikte verschärfen. Zudem ist dies rechtlich unhaltbar. Nach dem Wildlife Conservation Act (Kapitel 283)<sup>4</sup> kann ein GCA auf Dorfgebiet nicht eingerichtet werden. Das Lake Natron Forest Reserve umfasst 26 Dörfer und über 70.000 Menschen.

Diese Empfehlungen unterstützen die Ziele der Regierung, nämlich die Abkehr vom mehrfachen Landnutzungsmodell der NCA, bei dem Naturschutz zunehmend Vorrang vor Menschen hat.

Die Kommissionen verweisen außerdem auf das größere Ökosystem, das die NCA mit Gebieten wie Loliondo und Lake Natron verbindet, und unterstrichen die Notwendigkeit, diesen Korridor zu schützen. Diese Landschaft sei nicht nur zentral für die Wildtierwanderung, sondern auch für die Tourismuswirtschaft. In diesem Zusammenhang werden menschliche Aktivitäten wie Weidewirtschaft und Siedlung als unvereinbar mit einem hochwertigen Naturschutz- und Tourismusmodell dargestellt.

### **SCHARFE KRITIK AN UMSIEDLUNGSPLÄNEN**

Die Maasai International Solidarity Alliance (MISA), eine Plattform, die die Rechte der Maasai in Tansania und international verteidigt, hat die beiden Berichte der Präsidentenkommissionen entschieden zurückgewiesen und aufs Schärfste kritisiert.

MISA erklärte am 18. März 2026, sie lehne die Empfehlungen dieser Kommissionen kategorisch ab und forderte die Regierung auf, sie nicht umzusetzen. MISA widersprach scharf dem zentralen Argument der Kommissionen, dass die Präsenz von Massai-Viehzüchter\*innen innerhalb der NCA mit Naturschutz unvereinbar sei. Sie warf den Kommissionen vor, selektive und falsche Populations-, Wildtier- und Viehdaten verwendet zu haben.

---

<sup>4</sup> <https://www.maliasili.go.tz/assets/pdfs/CHAPTER283-THEWILDLIFECONSERVATIONACTrevisededition.pdf>

Auch Joseph Oleshangay, Anwalt und Menschenrechtsaktivist, der seit Jahren die Rechte der Massai-Gemeinschaften im NCA verteidigt, hat eine umfassende Kritik an den beiden Berichten der Präsidialkommissionen vorgelegt.<sup>5</sup> Seine Kritik richtet sich ebenfalls gegen den Bericht der Landnutzungskommission, den er als nahezu wortwörtliche Reproduktion des umstrittenen Multiple Land Use Model (MLUM)-Berichts von 2019<sup>6</sup> bezeichnete, in dem von falschen Zahlen ausgegangen wurde.

Die Vorschläge der Kommissionen stehen im klaren Widerspruch zu grundlegenden menschenrechtlichen Standards und den Rechten Indigener Völker. Die Maasai leben seit Generationen mit ihrem Vieh im Ngorongoro-Schutzgebiet zusammen mit Wildtieren, und ihr traditionelles Wissen sowie ihre gemeinschaftlichen Landbewirtschaftungspraktiken haben das Ökosystem über Jahrhunderte erhalten. Die Umweltauswirkungen des kommerziellen Tourismus wurden jedoch systematisch ausgeblendet; die Ausweitung von Luxus-Lodges, Straßen, Jagd- und Safariverkehr innerhalb des NCA fehlten in der Analyse der Berichte völlig.<sup>7</sup>

MISA erklärte, die Massai werden keine Umsiedlung von ihrem angestammten Land und keine Änderungen am NCA-Gesetz, die zur Legalisierung von Zwangsräumungen verwendet werden könnten, akzeptieren.

MISA und Joseph Oleshangay sagten, sie würden massenhaft friedlich und legal Widerstand leisten, um jeden Versuch abzuwehren, den der Maasai-Gemeinschaft nach ihrer Vertreibung aus der Serengeti in den 1950er Jahren gewährten rechtlichen Schutz für das Ngorongoro-Schutzgebiet zu entziehen. MISA und Oleshangay fordern die Regierung auf, die Verwaltung des NCA in die Hände der Massai zu legen, einen echten Dialog zu führen, anstatt Empfehlungen umzusetzen, die den Konflikt vertiefen und nicht lösen würden.

Bei der Fortsetzung und Ausweitung der Vertreibungen spielt die UNESCO schon seit Jahren eine unrühmliche Rolle, die im Sinne von Bernhard Grizmek Wildtierreservate ohne menschliche Besiedlung befürwortet. Dass allerdings große Tourismusprojekte geplant sind und grundsätzlich der Tourismus als wichtige Einnahmequelle gefördert werden soll, steht dazu im Widerspruch.

Das Welterbekomitee hat die Anwesenheit der Massai auf ihrem angestammten Land als Hauptbedrohung für die Umwelt im Ngorongoro-Schutzgebiet dargestellt und der tansanischen Regierung damit eine Legitimationsgrundlage für die Vertreibung geliefert. Die Regierung hat sich ausdrücklich auf die Autorität der UNESCO und den Welterbestatus als Rechtfertigung für ihr Vertreibungsprogramm berufen, das als „freiwillige Umsiedlungen“ beschönigt wird.

Die Massai haben Ngorongoro geschützt, lange bevor es Welterbestätte wurde. Ihre Anwesenheit stellt keine Bedrohung für den ökologischen Wert des Gebietes dar, sondern sie ist untrennbar mit ihm verbunden.

Das NCA sollte durch die UNESCO so lange von der Welterbeliste gestrichen werden, wie die Vertreibungen der Massai andauern. So fordert z. B. Survival International in einer Kampagne die UNESCO auf, dies auf der Tagung des Welterbe-Komitees im Juli 2026 der tansanischen Regierung anzuzeigen. Inzwischen hat die UNESCO erklärt, dass Zwangsräumungen unvereinbar mit Menschenrechten seien.<sup>8</sup>

Rosie Hofstetter, Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und Indigene Völker

---

<sup>5</sup> [Ngorongoro Commission Reports Are 'Copy-Paste State Propaganda,' Says Maasai Lawyer - The Chanzo](#), 26.03.2026

<sup>6</sup> <https://www.oaklandinstitute.org/sites/default/files/files-archive/pdfpreview/mlum-final-oct-2019.pdf>

<sup>7</sup> <https://www.gfbv.de/de/pm/staatliche-vertreibung-der-maasai-in-tansania-11980/>, 20.03.2026

<sup>8</sup> <https://www.survivalinternational.de/nachrichten/14443> vom 18.03.2026; Survival international Kampagne Eilaktion vom 18.04.2026; Erfolgsmeldung vom 10.06.2026

# BUCHTIPP



**Alpa Shah:**  
**Nachtmarsch –**  
**Unterwegs mit Indiens vergessenen**  
**Guerillas**  
Übersetzung:  
David Sumerauer  
336 Seiten, Taschenbuch  
Erscheinungstermin: 15.09.2025  
ISBN: 978-3-7795-07897  
Peter Hammer Verlag  
Preis: 24,00 €

„Nachtmarsch“ von Alpa Shah liegt jetzt in deutscher Übersetzung vor (englische Ausgabe vom 25. November 2021). Das Buch beschreibt ausgewogen und detailliert den Konflikt zwischen maoistischen Guerillas und dem indischen Staat, welcher vor allem auf dem Land der Indigenen Adivasi ausgetragen wird. Auch die Perspektiven der lokalen Bevölkerung sowie Indigener Kämpfer\*innen werden beleuchtet. Das Buch ist eines der besten und vor allem eines der wenigen ausgewogenen Quellen zu diesem Thema.

## Die Autorin:

Alpa Shah ist Professorin für Sozialanthropologie an der Universität Oxford. Neben ihren preisgekrönten Büchern „Nightmarch“ und „The Incarcerations“ hat sie Beiträge über Indien für BBC Radio 4 veröffentlicht. Ihre Arbeit beruht auf mehrjährigen Feldforschungen bei den Adivasi Ostindiens. Alpa Shah wuchs in Nairobi auf, studierte an der Universität Cambridge und war Professorin für Anthropologie an der London School of Economics and Political Science (LSE).